

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 2.50 RM. monatlich, 1.10 RM. vierteljährlich, 3.50 RM. halbjährlich, 6.50 RM. jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM. für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Jahrg.

Die Inflation - Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Äquivalent 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Zeitschriften und Besondere-Nummern 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweimalige Zeitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelzeilen und Schließelnummern gelten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 5. September 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Kämpfe in Dublin.

Dublin (Irland), 2. September.

(Von unserem nach Dublin entsandten Korrespondenten.)

Gleich bei der Ankunft in der irischen Hauptstadt merkt man, daß hier zurzeit der Polizeistempel regiert. Schon draußen an der Station sind die großen Plakate angehängt, auf denen die Regierung die Versammlung vom letzten Sonntag verbot. Alle hundert Schritte stehen Polizeiposten: ein königlicher irischer Konstabler und ein Dubliner metropolitänischer Polizist. Offiziere dieser beiden Polizeiorganisationen reiten zu zweien durch die Straßen. Der Konstabler trägt einen Säbel, der Dubliner Polizist einen dicken Knüttel in einem ledernen Futteral. Es sind durchweg baumlange Kerle mit unbeweglichen Bauerngesichtern diese willigen Werkzeuge der englischen Fremdherrschaft und des irischen Kapitals. Man hat sie aus den rückständigsten Gegenden des Südens und Westens geholt und sie des Denkens und Fühlens ihrer Volksgenossen so entleert, daß sie sich mit den Herrschenden ganz eins fühlen und nur zu gern ihre schweren Knüttel auf die Köpfe der Dubliner Arbeiter niederlaufen lassen.

Das man sich hier von den Brutalitäten dieser Schergen erzählt, ist kaum glaublich. Nicht nur sind Sonnabend, Sonntag und gestern Männer, Frauen und Kinder unbarmherzig mit den Knütteln niedergeschlagen worden; betrunkenen Polizisten haben Männer und Frauen aus dem Arbeiterstande bis in die Wohnungen verfolgt und dort alles kurz und klein geschlagen. Das wurde mir von verschiedenen Frauen bestätigt, die ich auf dem Plage vor dem Gefängnis antraf, wo sie warteten, bis man sie hineinlich, um ihren verhafteten Männern das Mittagessen zu bringen. Ich sah dort ein altes Mütterchen, das die linke Hand verbunden hatte. Einer der uniformierten Kahlköpfe hatte ihr einen Schlag mit dem Knüttel versetzt wollen, den sie abwehrte; alsdann hatte er ihr einen Schlag mit der Faust auf den Kopf versetzt. Weder Alter noch Jugend wurden von der wild gemordenen Polizei gespart. Mehrere hochangesehene Bürger der Stadt bestätigen heute in der Presse folgenden Fall: Ein Trupp Polizisten wurde von einem Leutnant der Feuerwehr auf der Straße als „dreißige Schweine“ bezeichnet. Dafür rächten sie sich an einem jungen Burschen, der vor ihnen die Flucht ergriff. Einer der Polizisten holte ihn ein und versetzte ihm einen so furchtbaren Faustschlag ins Gesicht, daß er blutüberströmte und besinnungslos knirschend zu Boden fiel. Die Zeugen dieser rohen Tat glaubten, der Bursche sei tot, und bemühten sich um ihn. So gelang es den Polizisten, unerkannt zu verschwinden. Heute haben mehrere Bürger eine Belohnung für die Entdeckung des Täters ausgesetzt.

Nicht allein die Dubliner Arbeiterschaft, sondern auch das Bürgertum ist über die Rohheitsorgien der Polizei auf tiefste empört. Gestern nahm der Gemeinderat auf Anregung des Bürgermeisters eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wird, sofort eine öffentliche Untersuchung über das Verhalten der Polizei anzuordnen. Er drohte, er werde selbst eine Untersuchung abhalten, wenn dieser Aufforderung nicht nachgegeben wird. Im Gemeinderat wurde erklärt, daß die Polizei am Sonntag in den Wirtschaften ein- und ausgegangen sei. Bei der Leichenschau des toten Arbeiters Nolan wurde von verschiedenen Zeugen ausgesagt, daß der Verstorbenen buchstäblich von den Polizisten zu Tode geknüttelt worden sei, als er hilflos am Boden lag. Nolan wird morgen von der Arbeiterschaft feierlichst begraben werden. An dem Begräbnis wird auch der Genosse Keir Hardie teilnehmen, der hergekommen ist, um die Vorfälle zu untersuchen. Man erwartet auch eine Kommission vom Gewerkschaftskongress, der zurzeit in Manchester tagt.

Gestern sind wieder 111 Personen durch die Polizei-Knüttel verletzt worden, und heute werden die Unruhen wahrscheinlich ihre Fortsetzung finden. Denn die einflussreichsten Führer sitzen hinter Schloß und Riegel. Sie haben bisher die Stützpunkte vor unüberlegten Schritten zurückgehalten, wenn auch die bürgerliche Presse Englands und Irlands das Gegenteil behaupten mag. In dieser Presse wird versichert, daß die Unruhen in erster Linie von dem Generalsekretär der irischen Transportarbeiter, Genossen Parlin, verursacht worden sind. Von Genossen, die die Dubliner Arbeiterbewegung genau kennen, ist mir aber versichert worden, daß es gerade der mit einem ansehnlichen irischen Rednertalent begabte Parlin war, der die Straßenbahnen von Gewalttätigkeiten abgehalten hat. Das erklärt auch den Straßenkampf von gestern (Montag), der ausbrach, als eine Reihe Streikender mit Stemmeisen und Hämern versuchten, die Straßenbahnlinien zu entfernen, um die wenigen, von starken Polizeiaufgeboten beschützten Wagen, die noch laufen, zum Stillstand zu bringen.

Dies ist ein Kampf Parlins gegen Murphy, erklären die Sensationsblätter, die ihren Lesern eine mit pikanten persönlichen Zutaten garnierte Berichterstattung liefern müssen. Eine gewisse Verdrängung kann man dieser Auffassung nicht absprechen, wenn man die Personen als die Verkörperung zweier sich entgegengesetzter Bewegungen ansieht. Parlin und seine Kollegen haben in der letzten Zeit die irischen Transportarbeiter zu einer achtunggebietenden Gewerkschaft

organisiert — die „Irish Transport Workers and General Workers Union“, die ihren Sitz in „Liberty Hall“ in Dublin hat. Die Gewerkschaft ist in schnellem Wachstum begriffen, und dies in Verbindung mit der Tatsache, daß die Organisation vor allen Dingen bestrebt ist, in allen Berufen durch Geldmittel und Agitation in Irland eine starke Gewerkschaftsbewegung zu fördern, hat unter den Arbeitgeberern den größten Unwillen hervorgerufen. Sie erklären, daß sie prinzipiell nichts dagegen einzuwenden haben, daß ihre Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Aber sie wollen nicht, daß ihre Arbeiter der Transportarbeitergewerkschaft beitreten, die ihnen durch ihre Latkraft sehr unangenehm geworden ist und die schönsten Berechnungen der Unternehmer durch Lohnforderungen zunichte macht, deren Verdrängung sich allein aus der gewaltigen Zahl zerlumpter und barfuß umherlaufender Kinder zu ergeben scheint. Sie haben daher beschlossen, dieser Gewerkschaft den Garaus zu machen. Daher der Kampf mit all seinen Begleiterscheinungen.

An der Spitze der Unternehmer steht ein Mann namens Murphy. Er war früher nationalisticches Parlamentsmitglied, wurde aber, als er sich der großkapitalistischen und ultraliberalen Partei Health näherte, aus der Partei hinausgeschmissen. Das hinderte ihn aber nicht als guten Geschäftsmann, in seinem Dubliner Blatte „Independent“ die Redmondische Partei weiter zu unterstützen. Ihm gehören das große „Amberial-Hotel“ und viele andere Geschäfte der Stadt; er ist der Generaldirektor der Dubliner Straßenbahngesellschaft und ist an wer weiß wie vielen anderen irischen und englischen Gesellschaften interessiert. Er ist entschlossen, den Genossen Parlin, den er als seinen größten Feind ansieht und mit dem Pariser „König Pataud“ vergleicht, in die Panne zu hauen und die Gewerkschaft der Transportarbeiter zugrunde zu richten. Er rühmt sich dessen ganz offen und gestern sollte ihm die Dubliner Handelskammer ob dieses heroischen Entschlusses das höchste Lob. Dieser reich gemordene kapitalistische Deutbolitiker war es auch, der vor zwei Jahren als Direktor der Großen Süd- und Westbahn den Kampf gegen die irischen Eisenbahner leitete. Er ist der Kuser in dem Kampfe gegen die Errichtung einer Dubliner Kunstgalerie, die an der organisierten Arbeiterschaft der irischen Hauptstadt ihre wärmsten Befürworter hat. Durch seine persönlichen Vorstellungen beim englischen Statthalter soll auch die Versammlung vom letzten Sonntag verboten worden sein, die den Jued hatte, das Publikum in der Hauptstraße Dublins auf die Beschränkungen der Straßenbahner aufmerksam zu machen.

Am 21. oder 22. August beschloß Murphy, den Transportarbeitern den Krieg zu erklären. Er entließ 200 Straßenbahner, die als Mitglieder der Transportarbeitergewerkschaft das Abzeichen dieser Organisation — eine rote Hand — nach der Sitte der Arbeiter hierzulande im Knopfloch trugen. Das konnten sich die Transportarbeiter natürlich nicht gefallen lassen. Sie verhängten am 26. August den Streik über die Dubliner Straßenbahngesellschaft. Den Schlag suchte der Scharfmacher zu parieren, indem er seine kapitalistischen Freunde bewog, ihre Arbeiter, die der Gewerkschaft der Transportarbeiter angehören, auszusperrern. Eine Reihe Arbeitgeber folgten seiner Aufforderung. Aber aus der allgemeinen für letzten Sonnabend angekündigten Aussperrung ist noch nichts geworden. Die Arbeiter beantworteten die Aussperrungen mit Streiks und Boykotts. Doch der ganze Umfang der Bewegung ist nicht sehr bedeutend, da Dublin nicht eigentlich eine industrielle Stadt ist. Dies ist die richtige sachliche Darstellung der Ereignisse, die, wie gewöhnlich, von der bürgerlichen Presse entstellt und verunkelt worden ist. Der Dubliner Gewerkschaftsrat war absolut korrekt, als er gestern an den Gewerkschaftskongress von Manchester berichtete, daß „dies ein organisierter Versuch der verbündeten Arbeitgeber ist, die Gewerkschaftsbewegung zu zertrümmern“.

Aber eine noch weit größere Bedeutung hat dieser erbitterte Kampf zwischen dem Kapital und der Arbeit in der irischen Hauptstadt.

Um etwas Näheres darüber zu erfahren, ludte ich heute den Genossen Cormolly, der bis zu Anfang des Dubliner Streiks die Bewegung der Transportarbeiter in Belfast leitete, im Gefängnis auf, wo er drei Monate Haft absitzen soll, weil er sich weigert, Bürgschaft dafür zu bieten, daß er die ihm zugeschriebenen „auführerischen Reden“, die sich in nichts von dem unterscheiden, was fast täglich in englischen Versammlungen vorgebracht wird, nicht wiederholt. Cormolly ist der geistige Führer der irischen Arbeiterbewegung. In Amerika redigierte dieser Fuhrmann vor etlichen Jahren die Zeitschrift „Garp“, die die irischen Arbeiter der Vereinigten Staaten für den Sozialismus gewinnen wollte. Ueber die irische Arbeiterbewegung hat er zwei Bücher herausgegeben, nämlich: „Arbeiterschaft, Nationalität und Religion“ und „Die Rolle der Arbeiterschaft in der irischen Geschichte“. Genosse Cormolly war heiter und guten Mutes. Sein irisches Temperament half ihm über die Beschwerden seiner mißlichen Lage hinweg. Er bat mich, den Genossen auf dem Kontinent seine Grüße zu übermitteln. Die irischen Arbeiter kämpften denselben Befreiungskampf wie die Sozialisten und Gewerkschaften des Festlandes.

Doch was Cormolly über die irische Arbeiterbewegung sagte, muß in einem weiteren Bericht erwähnt werden.

Aussperrung in Dublin.

Dublin, 4. September. Die Unternehmer haben beschlossen alle Arbeiter, die der Union angehören, auszusperrern. Dies ruft in Arbeiterkreisen große Erregung hervor, da bereits über 1000 Kohlenarbeiter aus diesem Grunde ihre Entlassung erhalten haben. Auch die Transportgesellschaften gehen sehr scharf vor und entlassen jeden, der nicht sofort ihren Anordnungen nachkommt. Durch die Entschlieung, alle organisierten Arbeiter zu entlassen, würden 20—30 000 Arbeiter ohne Beschäftigung sein.

Arbeitslosigkeit und Stadtparlament.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin mehrt sich von Tag zu Tag. Die planlose kapitalistische Produktionsweise fordert ihre Opfer. Zehntausende von fleißigen Händen ruhen. Tausende von Familien leiden Not. Und der Winter steht erst noch vor der Tür, wo die Arbeitslosigkeit noch besonders schlimm in die Erscheinung treten wird. Vornehmlich sind es das Bau- und Holzgewerbe, die Holzindustrie, Textilbranche, welche vorerst besonders stark in Mitleidenschaft gezogen sind. Andere Industrien werden im kommenden Winter weitere Massen von Arbeitslosen von sich stoßen. Da ist es die höchste Zeit, Vorkehrungen zur Milderung der mit dem Arbeitslosenspendel verbundenen Notlage zu treffen. Die beste Hilfe ist Arbeit, aber kein Almosen! Reich, Staat und Gemeinde dürfen dieser Forderung gegenüber nicht untätig bleiben und müssen Milderungsmaßnahmen treffen. Bisher haben Reich und Staat versagt. Die Gemeinden haben ein besonderes Interesse an dem Wohlergehen ihrer Gemeindeglieder und dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. Aus diesem Grunde hatte die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung es für ihre Pflicht erachtet, den Gemeindebehörden folgenden Antrag zu unterbreiten:

Um der in immer wachsendem Umfange hervortretenden Arbeitslosigkeit und dem sich hieraus ergebenden Notstande der Arbeiter durch Beschaffung von Arbeit nach Möglichkeit zu steuern, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat:

1. Alle durch die Stadtverordnetenversammlung bereits genehmigten Hoch- und Tiefbauten schleunigst in Angriff zu nehmen und im Winter fortzuführen.
2. Sofort die gemietete Deputation zur Beratung der Arbeitslosenversicherung einzuberufen.

Dieser Antrag fand in der gestrigen Sitzung des Stadtparlamentes zur Verhandlung. Die Gründe für den Antrag lagen für jeden Menschen, der sich einen offenen Blick für unser Wirtschaftsgetriebe bewahrt hat, auf der Hand. Die Arbeitslosigkeit ist nicht zu leugnen, die Statistiken der Gewerkschaften für die organisierten Arbeiter, die Krankenkassenstatistik belegen es unüberlegbar. Und daß im Winter die Arbeitslosigkeit noch steigen wird, bestreitet niemand. Was soll, was kann da die Gemeinde tun? Diese Frage wurde von unserem Redner, dem Genossen Glode, nicht nur aufgeworfen, sondern auch beantwortet. Die Gemeinde ist eine große Bauherin. Sie bedarf zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse und Aufgaben zahlreicher Bauausführungen, was für das Baugewerbe gerade in heutiger Zeit sehr in die Waagschale fällt. Werden die genannten Bauten ausgeführt und beschleunigt, so kann allein dieser Umstand mildernd auf die Arbeitslosigkeit einwirken und das darniederliegende Baugewerbe beleben. Die verteilte Finanzwirtschaft des Berliner Kommunalwesens hat es zuwege gebracht, daß wichtige Bauausführungen ständig zurückgehalten, von einem Jahr auf das andere verschoben wurden. Dann aber sind zahlreiche Bauten, für welche sehr erhebliche Mittel bewilligt sind, sehr im Rückstande. Bei gutem Willen ließen sich heute viele Arbeiter bei diesen Unternehmen mehr beschäftigen, wenn das Schneefemtempo etwas beschleunigt wird. Dann aber hat die Stadt auch die Aufgabe, für einen geordneten Arbeitsnachweis zu sorgen, in Verbindung hiermit die Frage der Arbeitslosenversicherung endlich in Angriff zu nehmen. Auf das Reich kann man nicht warten. Da Groß-Berlin ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist, so dürfte diese Frage für Groß-Berlin zu regeln sein, und wenn nicht anders, dann für Berlin allein.

Für den Magistrat erklärte der Oberbürgermeister Wenzel, daß er in Voraussicht der Dinge bereits am 16. Mai die einzelnen Verwaltungen angewiesen habe im Sinne einer Beschleunigung der Ausführung von städtischen Arbeiten vorzugehen. Weiter sollen demnächst eine größere Menge von städtischen Arbeiten zur Vergebung gelangen und Vorkehrungen getroffen werden, daß auch möglichst über den Winter hinaus eine gesteigerte Ausführung städtischer Arbeiten möglich sei. Der Magistrat habe ferner verfügt, bei Vakanz vornehmlich Arbeiter einzustellen, die hier in Berlin ortsanfässig seien und Familie haben. Neue Projekte sollen möglichst beschleunigt werden. Was die Frage des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung betreffe, so soll die zu diesem Zwecke seit Jahren bestehende gemischte Deputation baldigst zwecks erneuter Beratung der Materie zusammentreten. Man solle aber erst abwarten, ob aus der Beratung einer zum 13. September in Berlin zusammentretenden Konferenz von Vertretern der Groß-Berliner Kommunalverwaltungen etwas herauskomme.

Im Anschluß hieran legte der Vertreter der Bauverwaltung ein umfangreiches Programm vor, das die Hochbauverwaltung aufgestellt habe. Danach werden in aller Kürze große Bauten in Angriff genommen und gefördert, zahlreiche andere Projekte seien ausgearbeitet und würden mit größter Beschleunigung an die Stadtverordneten zur Beschlußfassung gebracht werden.

Von diesen Erklärungen der Magistratsvertreter waren die Vertreter der bürgerlichen Gruppen so begeistert, daß sie die An-

träge unserer Genossen für gegenstandslos hielten. Was wir wollten, sei doch alles von dem vorausgehenden Magistrat besorgt worden und sie riefen sogar unseren Genossen, ihre Anträge zurückzugeben.

Diese Zumutung wies unser Genosse Leid in der allerentschiedensten Weise zurück. Er zeigte an der Hand von Tassachen, welche ungläubliche Verschleppung die Ausführung städtischer Bauten heute erfahre, eine Verschleppung, die mit der gewünschten und verfügbaren Beschleunigung wie die Faust aufs Auge passe. Sei es nicht unerhört, daß der städtische Finanzminister den Bau eines von beiden Hörschiffen beschlossenen Erweiterung einer Badeanstalt auf ein Jahr verschieben wollte, trotz Verfügung des Magistrats, Bauten zu beschleunigen. Zeige es von der Einsicht des Magistrats in die Wirtschaftslage, wenn der Vertreter der Armenverwaltung die Armenobersteher zusammenberuft und sie zur Einschränkung von Unterstufungen an Arme und Notleidende auffordert?

Sei es erhöht, daß selbst für Bauten, für die erhebliche Mittel bewilligt sind, noch heute, noch mehr als Jahresfrist, noch nicht einmal die Projekte vorliegen? Aus allen diesen Gründen könne die sozialdemokratische Fraktion ihren Antrag nicht nur nicht zurückziehen, sondern die Annahme sei eine dringende Notwendigkeit. Die Stadtverordnetenversammlung müsse entschieden beschließen, daß sie ein schnelleres Tempo der Bauausführungen dringend verlangt.

Nach dieser Attitüde suchten der Bauamt und der Rammerei sich noch etwas zu wehren, wobei letzterer sich als der Nachrevisor und Jenfer der Beschlässe der Gemeindebehörden aufzuspielen suchte, es war aber alles vergeblich.

Bei der Abstimmung gelangten die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion zur Annahme. Es gilt jetzt, dafür zu sorgen, daß das Problem der Arbeitslosenfürsorge ernstlich als je behandelt wird, sei es im Reich, im Staat oder in der Gemeinde. Die Gemeinden können sich auf die Dauer der Pflicht nicht entziehen, Postives auch auf diesem Gebiete zu schaffen.

In der Pflanzberger Stadtverordnetenversammlung begründete Genosse Grauer die von der sozialdemokratischen Fraktion eingereichte Interpellation über die Arbeitslosenversicherung und fragte den Magistrat, welche Maßnahmen dieser zu tun gedente. Bürgermeister Unger erwiderte, daß alle Arbeiten, für die die Mittel bereits bewilligt seien, unverzüglich in Angriff genommen werden sollen, im übrigen aber siehe der Magistrat auf dem Standpunkt, daß es Aufgabe des Reiches sei, für eine wirksame Arbeitslosenversicherung einzutreten. Im übrigen wolle man aber an einer Konferenz, die am 13. September für Groß-Berlin einberufen sei, teilnehmen und wolle versuchen, soviel wie möglich Hilfe zu schaffen. Genosse Köhler erwiderte, daß die Ausführungen des Magistrats sehr unbefriedigend seien und daß es Sache der Gemeinden sei, für die Einführung der Arbeitslosenversicherung einzutreten. Von den bürgerlichen Stadtverordneten nahm niemand das Wort zu dieser Angelegenheit. Schließlich wurde unser dringender Antrag einstimmig angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Gemeinschaft mit den übrigen Gemeinden Groß-Berlins möglichst bald in Verbindung zu treten, um die Arbeitslosenversicherung für Groß-Berlin zu schaffen.“

Das korrigierte Schreckensurteil.

Das Oberkriegsgericht in Erfurt hat am Donnerstagabend sein Urteil gegen die fünf wegen der Wolframsbauener Ausschreitungen angeklagten Reservisten und Landwehrmänner gefällt. Es erkannte auf insgesamt 8 Jahre und 4 Monate Gefängnis. Damit hat das Urteil der ersten Instanz eine ganz erhebliche Korrektur erfahren; waren doch die fünf Angeklagten vom Erfurter Kriegsgericht zu der ungebührlichen Strafe von 15 Jahren 8 Monaten Zuchthaus und 10 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt. So verhältnismäßig gelinde das Urteil im Vergleich zum früheren Erkenntnis im ersten Augenblick erscheint und soweit das Gericht auch unter die Strafanträge des Anklagevertreters, der insgesamt über 19 Jahre Gefängnis beantragte, geblieben ist: es wird in den weitesten Kreisen der Bevölkerung lebhaft Empörung hervorgerufen. Das Volk wird nicht begreifen, daß zweierlei Recht Rechtens sein darf; es wird nicht verstehen, daß eine Straftat, die, wie einer der Verteidiger ganz richtig ausführte, vom bürgerlichen Gericht mit einer Geldstrafe oder höchstens einigen Wochen Gefängnis geahndet würde, zu einem Schwerverbrechen wird, weil sie am Tage der Kontrollversammlung begangen wurde.

Der Generalmajor verkörpert in hohem Maße die staatliche Autorität. Dieser charakteristische Ausdruck des Anklagevertreters gibt der Militärjustiz, diesem in einem modernen Staate unhaltbaren Sonderrechte, das ganze Gepräge. Bekanntlich wird Frau Justitia im Wilde mit einer Vinde vor den Augen dargestellt; sie soll blind sein gegen den Stand, dem der Abzurteilende angehört. Das Militärstrafgesetzbuch hat der Justiz die Vinde von den Augen gerissen. Es sagt seinen Richtern: Du sollst bewußt verschieden urteilen, du sollst den Angeklagten darauf anschauen, ob es sich um einen Untergebenen oder einen Vorgesetzten handelt; und darum sieht das Militärstrafgesetzbuch in Fällen von Vergehen von Untergebenen gegen die heilige Autorität, gegen die Disziplin, so furchtbare Strafen vor, daß erst die Welle gerechter Empörung, die das erste Erfurter Urteil hervorgerufen hatte, die entsetzlichsten Auswüchse der Militärjustiz beseitigen mußte.

Geradezu typisch für die Anschauungen, wie sie in den Militärkreisen herrschen, waren die Darlegungen des Anklagevertreters, Kriegsgerichtsrats Dr. Schröder. Aus jedem seiner Worte sprach das Bewußtsein, die Disziplin muß geschützt werden, strenge Strafen müssen erfolgen, wenn sich Untergebene gegen die heilige Autorität vergehen. „Die Leute sollen sich in den Tagen der Kontrollversammlungen als Soldaten fühlen“, so sagte er. Das sei mit einer der wesentlichsten Gründe, weshalb man an diesen Kontrollversammlungen festhält. Aber der Vertreter der Anklage begnügte sich nicht damit, im militärischen Interesse die Disziplin erhalten zu wissen. Er wollte die politische Gesinnung der Angeklagten bestrafen wissen. Weil nach seiner Ansicht die Angeklagten Sozialdemokraten sind — einer von ihnen erklärte, daß er einem Kriegerverein, ein anderer, daß er keinerlei Organisation angehört —, auch deshalb müßte auf harte Strafen erkannt werden. Wenn auch das Gericht in seiner Urteilsbegründung diese politische Aufreizung seiner Klasseninstinkte abwieß, so sprach es doch ein für das Rechtsempfinden des Volkes außerordentlich hartes Urteil aus, da es nun einmal den militärischen Aufruhr für gegeben anfab.

Gerade diese Verhandlung zeigt, wie unsinnig und gefährlich die Ueberbannung des Begriffes Disziplin

ist. Sie wird im Volke aufklärend wirken und die Beseitigung des militärischen Sonderrechtes in einem Maße fördern, wie es die Vertreter der militärischen Gewalt wahrscheinlich nicht glauben.

Politische Ueberblick.

Die Neuauflage des Krupp-Prozesses.

Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau meldet: Die von bestunterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist der Bureauvorsteher der Firma Krupp, Maximilian Brandt, weder krank noch denkt er daran, in ein Sanatorium zu gehen. Brandt wünscht im Gegenteil so schnell als möglich, daß gegen ihn die Verhandlung stattfindet, da er der bestimmten Ansicht ist, daß er seine völlige Schuldllosigkeit beweisen wird. Nunmehr hat auch die Staatsanwaltschaft gegen Brandt und zwei ehemalige Direktoren der Firma Krupp, die nicht in Essen, sondern in Berlin stationiert waren, wegen Beamtenebstechung und Verleitung zum Verrat militärischer, Geheimnisse die Anklage erhoben. Die Verhandlung wird voraussichtlich Ende Oktober vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt stattfinden und etwa fünf bis sechs Tage dauern. Die Anklage wird von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Loepfer vertreten. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Siegfried Loewenstein und Justizrat Dr. von Gordon. Gegen den früheren Vorsitzenden des Direktoriums, Landrat a. D. Koetger, ist keine Anklage erhoben worden.

Die Zusammensetzung des neuen preussischen Landtags nach Berufsständen.

Der neu gewählte Landtag zeigt nach Berufsständen ungefähr das alte Bild früherer Legislaturperioden, eine Untersuchung auf Grund amtlichen Materials möge das beweisen:

Im neuen Landtage sitzen 124 Landwirte (bisher 189). Hierbei ist zu bemerken, daß auch andere Berufe sich nebenamtlich noch mit Landwirtschaft befassen und hier nicht nachgewiesen sind. Die Zahl der Verwaltungsbeamten beträgt 57 (bisher 44), darunter sind Landräte 35 (27). Ehemalige Staatsbeamte sind 9 gezählt (14). Als Justizbeamte bezeichnen sich 41 Richter und 32 Rechtsanwälte (bisher 48 und 26). Ehemalige Offiziere sind 13 (bisher 7), sogar die Marine stellt diesmal einen Vertreter. Die Geistlichkeit ist mit 21 vertreten (bisher 20), darunter 8 evangelische, 13 katholische Geistliche. Kommunalbeamte sind 11 (bisher 14), Lehrer an Hochschulen und anderen Schulen sind 25 (bisher 19). Die Zahl der Ärzte ist von 4 auf 2 gesunken. Redakteure und Schriftsteller sind 11 vorhanden, bisher nur 6. Als Privatbeamte lassen sich 23 charakterisieren, wenn man den Begriff etwas weiter faßt, bisher 10. Der Handelsstand zählt 14 Herren (bisher 17), Kaufleute und Gewerbetreibende nennen sich 14 (bisher 10), dazu treten noch 6 Handwerker (wie bisher), 2 Arbeiter, 5 Arbeiter- und Parteisekretäre, 2 Förster, 1 Apotheker, 11 Rentiere (früher 20). Der Rest verteilt sich auf andere Berufe.

Bebel's Nachfolger.

Hamburg, 4. September. (Privat-Telegramm.) Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den ersten Hamburger Wahlkreis beschloß einstimmig den Genossen Otto Stolten (Redakteur des „Hamburger Echo“) als Kandidaten für die Reichstagswahl aufzustellen.

Im Anschluß daran wird uns geschrieben: Die Genossen des ersten Hamburger Wahlkreises beschäftigten sich am Mittwochabend in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit der Kandidatur für die bevorstehende Reichstagswahl. Genosse Otto Stolten, der langjährige politische Redakteur des „Hamburger Echo“ und Führer der Hamburger Bürgerfraktion, hatte das einleitende Referat übernommen. Er entwarf ein Bild von der Entwicklung der Sozialdemokratie und schilderte dann eingehend die gegenwärtige innerpolitische Lage. Die großen und wichtigen Fragen, die der jetzige Reichstag noch zu erfüllen habe, besonders auf dem Gebiete des Postwesens und der Handelsverträge, das wahnsinnige Betrüben, das noch lange nicht an seinem Ende angeht, sei, zwingen die Arbeiterklasse dazu, im Parlament alle Kräfte anzuspannen, um nach Möglichkeit neue Belastungen von sich fernzuhalten. Sei es auch nicht möglich, auf dem parlamentarischen Wege eine wirklich grundlegende Verringerung für die Lage der Arbeiterklasse herbeizuführen, so könne doch bei geistlicher Annahme der Gegenseite zwischen den bürgerlichen Parteien manches Anheil abgewendet oder gemildert werden. Ein Beweis dafür sei die vielumstrittene Deckungsborlage. Sie bedeute zweifellos einen großen Erfolg der Fraktion, wenn sich gegen die Steuern im einzelnen auch manches einwenden lasse. In herzlichen Worten gedachte der Redner seines verstorbenen großen Vorgängers, den zu ersetzen er wie jeder andere Genosse nicht imstande sei. Trotzdem müsse und werde die Hoffnung der Bürgerlichen bei der kommenden Ersatzwahl eine größere Stimmenzahl zu erhalten als früher, zuhanden werden. Denn das Hamburger Proletariat sei aufgeklärt genug, bei den Wahlen nicht auf die Person zu sehen, sondern in erster Linie auf die Sache.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden sah die Versammlung von einer Diskussion des Vortrages ab und wählte sofort unter großem Beifall den Genossen Stolten zum Kandidaten.

Nachträgliches zum Meyer Katholikentag.

Die reformkatholische Wochenschrift „Das neue Jahrhundert“ fällt folgendes Urteil über den Meyer Katholikentag und den Streit zwischen der Kölner und Berliner Richtung:

„Die Katholikentage haben sich überlebt; man lasse die Toten ihre Toten begraben. . . Was die Gewerkschaftsfrage und ihr Schicksal auf der Meyer Veranstaltung betrifft, haben wir recht behalten mit unserer Prophezeiung, daß man eine öffentliche Auseinandersetzung nicht erwarten dürfe. Immerhin hat Bischof Korum deutlich genug gesprochen. Auch die Art und Weise, wie der Präsident die päpstliche Enzyklika interpretierte, zeigt, daß die „Kölner“ nicht mehr ausschließlich die Herren und Tonangebende des Parakatholizismus sind. Der Streit wird weitergehen. Aber bei dem politischen Nachhaken der „Kölner“ Führer ist eine Klärung der inneren Krisis nach der Seite eines mannhaften, Rom in diesen nicht-religiösen Fragen einfach den Gehorsam verteidigenden Geradeausgehens nicht zu erwarten. Die Drückergeret dieser Kreise wird weiter nach Kompromissen suchen — solange es den Arbeitern nicht zu dünn wird. Die haben nämlich das Verstreuen ihrer Klabbacher Führer und der Wackelpresse längst satt. Wenn man an der Ruhr in Kreisen der christlichen Gewerkschaften jetzt schon sagt:

„Was s'bert und „Korum novorum“, Wir pfeien auf Kopp und Korum“.

so kann die Zeit bald erfüllt sein, wo man des Rücksichtnehmens wirklich satt ist und dann in aller Form auf Enzykliken über sozialpolitische Organisationsfragen „pfeit“.

„Das neue Jahrhundert“ stellt allzu hohe Forderungen an die Kölner Richtung, wenn es meint, die Führer sollten in allen nicht-

religiösen Fragen Rom den Gehorsam vertragen. Eine solche Gehorsamsverweigerung würde sofort die Feindschaft Roms und des ganzen Klerus gegen die Führerschaft des Zentrums zur Folge haben — und was wäre das Zentrum ohne die Unterstützung der katholischen Geistlichkeit?

Der Kali-Gesetzentwurf.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Auch von offiziöser Seite wird jetzt zugegeben, daß über die Kaligesetznovelle ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten bestehen. Man ist aber überzeugt, daß diese Meinungsverschiedenheiten die Novelle nicht scheitern lassen werden, daß es vielmehr bei den Beratungen demnächst zu einer Einigung kommen werde. Immerhin wird die Fertigstellung der Novelle im Reichsamt des Innern erst geranne Zeit nach den Ferien zu erwarten sein. Sie wird dann den Bundesrat beschäftigen und frühestens im Frühjahr dem Reichstage zugehen. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten gerade über die Hauptpunkte der Novelle, sind sich die verbündeten Regierungen darüber einig, daß eine Novelle zum Kaligesetz im Interesse der Metallindustrie notwendig ist und nach Möglichkeit schon in der nächsten Sitzung den Reichstag beschäftigen soll.

Militärische Gewaltmärsche.

Die zurzeit in Posen und Schlesien stattfindenden Korpsmanöver haben infolge der großen Strapazen zwei Menschenopfer gefordert. Bei den Manövern in der Provinz Posen sind zwei Soldaten des 58. Infanterie-Regiments an Hirschlag gestorben; mehrere andere Soldaten liegen schwer krank darnieder. Bei den schlesischen Korpsmanövern, die in der Gegend von Schweidnitz stattfinden, hatten die Soldaten am Montag in drückender Sonnenglut einen so großen Marsch zurückzulegen, daß der ganze Weg rechts und links von zahlreich erkrankten Soldaten besetzt wurde. Die meisten der Erkrankten gehören dem 22. und 62. Infanterie-Regiment an. Todesfälle sind jedoch bis jetzt noch nicht bekannt, wohl aber sind einzelne Erkrankungsfälle selbst nach bürgerlichen Blättern sehr bedenklich.

Auch die militärfromme „Reicher Zeitung“ gibt zu, daß es sich bei der roten Partei, zu der die beiden genannten Infanterieregimenter gehören, um einen fast übermenschlichen Gewaltmarsch gehandelt habe.

Die Militärbehörde bleibt trotz der unglücklichsten Gerüchte über die Zahl der Opfer nach wie vor zugeknöpft. Sie hat es ja schließlich auch gar nicht notwendig, Auskunft zu geben, denn ihr Verhalten wird ja letzten Endes doch von den bürgerlichen Parteien im Reichstag gebilligt.

Aus der Reichsverbandsküche.

Reichsverbandsblätter veröffentlichen einen Artikel: „Die Pfänder der Arbeitergroßen“. Es handelt sich um einen alten Ladenhüter des Reichsverbands, der von Zeit zu Zeit immer wiederkehrt, ohne daß man sagen könnte, seine Güte hätte durch das Alter gewonnen. Um den Schein der Aktualität zu wahren, berichtet der Reichsverband den uneingeweihten Lesern, sein Material stamme aus Äußerungen, die in den Generalversammlungen der Berliner sozialdemokratischen Wahlvereine am 26. August dieses Jahres gefallen seien. Es wird da behauptet, daß „der Genosse Lucht, der in der Partei eine hervorragende Stellung einnimmt und verschiedene Vertrauensämter bekleidet“, erklärt habe, es sei traurig, daß in der Partei alle Ideale fehlten. Diese Äußerung des Genossen Lucht wird in die Generalversammlung des zweiten Kreises verlegt. Genosse Lucht gehört dem ersten Kreise an und hat im Hinblick auf den Widerstand gegen die Propagierung des Massenstreiks allerdings eine solche Äußerung getan. Sie hatte aber mit materiellen Fragen absolut nichts zu tun; es handelte sich lediglich darum, die zögernden Parteigenossen anzufeuern.

Genauer wird die Reichsverbandsleitung, indem sie einem Genossen Lehner — der angeblich auch in der Generalversammlung des zweiten Kreises gesprochen haben soll — Äußerungen unterstellt, die glatt aus den Fingern geflogen sind. Genosse Lehner hat in der Generalversammlung des vierten Kreises zur Waifeier gesprochen und den Standpunkt eingenommen, daß alle diejenigen Parteigenossen, die am 1. Mai feiern können, ohne Lohnausfall zu haben, einen Tageslohn für die Waifeiergemahregelten abzugeben haben. Er bekämpfte die Gegner eines solchen Verlangens und ließ in diesem Zusammenhang die Bemerkung fallen, die Angestellten seien allzu sehr Geschäftsmenschen geworden und besäßen keinen Idealismus mehr. Das war alles. Der Reichsverband läßt den Genossen Lehner jedoch von Zehntausenden von Angestellten sprechen, die alle die Partei zu ernähren habe und für die jährlich 3 1/2 Millionen verausgabt würden usw.

Selbst wenn sich nicht einwandfrei feststellen ließe, was Genosse Lehner gesagt hat, kann man allein an dieser Erzählung die ganze alte Reichsverbandsmaße erkennen. Der Schwundel von den verprühten Arbeitergroßen gehört zu den wesentlichsten Kampfmitteln der Reichsverbandsstrategen, und er wird bestehen bleiben, so lange es einen Reichsverband gibt. Niemand kann aus seiner Haut; auch die schönen Elemente nicht, die sich zur Leitung des „baterländischen“ Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zusammengelassen haben.

Wie das Zentrum Arbeiterinteressen vertritt.

Zwei Jahre nacheinander beantragten unsere Genossen in Aschaffenburg bei der Stadtverwaltung, je 1000 M. zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherung in den Etat einzustellen. Unseren beiden im Rathaus sitzenden Genossen gelang es auch immer, den Antrag durchzubringen, obwohl die Mehrheit der Zentrumsvertreter die Ablehnung des Antrages verlangten, da die Arbeitslosenversicherung Sache des Land- und Reichstags wäre. (Im bayerischen Landtag lehnten die Zentrumsvertreter die sozialdemokratischen Anträge auf Einsetzung eines bestimmten Geldbeitrages in das Budget zur Unterstufung derjenigen Gemeinden, die eine Arbeitslosenversicherung einführen wollen, ab, da diese Unterstufung Sache der Gemeinden sei.) In diesem Jahre nun versuchte der Vorsitzende des christlichen Fabrik- und Hilfsarbeiterverbandes unseren Genossen den Raug abzulaufen und beantragte im Kollegium der Gemeindebevollmächtigten, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, die Arbeitslosenversicherung einzuführen. Aber er hatte die Rechnung ohne das offizielle Zentrum gemacht! Außer ihm saßente nur noch ein einziger Zentrumsvertreter für diesen Antrag. Die übrigen Zentrumsvertreter lehnten den Antrag ihres Parteigenossen kurzweg ab. Das Zentrum hat in beiden städtischen Kammern die Mehrheit.

Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Landshut.

Amliches Wahlergebnis: Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Niederbayern I vom 31. August wurden für den Gültbesitzer Freiherrn v. Kretin-Haidenburg (Z.) 10 182 Stimmen, für den Bürgermeister Eisenberger-Auspolding (Bayerischer Bauernbund) 4900 Stimmen und für den Gauleiter Raitz-Münken (Soz.) 1535 Stimmen abgegeben. Freiherr v. Kretin (Z.) ist somit gewählt.

Ein feines Trio!

Der evangelisch-konserervative „Reichsbote“, die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ und die ultramontane „Germania“ im traurem Verein als Prehdenunzianten — das ist die neueste

Wäite im Kampf gegen die „Volksfürsorge“. Da man mit sachlichen Mitteln der Einführung der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherung nicht wirksam entgegenzutreten kann, versucht man es mit dem Mittel der Denunziation bei den Behörden.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ hat's entdeckt, der „Reichsbote“ plappert nach und die fromme „Germania“ unterfiehlt es, daß zwei bürgerliche, parteilose Zeitungen, die „Feuerbacher Zeitung“ und das „Mündener Tageblatt“, von denen die erste „städtisches Amtsblatt“ ist und das letztere den Untertitel „Organ für nationale Interessen“ mit Stolz trägt — man höre und staune — der „gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft“ Volksfürsorge Vorschub geleistet hätten.

Die „Feuerbacher Zeitung“ habe am 18. August 1913 einen umfangreichen Artikel und eine Anzeige für die „Volksfürsorge“ publiziert, in derselben Nummer, in der auch eine Anzeige des „Proviantsamts Stuttgart“ veröffentlicht worden sei. Im „Mündener Tageblatt“ sei sogar der Bericht über eine Versammlung des Konsumvereins ohne ein Wort der Kritik erschienen! Diese welterschütternden Feststellungen begleiten die drei edlen Organe gleichlautend mit folgender Denunziation:

„Diese bürgerliche Charakterlosigkeit kann nicht schwer genug verurteilt werden, zumal sie der nationalen gemeinnützigen „Deutschen Volksversicherung A.G.“, die sich bereits kräftig entwickelt, den Kampf gegen die „Volksfürsorge“ stark erschwert. Es würde sich empfehlen, wenn die Behörden ein achtames Auge auf solche Vorgänge hätten und bei der Vergabung ihrer Anzeigen dafür sorgten, daß sie nicht in eine Nachbarschaft geraten, die ihnen kaum angenehm sein kann.“

Nun wissen die Behörden, was sie zu tun haben. Sie haben den Kampf gegen die „Volksfürsorge“ selbst unter Schädigung der ihnen zur pflichtgemäßen Wahrung übertragenden Interessen ihres Amtes zu führen. Sie müßten sonach ein gemeinnütziges Institut, das reichsamlich genehmigt und kontrolliert wird, bekämpfen unter partieller Verletzung der gesetzlich garantierten Pressefreiheit!

Abgekürztes Verfahren.

Auf den Gütern eines Großagrariers im Kreise Glogau, dem Deminim Schwaufen, legten Anfang der Woche mehrere russisch-polnische Saisonarbeiter wegen der ihnen dort zuteil gewordenen Behandlung die Arbeit nieder. Sie wollten beim russischen Konsul in Breslau persönlich ihre Beschwerden vorbringen. Bereits auf der nächsten Bahnstation Schlichtingheim wurde ihnen jedoch auf Veranlassung ihres bisherigen Arbeitgebers die Benutzung der Bahn verboten. Das gleiche geschah auf dem Bahnhof Glogau, wohin die ausländigen Ausländer den 15 Kilometer langen Weg zu Fuß zurücklegten. Als sie auf dem dortigen Bahnhof das Ankommen, wieder bei ihrem früheren Arbeitgeber in Arbeit zu treten mit Entschiedenheit und drastischen Worten ablehnten, wurden alle kurzerhand über die russische Grenze zwangsweise abgehoben.

Die Balkanfragen.

Griechen und Albanen.

Wien, 4. September. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Valona: Griechische Soldaten, begleitet von Komitatshis, fielen in die Ortschaft Valona ein und begannen sie zu plündern. Die Bewohner setzten sich zur Wehr. 11 griechische Soldaten wurden getötet. Die Griechen machten 9 Männer und 4 Frauen nieder.

Die Cholera.

Bukarest, 4. September. Die Gesamtzahl der Cholerafälle beträgt 554, darunter 57 neue; 23 Fälle verliefen tödlich, in 19 Fällen trat Genesung ein. Außerdem liegen noch 59 Kranke in den Militär Lazaretten.

Oesterreich.

Dem Verdienste seine Krone.

Der Chefredakteur der christlichsozialen „Reichspost“, Dr. Funder, hat für „persönliche Verdienste“ das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens bekommen. Die „Reichspost“ ist besonders bekannt geworden durch die leidenschaftliche Verleumdungskampagne gegen das Andenken unseres in den Alpen verunglückten Genossen Abg. Silberer und durch die Balkan-Kammuntzungen, die die 500-Millionen-Rüstungen des Franz-Ferdinand'schen Generalstabs motivieren mußten. ...

Uebrigens wird es Zeit, auch den Prezesen Staatsanwalt Rager zu dekorieren. Er konfiszirt die „Volkstribüne“ jede Woche und hat vorgestern wieder die „Arbeiterzeitung“ konfiszirt, weil sie die Erziehung des gesetzlichen Rekrutenkontingents durch willkürliche Wehrverstellungen von Reservisten geißelte und dem Kriegsoffiziosus Leopold Randl nicht die gebührende Reverenz erwies!

Frankreich.

Die neue Wingerbewegung.

Paris, 4. September. Die revolutionäre Bewegung der Winger im Departement Aube gegen das Gley, das ihren Wein von der Champagnerherstellung ausschließt, hat in den letzten Tagen sehr an Ausdehnung gewonnen. In sechs Ortschaften wurden städtische Versammlungen abgehalten, die damit endeten, daß die Raires und Gemeinderäte sich bereit erklärten, ihre Ämter niederzulegen. Die durch diese Amtsniederlegung hervorgerufene Unordnung in der Verwaltung soll die Regierung veranlassen, das den Wingern verhängte Gley außer Kraft zu setzen.

Holland.

Holländischer Liberalismus.

Trotzdem die sozialdemokratischen Fraktionen in den Gemeindevertretungen der großen und industriereichen Städte aus den letzten Kommunalwahlen sehr verstärkt hervorgegangen sind, haben die Liberalen sich bei den am Dienstag abgehaltenen Wahlen in den Gemeindeparlamenten nirgendwo dazu bequemen können, unserer Partei den ihr gebührenden Anteil im Schöffentkollegium (so viel als Magistrat) zu gewähren. In Amsterdam erhielt Genosse Wibaut nur 20, in Haag Genosse Terlaan nur 16, in Rotterdam Genosse Spiekman gar nur 9 von je 45 insgesamt abgegebenen Stimmen. In allen diesen Fällen stimmte nur ein ganz kleiner Teil der freisinnigen Gemeindevertreter für die Kandidaten unserer Partei. Man sieht hieraus, wie wenig Wert auf das liberale Zeitungsgeflüster während der Kabinettskrise zu legen ist, daß es notwendig sei, die Sozialdemokratie an der Regierung zu beteiligen. Jetzt, wo sich in den Gemeinden Gelegenheit geboten hätte, Sozialdemokraten zur Mitregierung heranzuziehen, versagen die Liberalen aufs jämmerlichste.

Die Reaktion in Holländisch-Indien.

Die scharfe Regierungsattitude in Indien gegen die Führer der Oppositionsbewegung der Eingeborenen wird in verschärfter Weise fortgesetzt. Während Herr Bonowes Deken sich der Verbannung nach der abgelegenen Insel Timor entzogen hat, indem er nach Holland abreiste, um seine Sache dort weiter zu fördern, sind jetzt vier eingeborene Journalisten von drei verschiedenen

oppositionellen Blättern in Verbannung auf Java verhaftet worden. Der bekannteste ist Dr. Rangunusomo, ein sehr begabter Javaner, der in Vertretung Dekkers dessen Tageblatt „Eprek“ redigierte. Die „Missetat“ der Verhafteten bestand in der Verbreitung eines Flugblattes, in welchem sie die Eingeborenen aufzuforderten, nicht an den Festlichkeiten teilzunehmen, die zur Jahrhundertfeier der holländischen nationalen Unabhängigkeit abgehalten werden. Sie meinen, daß die Indier keine Ursachen haben, sich an der nationalen Unabhängigkeit ihrer Unterdrücker zu erfreuen. Diese unerhörten Verhaftungen werden im holländischen Parlament zu den schärfsten Protesten führen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Parteiorganisation des Kreises Schwarzburg-Sondershausen beschäftigte sich am 20. August d. J. mit der Zustimmung der Fraktion zu den Dedungsvorlagen. Nach eingehender Diskussion, in der ein Teil der Parteigenossen gegen, der größere Teil für die Stellungnahme der Fraktion zu diesen Fragen eintretend, wurde mit allen gegen neun Stimmen eine Resolution angenommen, in der sich die von 100 Mitgliedern besuchte Versammlung mit der Stellungnahme der Reichstagsfraktion zu den Dedungsvorlagen einverstanden erklärt. Die Fraktion habe im Kampfe gegen die Dedungsvorlage ihren Mann gestanden. Hätte sie bei den Dedungsvorlagen einen anderen Standpunkt eingenommen, dann hätte das nicht im Interesse der Arbeiterklasse gelegen.

Wiener Bildungsarbeit.

In den Einzel- und Zyklenvorträgen, die vom Unterrichtsausschuß der vereinigten Wiener Partei- und Gewerkschaftsorganisationen veranstaltet wurden, haben im letzten Jahr an 70 000 Zuhörer teilgenommen, aber mehr als 100 000 organisierte Arbeiter haben im ganzen Jahr kaum einen Vortrag besucht. Ohne die Zyklen wurden 380 Vorträge über Sozialismus, Wirtschaftsgeschichte und Arbeiterbewegung, 364 über Sozialpolitik und Politik, 155 über gewerkschaftliche Fragen abgehalten. 241 Zyklenvorträge waren der gewerkschaftlichen Tätigkeit und Theorie gewidmet. Es haben jedoch von den 584 Wiener Gewerkschaftsgruppen nur 235 die zentrale Vortragsvermittlung in Anspruch genommen und statt der programmmäßigen 8 Vorträge im Jahr wurden nur 2 beantragt. Den größten Bildungseifer betätigen die Jugendlichen. Die Erfolge der Wiener Arbeiterschule — eine händige Parteischule nach deutschem Muster besteht noch nicht — sind sehr befriedigend.

Forderung der Einheitsprache.

Mit der Bitte um Veröffentlichung ist uns folgende Resolution zugegangen:

„Die anlässlich des neunten internationalen Esperantokongresses in Bern versammelten esperantistischen Sozialisten, Vertreter von 8 Nationen, konstatieren den Wert sogar notwendigstei einer gemeinsamen Sprache für die sozialistische Bewegung und bitten das Internationale sozialistische Bureau, die Frage einer internationalen Sprache zu studieren und dem nächsten internationalen Sozialistenkongress die Annahme des „Esperanto“ zu empfehlen.“

Polizeiliches, Berichtliches usw.

Strasskonto der Parteipresse.

Zu 150 Mark Geldstrafe wurde Genosse E. Müller von der „Volkszeitung“ in Düsseldorf verurteilt, weil unter seiner Verantwortung am 23. Dezember 1912 ein Artikel: „Einer fremden Mutter Schicksal“ erschien, durch den sich der Gutsbesitzer und Amtsdorfschreiber Klaua in Bildung bei Breslau beleidigt fühlte. Der Rechtsanwalt hatte 200 M. beantragt. Wegen des gleichen Artikels sind schon mehrere Redakteure von Parteiblättern mit Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Monaten bedacht worden.

Ein „böswilliger“ Majestätsbeleidiger.

Auf Grund der bekannten Gendarmenprotokolle wurde Genosse Schneidewind in Breslau, Angehöriger des Metallarbeiterverbandes, vom Landgericht Dels am Montag zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Genosse Schneidewind soll in einer Versammlung am 1. Mai, als er über unsere Raiserwerbungen und das Preußenwahlrecht in Traubenberg im Wahlkreis des ungekrönten Königs von Preußen sprach, nach den Aufzeichnungen des überwachenden Gendarmen die Majestätsbeleidigungen begangen haben. Das Gericht nahm auch die Böswilligkeit als erwiesen an; Schneidewind, der schon häufig über das gleiche Thema gesprochen hat, ist bisher noch unbestraft.

Soziales.

Eine schwere Beschuldigung.

Die Verkäuferin Petrenz Nagie gestern vor dem Kaufmannsgericht gegen die Firma Gruber u. Skopin auf Zahlung von 212,50 M., und zwar Gehalt für die Monate August und September je 50 M., und als Entschädigung für eingangene Kost in der zweiten Hälfte des August 37,50 M. und für September 75 M. Sie war am 14. August aus der Stellung gegangen, weil sie angeblich der Mitinhaber der Firma, Gruber, mit unsittlichen Anträgen belästigte, die sogar am frohlichen Tage in Vergewaltigung übergegangen sein sollen. Diese ungeheuerlichen Beschuldigungen, obwohl sie den Beklagten zumindest seit Stattfinden des ersten Termins bekannt gewesen sind, haben den Beschuldigten Gruber bis heute nicht veranlaßt, ein Ermittlungsverfahren zu beantragen! Wenn die Anschuldigungen richtig sind, ist es von der Klägerin ziemlich leichtfertig gewesen, auf den Vergleichsvorschlag des Gerichts einzugehen, denn einmal mußten ihr nicht nur die geforderten Beträge zugesprochen werden, sondern sie behielt sich weiter auch alle weiteren Ansprüche vor, die etwa aus einer gesundheitlichen Schädigung geltend zu machen wären. Sie befindet sich tatsächlich auch in ärztlicher Behandlung wegen der aus jenem Vorfalle resultierenden Beschwerden. Sie hat nun zwar 125 M. erhalten, hat dafür aber auch auf alle weiteren Ansprüche verzichtet.

Der Strich durchs Zeugnis.

Zur Vorsicht bei Zeugnisfragen mahnt folgender originelle Fall, der dieser Tage das Kaufmannsgericht Hannover beschäftigte. Ein dortiger Gummiwarenfabrikant hatte seinem abgehenden Buchhalter ins Zeugnis geschrieben, daß er zur Konkurrenz gehe und damit die Interessen seiner alten Firma bewußt schädige. Der Buchhalter hatte Streichung dieses Satzes beantragt, und das Kaufmannsgericht verurteilte auch die Firma, dem Antrage entsprechend, den inkriminierten Sach im Zeugnis zu streichen. Die Beklagte befolgte das Urteil wörtlich; sie machte durch den betreffenden Sach im allen Zeugnis einen biden Strich, aber doch nur so d. d. d. die ausgetrichenen Worte gerade noch zu lesen waren. Natürlich war der Buchhalter mit dem solcherart „verbesserten“ Zeugnis nicht zufrieden und beantragte erneut, die Beklagte zur Ausstellung eines neuen Zeugnisses zu verurteilen. Die Firma vertief sich jedoch auf den wörtlichen Text des Urteils, den sie korrekt befolgt habe. — Das Kaufmannsgericht war durch diese Verweigerung in die unangenehme Lage versetzt worden, sein eigenes Urteil erst interpretieren zu müssen. Es sprach dem Kläger ein neues Zeugnis zu und begründete das wie folgt: Wenn auch die Beklagte zur „Streichung“ des Satzes verurteilt worden sei, so könne der Urteilsinstenor sinngemäß nur dahingehend ausgeführt werden, daß der Buchhalter ein anderes Zeugnis erhalte, in welchem der betreffende Sach fortgelassen sei.

Der Fall zeigt, daß bei Zeugnisfragen nicht ein Antrag auf „Streichung“, auch nicht auf „Wänderung“, sondern ein Antrag auf Ausstellung eines neuen Zeugnisses gestellt werden muß.

Aus Industrie und Handel.

Beschränkung der deutschen Diamantenproduktion.

Die Bedeutung und Ergiebigkeit der Diamantenproduktion in Deutsch-Südwestafrica ist von der Regierung und den Kolonialinteressenten weit übertrieben worden. Jetzt sieht sich die Regierung selbst gezwungen, die Produktion zu beschränken — wie man angibt, nur um die Preise zu halten, tatsächlich aber, weil eine Erschöpfung der Diamantenfelder droht. Die Diamantregie, die der Betrieb der Diamanten vom Reich übertragen ist, stellt eine Reichsministerverordnung in Aussicht, die ein Höchstmaß für die zur Verwertung zu bringenden Diamanten festsetzt. Die Förderer werden in zwei Gruppen geteilt. Zu Gruppe A gehören:

	jetzige jährliche Produktion ca.	Kontingent
Pomona	600 000 Karat	878 000 Karat
Koloniale Bg.	300 000	242 000
Deutsche Diamanten	180 000	103 000
Bacht Gef.	144 000	104 000
Colmanskop	108 000	73 000

Statt 1,3 Millionen Karat soll also in Zukunft die Produktion dieser Gruppe nur 0,9 Millionen Karat betragen.

In Gruppe B befinden sich alle übrigen Gesellschaften, zurzeit 12 an der Zahl. Sobald die Förderung dieser Gruppe 1,44 Millionen Karat übersteigt, soll eine Kontingentierung auf der gleichen Grundlage wie bei der Gruppe A stattfinden.

Börsemärkte des russischen Raphthalindulats. Im Raphthalgebiet von Raku wird seit einiger Zeit gestreift. Der Stand des Streiks ist im allgemeinen der, daß die kleinen und mittleren Firmen die Forderungen der Streikenden zum größten Teil befriedigen, während die großen Firmen hartnäckig die Hauptforderungen verweigern. Diese Tatsache wird durch eigenartige Vorgänge an der Börse in ein besonderes Licht gerückt. Nachdem die Raphthalwerte an der Börse infolge des Streiks eine Zeitlang sanken, sind die Aktien der größten Firmen, und zwar derjenigen, die an der Aushungerungstaktik gegenüber den Arbeitern festhalten (Gebr. Nobel, Mantaschew, Pianosow u. a.) in den letzten Tagen rapid in die Höhe gegangen. Die Raphthalwerte verlaufen ihre Vorräte zu erhöhten Preisen, und die Börse reagiert darauf mit erhöhten Notierungen der betreffenden Werte. Während die streikenden Arbeiter hungern, verdienen die Herren des Raphthalindulats Hunderttausende und lehnen es im übrigen ab, mit den streikenden Arbeitern zu unterhandeln.

Die Praxis des Raphthalindulats wird sogar in einem aufsehenerregenden Artikel der offiziellen „Rossija“ verurteilt, derselben „Rossija“, die gegen die streikenden Raphthalarbeiter Gift und Galle speit. Nach der Darstellung dieses Blattes beherrscht die Russische General-Raphtha-Compagnie (General Nil) die Raphthalwerte Mantaschew u. Co., Schichowstkoje, Raphthalanskoje, Moskauer Mantaschew Gesellschaft, Rapsche Gesellschaft, und durch die Firma Pianosow noch eine ganze Gruppe anderer Werke. In nächster Zeit wird die Angliederung einer großen Anzahl von Raphthalwerten an dieses Syndikat erwartet. Ueber die Firmen Nobel und Rothchild schreibt das russische Regierungsblatt: „Es ist längst allbekannt, daß die Firma Nobel einen ungeheuren Teil der Raphthalabbeute in ihren Händen konzentriert. Außerdem hat sie mit der Firma Rothchild hinsichtlich der Verteilung der Abgabemärkte einen besonderen Vertrag geschlossen. Da Nobel und die Rothchild-Firmen, vor allem die Gesellschaft „Nasut“, schon längst einen bedeutenden Teil der Transportmittel (Risternen, Raphthal-schiffe usw.) in ihren Händen vereinigen, haben sie auf diese Weise ganz Russland untereinander verteilt.“ Ihr Urteil über die Abmachungen der Raphthalfirmen untereinander faßt die „Rossija“ dahin zusammen, daß es „angehörig dieser Verträge einigermaßen lächerlich ist, über eine Konkurrenz zu sprechen“. Dieses Urteil wird aber die russische Regierung ebenso wenig hindern, der wucherischen Preispolitik der Syndikate gegenüber nach wie vor beide Augen zuzubräuen, wie die Forderung der „Rossija“, eine Revision der „Syndikats-Rationierungen“ vorzunehmen, in den Papierkorb zu werfen.

Letzte Nachrichten.

Dublin vor dem Bürgerkrieg.

London, 4. September. (W. T. B.) Die Lage in Dublin gibt noch immer zu Besorgnissen Anlaß und ist neuerdings durch den Entschluß der Arbeitgeber, keinen dem Transportarbeiterverband angehörigenden Mann einzustellen, noch verwickelter geworden. Der Lord Mayor hat die Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgefordert, einen Verständigungsaustausch zu bilden, und drängt darauf, daß ein kurzer Waffenstillstand abgeschlossen werde, damit die Stadt vor den Schrecken eines entschiedenen Krieges bewahrt bleibe.

Ausperrung der Dubliner Transportarbeiter.

Dublin, 4. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Arbeitgeber Dublins haben beschlossen, alle Mitglieder der Transportarbeitergewerkschaft zu entlassen, was jedenfalls zu einer allgemeinen Ausperrung führen wird. Sechs Abgeordnete des britischen Gewerkschaftskongresses sind aus Manchester eingetroffen, darunter zwei Parlamentsmitglieder und drei Friedensrichter. Sie berichten, hauptsächlich hergeschickt worden zu sein, um den Dubliner Arbeitern zu helfen, die Redefreiheit aufrechtzuerhalten und haben mit dem Statthalter lange eine Unterredung gehabt. Die Arbeiter sind entschlossen, am Sonntag in der O'Connell Street eine Versammlung abzuhalten, in der die britischen Gäste reden werden.

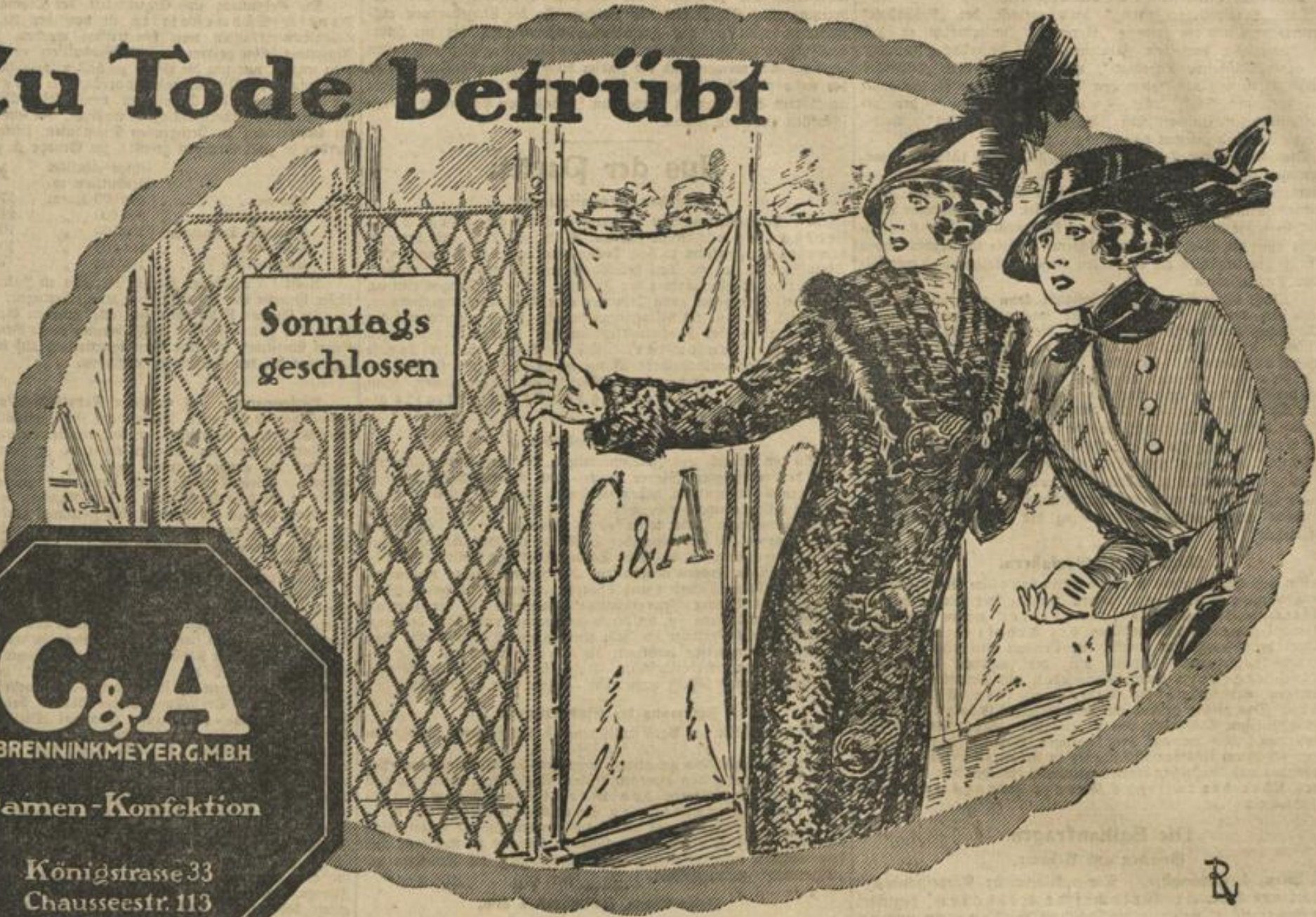
Schiedsgerichtsverträge, Geldsperrre und Weltbriefporto.

Haag, 4. September. (W. T. B.) Die Interparlamentarische Konferenz nahm heute einstimmig den Antrag Bartholds, des Vorsitzenden der amerikanischen Gruppe, an, der den Regierungen das von dem Staatssekretär Bryan vorgeschlagene System von Schiedsgerichtsverträgen warm empfiehlt, nach welchem die Staaten sich verpflichten würden, solange von Feindseligkeiten abzusehen, bis eine unparteiische Untersuchung einer etwa zwischen ihnen entstandenen Streitfrage stattgefunden hätte. Die Konferenz beschloß, solche Verträge in den Arbeitsplan der Kommission für internationale Rechtsprechung aufzunehmen, um ihre allgemeine Anwendung zu erleichtern. Darauf wurde eine von dem Grafen Goblet-Alviella (Belgien) vorgeschlagene Resolution mit großer Majorität angenommen, welche die an der dritten Friedenskonferenz teilnehmenden Regierungen auffordert, sich über Maßnahmen zu verständigen, die den Weltmarkt neutraler Staaten für Anleihen kriegsführender Staaten sperren sollen. Schließlich wurde eine Resolution von Professor Gieshoff (Deutschland) angenommen, welcher ein Weltbriefporto von 10 Centimes bis zum Briefgewicht von 20 Gramm vorschlägt.

Huerta verzichtet auf die Präsidentschaft.

Washington, 4. September. (W. T. B.) Amtlich wird mitgeteilt, die Regierung habe eine mündliche Zusicherung erhalten, daß der provisorische Präsident von Mexiko, Huerta, nicht als Kandidat für die Wahl des definitiven Präsidenten auftreten werde.

Zu Tode betrübt



C&A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.
Damen-Konfektion
Königstrasse 33
Chausseestr. 113

R

JOSETTI
Cigaretten

Josetti
Vera Gold
3 Pfg Cigaretten

KON LITON

Wollf
scheuern Ihr
sauber u. feste,
nehmt
Blendax
denn das ist das
Beste!

Pakete zu 10, 15 u. 20 Pfennig.
Fabrik: Urban u. Lemm, Charlottenburg

H. & P. Uder, Berlin SO. 16.
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Los nur 50 Pfg.
Ziehung am 23. Septbr.
Schneidemüller
Automobil- und Pferde-
Lotterie
3300 Gewinne i. Werte v. Mark
100000
1. Hauptgew.: 1 Automobil Wert M.
15000
2. Hauptgew.: 1 Viererz. Wert M.
10000
11 Lose aus
verschied. 5 M.
Tausenden
Lose 50 Pf.,
Porto u. Liste 30 Pf. extra durch
das General-Debit
H. C. Kröger
Berlin W 8, Friedrichstr. 193a
sowie alle durch Plakate
kennlichen Verkaufsteil.

Winter
Winter, Paletots, getragene Mo-
natsgarderobe von Herrenstaf-
fen, Kavallieren etc. in besten
Werkstätten (teils auf Gold) ge-
arbeitet, für jede Figur passend
auf Lager. Früherer Anschaffungs-
preis bis M. 150.—, zu folgenden
billigen Preisen:
Winter-Überl. M. 12, 16, 22 etc.
Herren-Paletots = 8, 9, 12 "
Jacket-Anzüge = 10, 16, 20 "
Gehrock-Anzüge = 15, 22, 27 "
Jünglings-Anzüge = 8, 10, 14 "
Hosen = 2, 3 bis 6-
Institut für Verleihung eleg.
Gesellschafts-Anzüge.
Garderobenhaus.
Hauptgeschl.:
Gr. Frankfurter Str. 116.
an der Andreassstr.
2. Geschl.: Chausseestr. 109.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Für Wäsche und Hausputz unentbehrlich! **Henkel's Bleich-Soda** Seit 38 Jahren im Gebrauch und bestbewährt!
Henkel & Co. Düsseldorf.

Das Erfurter Schreckensurteil vor dem Oberkriegsgericht.

Erfurt, 4. September 1913.

Die Verhandlung gegen die vom Erfurter Kriegsgericht verurteilten fünf Reservisten wird heute vor dem Oberkriegsgericht des Armeekorps Kassel hier fortgesetzt. Im Auftrag des Kriegsministeriums wohnt Oberkriegsgerichtsrat Meier von der Justizabteilung des Kriegsministeriums der Verhandlung bei. Nach Eröffnung der heutigen Sitzung stellt Verteidiger Rechtsanwalt Barnau-Berlin noch eine Reihe von Beweisanträgen, darunter auch einen auf Abhaltung eines Lokalstrafmins in der Gastwirtschaft Rölleber-Holl, in der sich die Vorgänge abgespielt haben, die zur Erhebung der Anklage wegen militärischen Aufruhrs führten. Das Gericht legt die Beschlussfassung aus und fährt in der Zeugenvernehmung fort.

Zunächst wird der Gemeindevorsteher von Volkramshausen Rosand über den

Zeugnis der Angeklagten

Zeugnis vernommen. Er stellt sämtlichen Angeklagten ein günstiges Zeugnis aus und bezeichnet sie als ruhige und besonnene Menschen, die hier offenbar nur unter der Einwirkung des Alkohols gehandelt hätten. Der Zeuge kann auch nicht sagen, daß die Angeklagten sich in hervorragender Weise politisch im sozialdemokratischen Sinne betätigt hätten.

Zeuge Arbeiter Schulze ist als Entlastungszeuge geladen. Er war Zeuge der Vorgänge und behauptet, daß eigentlich alles flott und glatt gegangen sei. — Verhandlungsführer Oberkriegsgerichtsrat Meier: Das kann aber doch offenbar nicht stimmen, die Zeuge haben sich doch gewehrt und auf die Polizisten geschimpft. — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr, ich kann nur sagen, daß die Leute weiter nichts wollten, als nachhause zu kommen, nachdem sie hinausgebracht waren, wieder in das Lokal zu kommen, dabei gab es natürlich Spektakel, aber er war nicht sonderlich groß. Erst als die Polizisten blaulich gezogen hatten, liefen die Leute weg. — Zeuge Juchaczewski: Ich bin der Vater eines der Angeklagten und behaupte, daß sein Sohn am jenem Abend sehr betrunken nach Hause kam. — Verhandlungsführer: Haben Sie nicht gemerkt, was er getan hat? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr, jedenfalls ging ich am Sonntag nach der Kontrollversammlung zum Polizeiergeant Müller und fragte ihn, ob mein Sohn irgend etwas Strafbares begangen habe. Müller sagte, daß er ihm nicht gehorcht hätte und er fügte hinzu, daß die Leute etwas in den Getränken gehabt haben müßten, sonst hätten sie nicht so betrunken sein können. — Verhandlungsführer: Daß die Leute sehr betrunken waren, glauben wir alle. Ist Ihr Sohn überhaupt ein Trinker? — Zeuge: Nein.

Zeuge Gastwirt Wod ist der Inhaber der Gastwirtschaft Rölleber-Holl, wo sich die Ausschreitungen abspielten. Die Anleiherei, so gibt er an, hat schon am Vormittag unmittelbar nach Beendigung der Kontrollversammlung begonnen; diese Anleiherei gehen alljährlich in seiner Wirtschaft nach den Kontrollversammlungen vor sich, denn die Reservisten und Landwehrmänner legen ein Maß Bier aus und trinken dann tüchtig. — Verhandlungsführer: Der Gendarmmeriewachmeister Stod war ja schon auf der Kontrollversammlung selbst gewesen; haben Sie, als die Leute hinkamen, irgend etwas an ihnen gemerkt, daß sie von Mißstimmung gegen den Wachmeister erfüllt waren? — Zeuge: Nein. Die Leute tranken zunächst ruhig ihr Bier aus und erst als viel getrunken war, wurden sie lauter. — Verhandlungsführer: Wurde sehr viel getrunken? — Zeuge: Jawohl, sehr viel Bier und noch mehr Schnaps. — Verhandlungsführer: Es war also eine allgemeine Begeisterung? — Zeuge: Ja, die Leute waren angeheitert. Der Zeuge schildert dann, wie es zu dem Spektakel zwischen einem Volkramshausener und einem Gendarm wegen eines Mädchens kam, diese betrugten sich aber wieder und es wurde wieder ruhig, bis der Polizeiergeant Müller kam. — Verhandlungsführer: Das ist doch nicht aufgeklärt, wer hat denn eigentlich den Polizeiergeanten geholt? — Zeuge: Das weiß ich nicht, ich nicht, auch niemand von meinem Personal. — Zeuge Polizeiergeant Müller: Ich bin von drei Gästen herbeigeholt worden. — Zeuge Gastwirt Wod: Ich wunderte mich, daß die Polizei kam. Müller forderte mich auf, den Leuten mein Lokal zu verbieten. Ich schloß mein Geschäft ab und ermahnte die Leute, ruhig nach Hause zu gehen; die Leute gingen aber nicht und nun holte der Polizeiergeant den Gendarmmeriewachmeister zu Hilfe. — Verhandlungsführer: Haben Sie gehört, daß auf die Polizisten geschimpft wurde, z. B., daß die Polizei die Schnauze halten sollte und anderes mehr? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr, ich habe mich um die Vorgänge selbst nicht mehr gekümmert, nachdem die Polizei da war. Müller ist sonst sehr intim mit den Leuten und da weiß ich nicht, wie er die Leute zuerst anredet hat. — Verhandlungsführer: Es muß doch ein ziemlicher Tumult geberstet haben. — Zeuge: Jawohl, und gerade deshalb weiß ich über die Einzelheiten nichts mehr. Ich weiß nur, daß die Polizeibeamten vorchristlich vorgegangen sind. — Verhandlungsführer: Sie wollen als Gastwirt recht zurückhaltend sein; es ist begreiflich, daß Ihnen diese Vorgänge unangenehm sind, aber jedenfalls sind doch Schimpfworte gefallen, wie „Dummkopf“, „Lumpenspinner“ und ähnliches. — Zeuge: Darüber kann ich nichts sagen. — Verhandlungsführer: Auf der einen Seite haben sich die Angeklagten auf ihre Eigenschaft als Soldaten berufen und erklärt, die Polizisten hätten ihnen nichts zu sagen, und das andere Mal wieder haben sie gesagt, sie seien freie Arbeiter und Sozialdemokraten und als solche hätte ihnen überhaupt niemand etwas zu sagen. — Zeuge Gastwirt Wod: Ich habe nicht genau hingeschaut. — Verhandlungsführer: Einer der Angeklagten soll auch Ihre Mutter festgehalten haben und inzwischen sollen sich die andern vier eingeschickt haben. — Zeuge: Ich habe gedacht, das sei ein Spaß. Meins Mutter aber meinte, sie könnte solche Späße aber nicht vertragen.

Zeuge Postbeamter Hagemeier, ein Bruder des Angeklagten, macht von dem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch. — Zeuge Stenograph Otto Schilling hat gesehen, wie der Wachmeister mit georgischem Säbel auf die Leute losging. — Verhandlungsführer: Haben Sie auch gesehen, was die Leute gemacht haben? — Zeuge: Nein. — Verhandlungsführer: Das ist sehr auffällig; Sie wollen nur gesehen haben, was die Polizei tat und nicht, daß die Leute rassistierten und schimpften. — Zeuge Schilling: Ich habe wohl gehört, daß die Leute etwas sagten, aber was sie sagten, das konnte ich nicht verstehen. — Zeuge Arbeiter Fischer hat gesehen, daß einer der Angeklagten an der Hand blutete. — Verhandlungsführer: Als Sie hinzukamen, war die Sache also offenbar schon vorbei. — Zeuge Schmied Franz Schulze will gesehen haben, daß der Schumann auf die Angeklagten mit einem Säbel einhieb. — Verhandlungsführer: Das haben ja aber nun die Angeklagten selbst nicht behauptet. — Zeuge: Ob die Angeklagten getroffen worden sind, weiß ich nicht.

Vertreter Rechtsanwalt Barnau-Berlin: Die Angeklagten sagen übereinstimmend, daß auffällig eingeschlagen wurde und daß Leute getroffen worden sind, die nachher Löcher in ihren Kleidern hatten. — Verhandlungsführer:

Das ist aber ganz neu!

Ist denn überhaupt jemand getroffen worden? — Zeuge: Der Angeklagte Stod ist ganz bestimmt getroffen worden, da er

an der Hand blutete. — Verhandlungsführer: Was haben Sie noch gesehen? — Zeuge: Daß der Gendarm den Mantel selbst abnahm. — Zeuge Gendarmmeriewachmeister Stod: Das ist nicht richtig, der Mantel ist mir heruntergerissen worden. — Verhandlungsführer: Was weiß der Zeuge noch? — Zeuge: Ich habe gesehen, daß der Angeklagte See seinen Spazierstock zerbroch, weshalb, weiß ich nicht. — Verhandlungsführer: Der Gendarm aber behauptet, daß See mit diesem Stock nach ihm geschlagen hätte. — Zeuge: Das habe ich nicht gesehen. — Zeuge Schmied Unbehauen hat gesehen, daß der Gendarm seinen Mantel selbst abgenommen und ihn der Mutter des Wirts zur Aufbewahrung gegeben hat. Er hat ferner gesehen, daß die Leute stark betrunken waren. Sie waren nicht allzu laut, aber sie rassistierten.

Der nächste Zeuge ist der in der ersten Instanz mit verurteilte Angeklagte Kopte, der gegenwärtig im Militärstrafgefängnis Lorzgau die über ihn verhängte Gefängnisstrafe von sieben Monaten verbüßt. Er hat auf die Verurteilung verzichtet. Er ist wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, wegen Bedrohung und Verleumdung eines militärischen Vorgesetzten verurteilt und erscheint in der Uniform der Militärstraflinge. — Verhandlungsführer: Weshalb sind Sie bestraft worden, was haben Sie gemacht? — Zeuge Kopte: Der Polizeiergeant Müller will mich gewaltsam aus dem Lokal gebracht haben, das ist nicht wahr. — Verhandlungsführer: Da nimmt man doch nicht eine Gefängnisstrafe von sieben Monaten an! — Zeuge: Ich habe es getan, weil meine sämtlichen Zeugen abgelehnt wurden und weil ich dachte, es läme doch dabei nichts heraus. — Verhandlungsführer: Haben Sie auch geschimpft? — Zeuge: Nein. — Verhandlungsführer: Dann sind Sie also der Unschuldige! Haben Sie die Beamten nicht auch bedroht? — Zeuge: Ah, das ist nicht wahr! — Verhandlungsführer: Sie und die heutigen Angeklagten sollen militärischen Aufruhr begangen haben dadurch, daß Sie mit Gewalt wieder in das Lokal eindringen wollten. Sie selbst sind ja von der Anklage des Aufruhrs freigesprochen. Was wissen Sie von den anderen Angeklagten? — Zeuge: Ich kann nur sagen, daß ich mit dem Angeklagten Kolbe ganz abseits gestanden habe.

Zeuge Architekt Klaus aus Volkramshausen ist der Arbeitgeber der Angeklagten Hagemeier und See. Er schildert den Angeklagten See als einen guten, fleißigen und ruhigen Arbeiter. Wenn größere Bauten aufgeführt werden, so findet ein Mißverständnis statt, bei dem sehr viel Alkohol getrunken wird. Trotzdem ist See niemals ausgeartet. — Verhandlungsführer: Haben Sie ein Urteil darüber, ob See von außen leicht zu beeinflussen ist und dann leicht handelt? — Zeuge: Ich bin nicht sicher. — Zeuge: Das kann ich auf Grund meiner Erfahrungen bestätigen. — Verhandlungsführer: Sie meinen also, daß See sich leicht aufheizen und verführen läßt. — Zeuge: Ja. — Verhandlungsführer: Es ist hier auch zur Sprache gekommen, daß die Leute sich in ihrer Trunkenheit auf hohe Stühle gesetzt und gerufen haben, sie seien Sozialdemokraten und freie Arbeiter, ihnen hätte niemand etwas zu sagen. Meinen Sie, daß diese Worte auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation abgezielt haben? — Zeuge: Das glaube ich nicht. Ich glaube, daß die Leute mit dem Ausdruck „freie Arbeiter“ nur sagen wollten, daß sie selbständige denkende Arbeiter sind. — Mit dem Angeklagten Hagemeier bin ich wegen der Höhe des Lohnes in Differenzen geraten, aber ich muß auch ihm das Zeugnis eines gewissenhaften und fleißigen Arbeiters ausstellen. Ich bin mit ihm sehr zufrieden gewesen. — Verhandlungsführer: Der Angeklagte See ist doch aber wegen Körperverletzung verurteilt und trotzdem schildern Sie ihn als ruhigen Arbeiter. — Zeuge: Einmal schied ich die Schuld daran an den Alkohol und dann meine ich, daß er leicht zu beeinflussen ist. Ich habe einmal zwei Arbeiter entlassen müssen und See hat daraufhin die Arbeit bei mir niedergelegt, obwohl ihm die ganze Sache gar nichts anging. Wenn er betrunken war, mußte man ihn nur entsprechend behandeln und durfte ihn nicht noch weiter reizen.

Damit ist die Zeugenvernehmung beendet, und auf Anregung des Vertreters der Anklage Kriegsgerichtsrat Dr. Schröder äußern sich nunmehr zum Schluß noch einmal die beiden Hauptzeugen, Polizeiergeant Müller und Gendarmmeriewachmeister Stod darüber, ob sie nach den Aussagen der Gegenseite ihre Aussagen aufrecht erhalten. Polizeiergeant Müller erklärt, daß er seine Aussage aufrecht erhält, er wisse bestimmt, daß er gegen den Angeklagten Hagemeier habe vorgehen müssen und daß er gegen die anderen Angeklagten nur deshalb nicht habe vorgehen können, weil sie ihn daran gehindert hätten. Er könne auch auf das bestimmte erklären, daß geschimpft worden sei, aber nicht im einzelnen sagen, wer nun gerade geschimpft hat. — Vertreter der Anklage Dr. Schröder: Wir müssen doch aber bestimmte Unterlagen haben und wissen, was die Angeklagten im einzelnen getan haben. — Polizeiergeant Müller: Dazu war der Tumult zu groß, ich kann darüber im einzelnen keine bestimmten Angaben machen.

Auch der Gendarmmeriewachmeister Stod hält seine gestrigen Aussagen aufrecht und behauptet in noch bestimmterer Form, was die einzelnen Angeklagten getan haben. So erklärt er auf das bestimmteste, daß Hagemeier sich gewehrt hat, als er aus dem Lokal herausgebracht werden sollte, und daß Schirmer ihn (den Wachmeister) mit dem Stock geschlagen habe. Es sei nicht wahr, daß er seinen Mantel selbst heruntergerissen habe, sondern der Mantel sei ihm mit Gewalt heruntergerissen worden. Auch habe der Angeklagte Kolbe nicht abseits gestanden, sondern mit den anderen zusammen, und gerade Kolbe habe gerufen: „Kommt Ihr mal nach Volkramshausen, wir schließen Euch die Knochen kaputt, so daß Ihr sie im Taschentuch nach Hause tragen könnt!“ — Vert. Rechtsanwalt Barnau-Berlin: Western hat der Zeuge diese Aussagen durchaus nicht in so bestimmter Form gemacht. — Zeuge Gendarmmeriewachmeister Stod: Ich habe mir die Sache noch genauer überlegt und kann heute ganz bestimmte Angaben machen.

Die Maidoyers.

Justizrat Schneidewitz-Erfurt begründet als Verteidiger der Angeklagten die Verurteilung: Wenn man richtig verstehen will, was am 17. April im Rölleber-Holl vor sich gegangen ist, muß man sich in die Gemütsstimmung und den Bildungsgrad der Leute versetzen, die dort verkehrten. Diese Leute sind einfache Arbeiter ohne hohe Bildung, die unter dem Einfluß des Alkohols häufige Ausreden gebrauchen. Sie hatten sehr viel getrunken; wenn sie auch nicht wegen jüngerer Betrunkenheit freigesprochen werden, so muß doch diese Trunkenheit als milderndem Umstand gelten.

Nach einer Darstellung des Vorganges der Vorkommnisse führt der Verteidiger weiter aus: Juristisch ist das erste Urteil deshalb zu belämpfen, weil es mehrere Handlungen annimmt, während es sich nur um eine fortgesetzte Handlung dreht. Dann war der Tatbestand des militärischen Aufruhrs nicht gegeben, denn die Angeklagten haben in dem Gendarmen nicht den Vorgesetzten gesehen, sondern lediglich den Polizeibeamten, der den Wirt bei der Aufrechterhaltung seines Hausrechts unterstützte. Der Verteidiger schließt daher mit dem Antrag, nur eine fortgesetzte Handlung anzunehmen, das Bewußtsein, daß sie es mit einem Vorgesetzten zu tun hatten, bei den Angeklagten zu verneinen. Die Angeklagten

See und Schirmer haben lediglich wegen des Strafmaßes Verurteilung eingelegt. Die Schuldfrage bei ihnen steht also fest, immerhin muß man alles zu ihren Gunsten annehmen, was für die anderen Angeklagten jetzt gilt, die weitergehende Verurteilung eingelegt, so daß man bei ihnen bis auf das Strafminimum herabgehen sollte.

Verteidiger Rechtsanwalt Barnau-Berlin: Auch ich meine, daß das Kriegsgericht falsch gehandelt hat, wenn es den Tatbestand in mehrere Teile zerlegte. Es liegt nur eine einheitliche Handlung vor. Die Angeklagten sträubten sich dagegen, daß sie aus dem Lokal heraus sollten, und daraus entstanden die Widersehligkeiten, zuerst gegen Müller und dann gegen Stod. Diese Widersehligkeiten übertrugen sich dann vom Lokal auf die Straße. Nachdem der Polizeiergeant Müller den Angeklagten Hagemeier hinausgebracht hatte, entstand bei allen Angeklagten der Entschluß: Wir bleiben im Lokal, wir gehen nicht heraus! Aus diesem Entschluß sind alle ferneren Handlungen zu erklären. Gewiß sind die Angeklagten wegen recht großer und häßlicher Exzesse zu bestrafen, aber es muß eine milde Beurteilung Platz greifen wegen der Trunkenheit. Diese Trunkenheit ist hervorgegangen aus menschlich und militärisch leicht zu verstehenden Gründen, nämlich aus einem Festgelage nach einer Kontrollversammlung. Das liegt nun einmal in dem militärisch erzogenen Preußen und wird so bleiben, daß bei dieser Gelegenheit getrunken wird. Bedauerlich ist, daß See und Schirmer nur wegen des Strafmaßes Verurteilung eingelegt haben, denn auch bei ihnen liegt militärischer Aufruhr nicht vor, es ergibt sich aber für sie der traurige Fall, daß gegen sie auf mindestens ein Jahr Gefängnis erkannt werden muß. Diese Strafe ist viel zu hoch als Sühne für das, was die Angeklagten begangen haben. Wegen die Angeklagten liegen vor allem vor die Aussagen der Polizeibeamten Müller und Stod. Gewiß hat der Polizeiergeant Müller den Eindruck gemacht, daß er seine Aussage sorgfältig überlegt hat,

von dem Gendarmmeriewachmeister Stod läßt sich das gleiche aber nicht sagen.

Die Angeklagten waren betrunken, aber nicht so sinnlos betrunken, daß für sie der § 51 des Strafgesetzbuchs in Frage kommen konnte. Es hat sich nicht um Aufruhr gehandelt, sondern höchstens um Widersehligkeiten gegen die Staatsgewalt. Die Behauptungen des Gendarmmeriewachmeisters Stod müssen mit der größten Vorsicht aufgenommen werden. Bei Kolbe muß, auch wenn bei den anderen Angeklagten militärischer Aufruhr angenommen wird, diese Schuldfrage verurteilt werden, weil er weit von den anderen Angeklagten weg gestanden hat. Es dreht sich nun darum, welche Strafen verhängt werden sollen. Stod hat gewiß nicht böswillig falsch gegen die Angeklagten ausgesagt, aber er hat keinen Unterschied gemacht zwischen dem, was er wirklich gesehen, und dem, was er von Dritten gehört hat. Das geht schon daraus hervor, daß er von den Angeklagten behauptet hat, diesen Leuten könne man so etwas zutrauen. Er hat gesagt, die Angeklagten neigten zu Widersehligkeiten, als er dann gefragt wurde, worauf er dieses Urteil gründe, schimpften seine Angaben sichtlich zusammen. Er als Beamter hätte doppelt Ursache gehabt, zu prüfen, daß fünf Familienväter auf der Anklagebank sitzen, die unter ungläublich harten Strafen sitzen. Trotzdem hat der Gendarm weiter nichts für die Angeklagten übrig, als das Wort, daß man ihnen so etwas zutrauen könnte. Der Verhandlungsführer hat in dankenswerter Weise den Gendarm aufgefordert, seine Aussagen genau zu prüfen; es ist ein deutlicher Unterschied zu merken, zwischen den Aussagen des Gendarmmeriewachmeisters gestern und heute.

Heute weiß er plötzlich mehr!

Aus alledem geht hervor, daß dieser Zeuge mit vorgefaßter Meinung seine Aussagen gemacht hat und daß ihm das notwendige Unterscheidungsvermögen fehlt. Dann hat er aus dem Muf: „Wir sind freie Arbeiter, wir sind Sozialdemokraten!“ den Schluß gezogen, daß die Angeklagten dort ein politisches Meeting abgehalten haben. Diesen politischen Jura hat lediglich der Gendarm in die Sache hineingebracht. Der Vorgang selbst ist unendlich harmlos. Es liegt nun einmal im Charakter unseres Volkes, daß alle möglichen Gelegenheiten benutzt werden, um Feste zu feiern und Feste zu begehen; nicht nur bei den Ständen, denen die Angeklagten angehören, sondern auch in anderen Ständen begiebt man sich bei solchen Gelegenheiten die Kasse, dann kommt man in das Polizeirevier hinein, auch nicht bloß in den Kreisen der Angeklagten. Leute von besserer Kinderstube und besser akademischer und militärischer Erziehung pflegen, wenn sie sich herablassen bezogen haben, höchstensweise zu politisieren und so hat einer der Angeklagten eben gerufen: „Wir sind Sozialdemokraten!“ irgend einen wirklichen politischen Begegnungspunkt haben die Vorfälle nicht gehabt. Es handelt sich eben um zwei Kategorien von Leuten, um diejenigen, die das erste Mal und diejenigen, die das letzte Mal bei der Kontrollversammlung waren, sie haben sich mit Schnaps und Bier betrunken und in der Trunkenheit den Anordnungen der Polizei Widerstand geleistet. Wenn die Leute nicht unter dem Militärstrafgesetzbuch ständen, das Zivilgericht hätte die Sache mit Geldstrafe oder einigen Wochen Gefängnis abgemacht. Gewiß stehen die Leute am Tage der Kontrollversammlung unter dem Militärstrafgesetz, aber diese Bestimmung wird von hervorragenden Vertretern der militärischen Wissenschaft mit guten Gründen bekämpft und es ist ein großer Unterschied, ob jemand an einem Tag im Jahr ausnahmsweise unter dem Militärstrafgesetz steht oder ob er sich in der Front befindet. Das ist der Unterschied zwischen der Widersehligkeit gegenüber einem Unteroffizier in der Front und einer Widersehligkeit gegenüber einem Gendarmen und das alles muß bei den Angeklagten mildernd ins Gewicht fallen. Ferner muß Milde für sie walten, daß es Familienväter sind, die zu Hause Frauen und Kinder haben. Die Strafe trifft nicht nur die Angeklagten, sondern darüber hinaus die unschuldigen Frauen und Kinder, die ihrer Ernährer auf Jahre hinaus beraubt werden. (Die Angeklagten und ihre im Zuhörerraum zahlreich anwesenden Angehörigen begleiten diese Ausführungen des Verteidigers mit lautem Schlußgen.) Ferner bitte ich, die Untersuchungsphase anzurechnen. Wer so schlechte Menschen sind die Angeklagten nicht, sie haben sich beim Militär sämtlich gut geföhrt und auch der Gemeindevorsteher hat ihnen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Wir erwarten ein Urteil, das nicht nur dem Gesetz, sondern auch dem menschlichen Gefühl entspricht.

Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Schröder: Die Verteidigung hat nicht gezweifelt, daß das Militärgericht zuständig ist und daß die Angeklagten zurechnungsfähig waren. Die Angeklagten waren natürlich betrunken, aber vom § 51 ist nicht die Rede. Die Angeklagten haben auch die Schuldfrage nicht teilweise angefochten. Soweit es nicht geschieht, kann überhaupt keine Änderung eintreten. Das erste Urteil nimmt mit Recht nicht eine fortgesetzte Handlung an, denn die verschiedenen Handlungen sind nicht nur von verschiedenen Personen, sondern auch an verschiedenen Orten ausgeführt worden. Wir wollen den Angeklagten auch nicht zunache treten, sondern nur objektiv die Wahrheit erforschen. Die Leute waren an dem Tage Soldaten, und es muß verlangt werden, daß militärische Personen den Polizeibeamten mit gehörender Achtung entgegenzutreten,

Wenn sich solche Ereignisse abspielen, so werden dadurch militärische Interessen verletzt. Deshalb hat das Kriegsgericht mit Recht schwere Strafen verhängt, wie sie im bürgerlichen Leben sonst nicht verhängt zu werden pflegen. Diese Strafen sind aber notwendig, denn es handelt sich hier um schwere Ausschreitungen.

Der Gendarm verkörpert in hohem Maße die staatliche Autorität.

Wenn wir nicht mehr darauf rechnen können, daß Ruhe eintritt, sobald ein Gendarm eingreift, dann kommen wir zu traurigen Zuständen. Also an sich handelt es sich um schwere Vergehen, auch wenn man ihnen den militärischen Charakter nimmt. Wenn die militärische Autorität des Gendarmen nicht mehr durchgreift, so können die Tage der Kontrollversammlung sehr bald zu höchst unangenehmen Tagen werden. Die militärische Disziplin müßte dann außerordentlich leiden und die Kontrollversammlungen sind gerade dazu da, daß die Leute die militärischen Normen nicht vergessen und daß sie dem Vorgesetzten die nötige Achtung entgegenbringen. Die Leute sollen sich in den Tagen der Kontrollversammlungen als Soldaten fühlen. Das ist mit einer der wesentlichen Gründe, weshalb man an diesen Kontrollversammlungen feilt.

Diese Probe aber hat bei den Angeklagten ein sehr trauriges Resultat ergeben; sie hat vollkommen versagt. Die Leute haben sofort vergessen, was ihnen auf der Kontrollversammlung gesagt worden war. Alle Ermahnungen haben bei ihnen keinen Erfolg gehabt, und daher müssen die Angeklagten die schweren Strafen für ihr Vorgehen auf sich nehmen. Wenn wir hier nachgeben, kann das zu höchst traurigen Folgen führen. Nun haben die Verteidiger den Tatbestand des militärischen Auftrahes bestritten. Ich bin anderer Ansicht. Der Schöffe, der gegen den Gendarmmeriewachmeister geführt worden ist, ist bewiesen, denn der Gendarmmeriewachmeister hat als Zeuge erklärt, daß er diesen Schlag erhalten hat. Die Beschimpfungen der Polizeibeamten durch die Angeklagten entstammen einer schlechten Gesinnung. Sie haben die Vertreter der staatlichen und militärischen Autorität beschimpft, und das muß energisch eingegriffen werden. Militärischer Aufruf liegt vor, und das kann kein Unterschied gemacht werden zwischen den Aussagen des Polizeiergeanten Müller und des Gendarmmeriewachmeisters Stod. Der Gendarmmeriewachmeister hätte, wenn er gegen die Angeklagten vorgegangen wäre, von seiner Waffe viel früher Gebrauch machen können.

Auch bei Kolbe kann der Aufruf nicht gelehnet werden, wenn er auch nicht in jedem Zeitpunkt mitten unter den Ergänzenden sich befunden hat. Wenn die neue Novelle zum Militärstrafgesetzbuch nicht gekommen wäre, müßten die Angeklagten mit Zuchthaus bestraft werden. Nun ist die Novelle inzwischen in Kraft getreten, und sie kann hier angewendet werden. Vom militärischen Standpunkt aus bestehen allerdings begründete Zweifel, ob in dem vorliegenden Fall es sich um einen minderschweren Fall handelt, denn was ist für die Milde anzuführen? Die Trunkenheit nicht, denn in der Vergebung gibt es eine positive Gesetzesbestimmung, die das verbietet. Auch von jugendlichem Leichtsinne und Unerfahrenheit kann nicht die Rede sein; die Angeklagten sind auch nicht überraschenderweise in die Sache hineingekommen. Es handelt sich vielmehr um grobe provozierte Ausschreitungen, die auch, abgesehen von ihrem militärischen Charakter, keine Rappalie waren und vom bürgerlichen Gericht ungewissheit als Landfriedensbruch abgeurteilt worden wären. Wären die Angeklagten nicht Soldaten, so wären sie eben vor das Schwurgericht gekommen und hätten als Rädelsführer mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft werden können. Wenn hier harte Strafen ausgesprochen werden, so nicht allein, weil es sich um Soldaten handelt. Natürlich sind die militärischen Vorgesetzten nicht dazu da, daß sie von Leuten, die sich den Bauch vollgetrunken haben, in dieser Weise behandelt werden. Die militärische Disziplin ist außerordentlich schwer verletzt. Wenn ich trotzdem den Antrag stelle, den Angeklagten die mildernden Umstände des § 110a zuzubilligen, so nur aus der Erwägung heraus, daß die Angeklagten immerhin nicht aktive Soldaten waren, und weil sie es andererseits nicht direkt mit einem militärischen Vorgesetzten, sondern mit einem Gendarm zu tun hatten; also wir kommen den Angeklagten ziemlich entgegen.

Es ist aber ganz undenkbar, daß wir gegen sie auf das Strafminimum erkennen. Es handelt sich hier um schwere Ereignisse gegenüber einem Vertreter des Staates, von dem es sich die Angeklagten nicht gefallen lassen wollten, daß sie in ihrem Vergnügen gestört wurden; dann muß auch herangezogen werden

die Gesinnung der Angeklagten.

Die Angeklagten haben sich als Angehörige der Sozialdemokratie bekannt; sie haben offenbar in Versammlungen und aus Schriften von den Lehren der Sozialdemokratie viel in sich aufgenommen. Die Lehren der Sozialdemokratie gehen dahin, daß die Autorität des Staates und die der einzelnen Persönlichkeiten nach Möglichkeit erschüttert wird. Dabon haben die Angeklagten sich viel angeeignet und unter der Einwirkung des Alkohols ist nun das, was in ihnen schlummerte, zutage getreten. Sie haben sich ohne Rücksicht auf die Folgen dazu hinreißend lassen, diese Handlungen zu begehen. Auch deshalb muß ganz energisch eingegriffen werden. Als vor vielen Jahren versucht wurde, daß die aktiven Soldaten sich als Sozialdemokraten betätigen sollten, da wurde von den Militärgerichten energisch eingegriffen. Die Folge war, daß diese Dinge so gut wie verschwunden sind. Darauf haben wir auch hier Rücksicht zu nehmen, damit wir uns sichern für die Zukunft. Wenn unter der Wirkung des Alkohols in Landesteilen, in denen es mehr Anhänger der Sozialdemokratie gibt, derartige Sachen sich ereignen könnten, so würden die Kontrollversammlungen zu höchst unangenehmen Erscheinungen werden.

Ich kann daher nicht anerkennen, daß man auf das Mindestmaß heruntergehen kann, sondern es müssen höhere Strafen festgesetzt werden.

Der Strafantrag.

Ich beantrage daher:

- gegen Dagemeier vier Jahre drei Monate Gefängnis,
- gegen Georges drei Jahre zwei Monate Gefängnis,
- gegen Kolbe drei Jahre drei Monate Gefängnis,
- gegen See vier Jahre drei Monate Gefängnis,
- gegen Schirmer vier Jahre drei Monate Gefängnis.

Die Untersuchungshof bitte ich mit drei Monaten anzurechnen. Auf die Verbüßung von Ehrenstrafen kann nach der neuen Novelle nicht erkannt werden.

Verteidiger Justizrat Schneider-Erfurt: Der Vertreter der Anklage hat die schlechte Gesinnung der Angeklagten zur Sprache gebracht. Er hat gesagt, daß für die Angeklagten die bürgerliche Autorität und militärische Disziplin nicht existieren. Wenn das wahr wäre, würde ich ihm recht geben, aber die Angeklagten haben gar nicht an diese Begriffe gedacht. Es handelt sich um barmhertige Vorgänge, die ihren Ausgang nahmen von einer Prügelei um ein Mädchen und um die Alimente. Die Angeklagten wollten nicht die Disziplin verletzen — sie wollten noch mehr Bier haben! Wenn sie nüchtern und vernünftig gewesen wären, hätten sie in dem Gendarm ihren Vorgesetzten gesehen. Nun hat allerdings einer der Angeklagten gerufen: „Wir sind freie Arbeiter, wir sind Sozialdemokraten.“ Aber wenn diese Leute viel trinken, reden sie alles mögliche, und diese Äußerung soll nichts bedeuten. Sie wollten damit lediglich sagen, daß sie sich

ungerecht behandelt fühlten

und daß sie das als freie Menschen sich nicht gefallen zu lassen brauchten. Also es lag kein wohlüberlegter Wille vor, die militärische Disziplin zu verletzen. Man darf nicht politische Momente in diese Verhandlung hineintragen und nun sagen: „Daran erkennt man die Sozialdemokraten.“

Wenn die Angeklagten Sozialdemokraten wären, darf man sie deshalb nicht höher bestrafen, denn auch die Sozialdemokratie will die militärische Disziplin nicht untergraben. Daß es sich hier um minderschwere Fälle handelt, hat der Vorgesetzte eingesehen, denn noch niemals ist mit solcher Schnelligkeit ein Befehl zustande gekommen, wie dieser Notparagraf. Es gibt keine bessere Autorität als den Vorgesetzten, und Sie folgen einer guten Führung, wenn Sie sich seiner Führung überlassen. Daß Skandalisiert wird, wenn Bier verlangt wird, geschieht nicht nur bei den Ständen, denen die Angeklagten angehören, sondern passiert auch in den Universitätsstädten, ohne daß darin eine Auflehnung gegen die Behörden gesehen würde.

Verteidiger Rechtsanwält Barnau: Es ist sehr bedauerlich, daß der Vertreter der Anklage die politische Seite in die Verhandlung hineingebracht hat. Er hat so getan, als ob die Angeklagten sich in dem Rügledener Joll als überzeugte Sozialdemokraten gebärden hätten. Den Angeklagten lag nichts ferner als das. Bei gerechter Würdigung des Ergebnisses der Gemeindefauna steht überhaupt nur fest, daß Dagemeier diesen Ruf getan hat. Aus eigener Wissenschaft kann ich sagen, daß ich Kontrollversammlungen auch in andern Landesteilen kenne, in denen die Sozialdemokratie wahrhaftig keine Rolle spielt, z. B. in gewissen Teilen der Provinzen Brandenburg und Pommern. Ich kann Ihnen sagen, daß am Kontrolltag dort nach der Kontrollversammlung mindestens in dem Maße gekneipt und skandalisiert wird wie hier, und daß man auch dort vor den Polizisten und Gendarmen nicht Halt macht; und das sind gewiß keine Sozialdemokraten. Ich habe keine Veranlassung, für die Sozialdemokratie eine Lanze zu brechen, aber es ist nicht richtig, wenn dieses Moment in die Verhandlung hineingetragen wurde. Dazu liegt keine Veranlassung vor, auf die politische Ueberzeugung eines Angeklagten kommt es nicht an. Daß die Leute übrigens gar nicht so krasse Sozialdemokraten sind, geht schon daraus hervor, daß Kolbe z. B.

Mitglied eines Kriegervereins

ist. Die Verhandlung hat gar keinen Anhalt dafür ergeben, daß die Angeklagten in ihrer Gesamtheit sich als Sozialdemokraten betätigen wollten und Dagemeier zu ihrem Sprecher gemacht hätten. Diese Äußerung war nichts als eine der Ueberreibungen, wie sie bei solchen Gelegenheiten von halb- oder dreivierteltrunkenen Menschen fallen. Wenn so hohe Strafen verhängt würden, wie der Anklagevertreter beantragt, so würden das Strafen sein, die gegen jedes menschliche Empfinden sind.

Darauf erhalten die Angeklagten das letzte Wort. Die Angeklagten See, Dagemeier und Schirmer bitten um milde Strafen mit Rücksicht auf ihre Frauen und Familien, die nichts zu essen haben und auch die Angeklagten Georges und Kolbe schließen sich weinend dieser Bitte an. — Verhandlungsführer:

So, jetzt kommt Ihr,

warum überlegt Ihr Euch das nicht, bevor das Unglück geschehen ist. — Angekl. Georges: Ich will auch noch sagen, daß ich keinem politischen Verein angehöre. — Verhandlungsführer: Die Politik wird hier überhaupt nicht berührt, wenigstens nicht vom Gericht. — Hierauf zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück, die etwa eine Stunde dauert. Dann erscheint er wieder im Saal und der Verhandlungsführer, Oberkriegsgerichtsrat Blay, verkündet

Das Urteil.

Auf die Berufung der Angeklagten hin wird das kriegsgerichtliche Urteil vom 27. Juni 1913 aufgehoben und zwar werden verurteilt:

Dagemeier wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt in Verbindung mit Beleidigung und militärischem Aufruf zu zwei Jahren und einem Monat Gefängnis,

Georges wegen gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung, Widerstand und Aufruf zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis,

Kolbe wird mit Rücksicht darauf, daß er sich an den Tathandlungen gegen den Gendarmen nicht beteiligte, wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und wegen Beleidigung eines Vorgesetzten zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und von der Anklage des Aufrufs und der Bedrohung freigesprochen;

Schirmer wird wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung und militärischen Aufrufs zu zwei Jahren einem Monat Gefängnis,

See unter Freisprechung von der Anklage wegen Nötigung zu zwei Jahren einem Monat Gefängnis wegen Widerstand, Beleidigung eines Vorgesetzten und militärischen Aufrufs verurteilt. Sämtlichen Angeklagten werden auf die Strafen neun Wochen der verbüßten Untersuchungshaft angerechnet.

Zur Begründung des Urteils führt der Verhandlungsführer aus: An der Zuständigkeit des Militärgerichts bestand kein Zweifel, auch daran nicht, daß der Gendarm der Vorgesetzte der Soldaten ist. Die Angeklagten haben sehr viel getrunken, aber sie waren nicht so betrunken, daß ihre freie Willensbestimmung beeinträchtigt war. Sie wußten, daß der Gendarm ihr Vorgesetzter war. Das Oberkriegsgericht hat nicht eine einheitliche Handlung angenommen, wenn auch eine Handlung aus der anderen entsprungen sein mag. Der militärische Aufruf ist rechtlich zweifellos vorhanden, denn es haben mehrere Soldaten zusammengehalten und jeder wußte, was der andere wollte. Sie haben gehandelt im Bewußtsein ihrer Mehrheit und haben es gemeinsam unternommen, einem Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern und die Ausführung seiner Befehle durch Gewalt zu verhindern. Das Oberkriegsgericht hat weiter festgestellt, daß die Angeklagten See, Schirmer und Dagemeier tätlich geworden sind. Das Oberkriegsgericht hat die Aussagen der Polizeibeamten nur so weit verwertet, als sie durch andere Zeugen bestätigt wurden. Bei Kolbe wurde militärischer Aufruf verneint, weil er abseits gestanden hat. Das Gericht hat bezüglich des Strafmaßes beachtet, daß die Angeklagten sich in ihrer Militärzeit gut geführt haben und das Oberkriegsgericht ist durchaus nicht der Ansicht, daß gerade diese Leute hervorragende schlechte Elemente seien. Die Sache ist passiver, als die Leute viel getrunken hatten und die militärische Disziplin in gar keinem Zusammenhang mit der Tat der Angeklagten steht. Das Oberkriegsgericht lehnt es ab, politische Angelegenheiten zu erörtern oder Redensarten über die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei zu prüfen, es handelt sich bei dem Gericht nur um Redensarten bei unener Mensch, denen kein besonderes Gewicht beizulegen ist. Inzwischen haben die Angeklagten schwere Ausschreitungen begangen und sich den Organen des Staates nicht unterordnen wollen; das müßte bei der Strafe berücksichtigt werden. Mit Rücksicht auf die ganze Sachlage und darauf, daß die Angeklagten durch den Alkohol in Erregung geraten waren und nicht als aktive Soldaten im engeren Sinne des Wortes gegenüber ihren militärischen Vorgesetzten gehandelt haben, hat das Gericht auf die obigen Strafen erkannt.

Es hat angenommen, daß es sich hier um einen minderschweren Fall im Sinn der Novelle zum Militärstrafgesetzbuch handelt. Strafverhelfend müßte aber wirken, daß die beiden Polizeibeamten den Angeklagten gar keine Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben haben. Der Polizeiergeant Müller und der Gendarmmeriewachmeister Stod haben nicht aus freien Stücken eingegriffen, sondern sie waren geholt worden und wollten die Ordnung wieder herstellen, sie haben durchaus ihre Pflicht getan und die Angeklagten zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt. Die Angeklagten haben darauf damit erwidert, daß sie die Beamten beschimpften und zwar in einer Weise, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihnen nehmen wollte. — Der Verhandlungsführer macht am Schluß die Angeklagten darauf aufmerksam, daß sie das Rechtsmittel der Revision an das Reichsmilitärgericht ergreifen können. Die Angeklagten, die das Urteil ruhig entgegengenommen hatten, während ihre Verwandten in lautes Weinen ausbrachen, behalten sich eine Erklärung vor und wurden darauf in ihre Haft zurückgeführt.

Stadtverordneten-Versammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 4. September 1913, nachmittags 5 Uhr.

Mit der heutigen Sitzung werden die Geschäfte der Versammlung nach der zweimonatigen Ferienpause wieder aufgenommen.

Vorsitzer Nischel erklärt die Verhandlungen nach 5 1/2 Uhr mit einem Willkommensgruß für die aus den Ferien zurückgekehrten Kollegen als eröffnet. Am 10. Juli ist der Stadt. Geh. Raurat Khlmann (Fr. Fr.) gestorben; seinem Andenken widmet der Vorsitzende einen Nachruf, den die Versammlung stehend anhört. Auch des zur gleichen Zeit mit Tode abgegangenen früheren Stadtschulrats Dr. Fürstena u gedenkt der Vorsitzende mit ehrenden Worten.

Hierauf erfolgt die Einführung und Verpflichtung des für den Stadt. Brade (N. L.) neugewählten Stadt. Kaufmann Emil Rab.

Unter dem 20. v. R. haben die sozialdemokratischen Mitglieder (Stadt. Dr. Krons u. Gen.) folgenden Antrag eingebracht:

„Um der in immer wachsendem Umfange hervorbreitenden Arbeitslosigkeit und dem sich hieraus ergebenden Notstande der Arbeiter durch Beschaffung von Arbeit nach Möglichkeit zu steuern, ersucht die Versammlung den Magistrat:

1. alle durch die Versammlung bereits genehmigten Hoch- und Tiefbauten schleunigst in Angriff zu nehmen und im Winter fortzuführen,
2. sofort die gemischte Deputation zur Beratung der Arbeitslosenversicherung einzuberufen.“

Stadt. Glode (Soz.): Arbeitslosigkeit zeigt sich in größerem Umfange in Berlin schon seit mehreren Jahren, besonders in der Bau- und Holzindustrie; jetzt aber hat sie sich in steigendem Umfange, so auch besonders in der Textilindustrie und der Damenkonfektion, gezeigt; ein Beweis, daß wir einer rückschlüssigen Konjunktur auf dem gesamten Arbeitsmarkt entgegengehen. Die statistischen Uebersichten zeigen zwar auch diese Zunahme der Arbeitslosigkeit, aber sie können kein wirkliches Bild von der wirklichen Arbeitslosigkeit nicht geben. Die Berliner Gewerkschaften haben in diesem Sommer durch Umfrage eine besondere Statistik aufgenommen, welche ergibt, daß die Arbeitslosigkeit einen ziemlich erschreckenden Umfang angenommen hat. Die ermittelte Zahl von 25 000 Arbeitslosen bezieht sich ja aber nur auf die organisierten Arbeiter; man kann unbedingt die doppelte Zahl von Arbeitslosen annehmen. Bei den Bauarbeitern sind 23 Proz. Arbeitslose festgestellt worden, in vielen anderen Branchen erreicht die Zahl der Arbeitslosen ebenfalls 15 Proz., 16 Proz. und noch mehr. Im einzelnen hat sich eine Dauer der Arbeitslosigkeit von 13, 14, in vereinzelten Fällen sogar bis zu 40 Wochen ergeben! Diese Zahlen zeigen, welche außerordentliche Maß von Not und Elend in der Arbeiterschaft Berlins vorhanden sein muß. Die Gewerkschaften haben, soviel in ihren Mitteln liegt, es sich angelegen sein lassen, diese Not zu lindern. Die Berliner Gewerkschaften haben 1912 allein an Unterstützung für Arbeitslose 2,1 Millionen Mark ausgezahlt (Hört! Hört!), außerdem 1,7 Millionen Mark für Krankenunterstützung. Diese Summe reicht aber nicht entfernt zur Beseitigung der Not aus. Auch Staat und Gemeinde müssen hier eingreifen; Staat und Gemeinde können in Berlin die Arbeitslosigkeit verringern helfen, wenn sie die Ausführung der notwendigen öffentlichen Arbeiten beschleunigen. Eine Reihe von Gemeinden betreibt ja schon heute eine gewisse Arbeitsverteilungspolitik, die demselben Zweck zu dienen hat; Berlin hat aber bisher wohl eine solche Politik noch nicht eingeschlagen. Angesichts der besonders großen Arbeitslosigkeit, die dieses Jahr geragt hat, sehen wir uns daher veranlaßt, den Magistrat zu ersuchen, eine solche Beschleunigung einzutreten zu lassen. Der Magistrat hat, wie aus dem Gemeindeblatt hervorgeht, der Frage schon im Mai oder Juni seine Aufmerksamkeit gewidmet, indem er eine Verfügung erlassen hat, die der Tenberz unserer Anträge entspricht. Aber mit der Ausführung scheint es etwas zu hapern; jedenfalls hat man von irgendeiner Beschleunigung der Bauausführungen nichts feststellen können, auch sind zahlreiche Bauten, für die bereits hohe Mittel im Etat bewilligt sind, noch gar nicht in Angriff genommen, so eine Reihe von Schulneubauten, die Heimstätte in Buch, die Badeanstalt in der Bärentstraße u. a. In der Baudeputation ist von dem Stadtbauamt Hoffmann auf entgegenstehende formale Schwierigkeiten hingewiesen worden, die die Beschleunigung oder Inangriffnahme der Bauausführungen verzögern; dennoch sind wir der Ansicht, daß hier etwas mehr geschehen könnte. Auch soll der Kammerer trotz jener Magistratsverfügung die Zurückstellung des Baues der Badeanstalt in der Bärentstraße verlangt haben (Hört! Hört! und Bewegung);

jedemfalls wäre über diesen Widerspruch Aufklärung seitens des Magistrats sehr erwünscht. (Zustimmung.) Beschwerde muß auch darüber geführt werden, daß die Bedingungen, welche seinerzeit hier für die Vergebung städtischer Lieferungen beschloffen worden sind, nicht innegehalten wurden, daß die Bauämter nicht darauf sehen, daß die Vergebung nur an solche Unternehmer erfolgt, welche die in dem betreffenden Bereiche üblichen und von den Arbeiterorganisationen als angemessen bezeichneten Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten. Auch werden entgegen dem Geiste dieser Bedingungen häßliche Arbeiten nach außen vergeben, wo die Löhne niedriger sind, und auf diese Weise wird den Berliner Arbeitern die Arbeitsgelegenheit genommen. (Hört! Hört!) Auch an dem Verfahren der Tiefbaudeputation ist einiges anzufassen. Beim Bau der Nord-Südbahn sind bei der Vergebung der Lose in zwei Fällen Firmen berücksichtigt worden, welche die tariflichen Bedingungen nicht innehalten, welche u. a. 10 Stunden täglich arbeiten lassen, während wir in Berlin die neunstündige Arbeitszeit haben. Die Bauten in der Wuhlsheide, die Bauten innerhalb der Gaswerküberwallung schreiten sehr langsam fort. Die Einstellung der Arbeiter erfolgt nicht überall durch den Zentralarbeitsnachweis, für den doch die Stadt so erhebliche Summen bewilligt hat. Wir müssen das Schaulpiel erleben, daß die städtische Verwaltung selbst in einer Reihe von Verwaltungszweigen diesen Arbeitsnachweis nicht benutzt; so geschieht das nicht bei der städtischen Straßenbahnverwaltung, die im Gegenteil den Nachweis der Metallindustrie in Anspruch nimmt. Auch die Gasverwaltung stellt die Arbeiter nicht durch den Zentralarbeitsnachweis ein. „Auf Grund früherer Erfahrungen“ soll der Magistrat nicht in der Lage sein, die städtischen Betriebe in diesem Sinne anzuweisen; so zu lesen in einem amtlichen Schriftstück! (Hört! Hört!) Bei den Sozialdemokraten.) So die Arbeitslosigkeit groß und dauernd ist, sollte auch endlich die drückende Einschreibengebühr von 20 Pf. aufgehoben werden.

Ein weiterer Wunsch angesichts des Umfanges der jetzigen Arbeitslosigkeit muß dahin gehen, daß nicht nur durch Beschleunigung der Bauten usw. eine Milderung der Notlage erfolgt, sondern daß auch in Aussicht genommen wird, die Notleidenden anderweitig zu unterstützen. Das könnte etwa möglich nur in der Form der Verhelfung gegen Arbeitslosigkeit geschehen. Die bezügliche Deputation ist schon 1909 eingesetzt worden; die Anschaffungen darüber sind bisher sehr auseinander gegangen. Zu irgendeinem durchgreifenden positiven Schritt hat man sich noch immer nicht entschließen können; die Deputation hat eine wirkliche Beratung gar nicht geschlossen, sondern auf den Stadtag verdrängt. Der Posener Stadtdirektor hat sich nun ziemlich einmütig für eine solche Verhelfung ausgesprochen, aber mit der Einschränkung, daß zunächst von Reich wegen der Frage nähergetreten werde. Die bezügliche Eingabe an den Bundesrat ist auch erfolgt, eine Antwort von diesem noch nicht ergangen. Doch aber hat Staatssekretär Debrauk im Reichstag sich dahin ausgesprochen, daß nicht das Reich, sondern in erster Linie die Gemeinden diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen haben würden. Schließlich wird beides nötig sein:

sowohl die Gemeinde wie das Reich werden vorzugehen haben, um die Arbeitslosenversicherung durchzuführen. Die Erfahrungen anderer Länder, insbesondere Englands, das sofort ganze Arbeit gemacht hat, beweisen die Durchführbarkeit dieser Versicherung. Auf Grund der englischen Erfahrungen läßt sich sehr wohl behaupten, daß auch in Deutschland eine solche Versicherung von Reichs wegen sich durchführen läßt. Das gleiche gilt von Dänemark, wo etwa die Hälfte des erforderlichen Gesamtbetrages von 2 Millionen Kronen in Gehalt von Zuschüssen des Staates und der Gemeinde an die Gewerkschaften aufgebracht wurde. Auch in Bayern ist ganz neuerdings von Staats wegen der Frage ernste Aufmerksamkeit zugewendet worden. Andererseits haben auch bereits zahlreiche deutsche Städte eine Art Arbeitslosenversicherung oder Unterstützung eingeführt und damit durchaus günstige Erfahrungen gemacht. Zur rechten Zeit hat in diesen Tagen die Gemeindeverwaltung von Neufahrn eine bezügliche Denkschrift über die Einrichtung einer solchen Versicherung für Groß-Berlin herausgegeben. Diese Denkschrift bespricht auch ausführlich die Schwierigkeiten, die einer solchen allgemeinen Versicherung entgegenstehen, und erwartet von dem Zweckverbande Groß-Berlin, daß er sich um diese Einrichtung bemüht. Nun hat ja der Zweckverband andere Aufgaben; immerhin verlaute, daß unser Oberbürgermeister Vermuth den Gedanken verfolgt, einen freiwilligen Verband für diesen Spezialzweck ins Leben zu rufen. Wir können diese Idee nur billigen und müssen wünschen, daß auch Berlin dieser verdienstlichen Anregung nachgeht. Angesichts der Größe der Arbeitslosigkeit müssen aber auch schon in diesem Winter größere Summen bereitgestellt werden, um für die Arbeitslosen zu sorgen, und diese Mittel brauchen angesichts des großen Ueberschusses von 1 1/2 Millionen aus 1912 auch gar nicht gering zu sein. (Widerpruch und Juruf: „Neklam!“) Reklame machen nur Sie, nicht wir; ich habe mit absolutester Sachlichkeit meine Ausführungen vorgetragen. Diese Anregung könnte auch in der Deputation, deren sofortige Einberufung wir fordern, sehr wohl erörtert werden. Der erste Teil unseres Antrages ist durch die erwähnte Magistratsverfügung keineswegs überholt worden; wir ersuchen also um die Annahme unseres Antrages in seinen beiden Theilen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Vermuth: Der Magistrat hat bereits im Frühjahr die jetzt eingetretene Entwicklung vorausgesehen und am 16. Mai eine entsprechende Kundgebung an die einzelnen Verwaltungen ergehen lassen. Die Verwaltungen sind angewiesen worden, unversätzlich Vorbereitungen zu treffen, um so viel als möglich Arbeiten im kommenden Winter in Angriff nehmen zu können, bzw. die Bauausführungen zu beschleunigen. Später ist noch verfügt worden, daß die einzelnen Verwaltungen vorsorgen sollen, daß möglichst auch über den Winter hinaus eine gesteigerte Ausführung städtischer Arbeiten möglich ist. Die Verfügung richtete sich an sämtliche beteiligten Verwaltungen, voran an die Hoch- und Tiefbauverwaltung. Was die Einberufung der Deputation betrifft, so lege ich voraus, daß beide städtische Körperschaften diejenige gemischte Deputation als fortbestehend beachten, welche bereits 1908 eingesetzt und 1911 erweitert worden ist. (Zustimmung.) Ich werde keinen Anstand nehmen, die Deputation zu einer erneuten Sitzung einzuberufen. Es dürfte sich aber empfehlen, zunächst das Ergebnis der Konferenz der Nachbarorte von Groß-Berlin vom 13. September abzuwarten. Der Zweckverband ist nach Lage der Dinge nicht zuständig; darum halten wir uns für berechtigt, die Sache auf diesem Wege in die Hand zu nehmen. Wenn diese Konferenz die Groß-Berliner Gemeinden auch in Sachen des Arbeitsnachweises einander näherzubringen imstande wäre, so wäre das sehr erfreulich. Mit dem Arbeitsnachweis wird die Versammlung sich ebenfalls demnächst wieder befassen müssen, um die zum Etat 1913 gefaßten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen. Der Magistrat ist also ersucht, an seinem Teile hier mitzubestimmen. (Beifall.)

Stadtbaurat Scheinert Hoffmann: Es ist früher vorgekommen, daß Unternehmer ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen auf andere außerhalb wohnende Unternehmer übertragen haben. Das ist in der Deputation nicht in Betracht gekommen. Nach dem Herrn Glöckler in der Deputation neue Fälle angeführt hat, habe ich diesen nachgefragt und allerdings feststellen müssen, daß solche Verträge wiederum vereinzelt vorgekommen sind. Demzufolge wird in den Verträgen jetzt der betreffende Passus härter gefaßt werden, um vor solchen Vorkommnissen sicher zu sein. Von den 108 Bauaufgaben des Etats für 1913 sind nur elf noch nicht in Angriff genommen. 28 größere Bauaufgaben sind in Bearbeitung, ohne daß schon etatsmäßige Mittel bewilligt waren; davon werden Ihnen 20 in den nächsten Wochen zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Baudeputation hat außerdem gestern beschlossen, schon jetzt die Mobilien und Utensilien für eine große Anzahl Bauten aufzugeben, darunter für 7 Gemeindepflichtschulen, 2 Gymnasien und 2 Realschulen (Jurufe bei den Sozialdemokraten.) Sie setzen daraus doch, wie wir in der Bauverwaltung hinterher sind.

Stadtbaurat Goldschmidt (N. L.): Die Maßnahmen des Magistrats, die unsere volle Billigung finden, zeigen, daß es des Antrages gar nicht erst bedurfte. Wir halten die Einbringung des letzteren aber für durchaus berechtigt, hat er doch zu dieser Konstatierung Gelegenheit gegeben und haben wir doch selbst oft genug unserem Bedauern Ausdruck gegeben, daß es mit der Ausführung der städtischen Bauten vielfach zu langsam ging. Der Stadtbaurat hat und heute eine lange Liste der von seiner Verwaltung gelösten, in der Lösung begriffenen und zu lösenden Aufgaben gegeben; er ist sicher ein viel zu großer Diplomat, um sich nachher zu desabundieren! (Geisterheil.) Den ersten Teil des Antrages halten wir hiernach eigentlich für erledigt; sollte er nicht zurückgezogen werden, so stimmen wir für ihn, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Ebenso haben wir nichts gegen den zweiten Antrag; zur Frage selbst behalten wir uns natürlich unsere prinzipielle Stellungnahme vor.

Stadtbaurat Goldschmidt (N. L.): Die Vorschläge des Kollegen Cassel scheinen mir besorgenswerth. Wir haben zu dem Magistrat das Vertrauen, daß er seine Verpflichtungen erfüllen wird. Auch die Forderung des Stadtbaurats, daß Arbeiten nicht mehr nach auswärts vergeben werden sollen, ist erfreulich. Was den zweiten Antrag betrifft, so wird es ja allerdings Zeit, daß die gemischte Deputation zusammentritt. Bereits 1909 sind Unterstützungen an Arbeitslose gewährt worden, die nicht als Armenunterstützung gelten sollten. Wenn wir auch noch nicht so weit sind, auf Grund eines Ortstatuts Unterstützungen zu gewähren, so wird doch die äußerste Not beseitigt werden können. Es muß aber verhindert werden, daß die große Masse nach Berlin kommt; wir müssen zunächst für die Berliner Arbeitslosen sorgen. Da der Zweckverband diese Aufgabe nicht zu erledigen hat, so ist es erfreulich, daß die Gemeinden von Groß-Berlin ein freies Ueberkommen zur Lösung dieser Frage treffen wollen. Es hat sich gezeigt, daß städtische Arbeitslosenversicherungen mit verhältnismäßig sehr geringen Summen auskommen, sie betragen z. B. in Gent 20 000 Frank. In Berlin, wo die Verhältnisse schwieriger liegen, würden höchstens etwa 900 000 M. in Frage kommen. Da eine Arbeitslosenversicherung in Groß-Berlin vorläufig nicht zu machen ist, können wir doch vielleicht den organisierten Arbeitslosen eine Unterstützung zukommen lassen, und zwar jedem organisierten Arbeitslosen 50 Proz. des von der Gewerkschaft gezahlten Beitrages; wir würden diese Summen in anderer Form wieder sparen. Eine Reihe von Städten, wie München usw., haben diese Einrichtung, ein Versuch würde auch bei uns gelingen.

Stadtbaurat Nommens (Dr. Fr.): Wir scheitern doch der Antrag durch die Erklärungen vom Magistratsstische erledigt; sollte er gleichwohl nicht zurückgezogen werden, so werden auch wir ihm aus denselben Erwägungen zustimmen, die für die alte Forderung gelten. So leicht, wie sich Herr Goldschmidt denkt, ist für Berlin die Lösung der Frage der Arbeitslosenversicherung nicht.

Stadtbaurat Leib (Soz.): Die Erklärungen, die wir heute auf unseren Antrag vom Magistrat gehört haben, können uns ja im großen Ganzen befriedigen, wenn wir nicht wünschen müßten, daß diese Erklärungen auch durch die Beschlüsse der Versammlung

etwas Nachdruck erhielten. Der Vertreter der Bauverwaltung hat uns eine Reihe von Mitteilungen über seine Bauprojekte gemacht; das hat sich alles sehr schön angehört, aber es sieht nicht so recht im Einklang mit dem, was wir speziell auf dem Gebiete der Verschleimung der Bauten fordern. Die Schule in der Ofener Straße steht im Etat mit 400 000 M., der Spezialentwurf ist im November 1911 genehmigt worden, aber bis heute ist noch kein Patentisch getan. (Lebhaftes Hört! Hört!) Ebenso steht es mit der Schule in der Behlauer Straße, die auch schon vor einem Jahre genehmigt wurde; ebenso mit der Schule in der Fichtner Straße, auch diese Schule auf dem Gesundbrunnen ist erst bis zum ersten Stod gediehen, vom Restwohnhaus ist noch kein Anfang zu sehen! Die Dringlichkeit des Baues der Schule in der Jellestraße ist von der Versammlung ganz besonders betont und durch Erhöhung der Etatsposition zu fördern versucht worden; der Bau ist noch nicht aus dem Kellergehoß heraus, es hätten auf diesem Bau zahlreiche Arbeiter mehr beschäftigt werden können. Die Schule in der Grünthaler Straße — still ruht der Seel! Die Markthalle hat man abgerissen; mit den Fundamentierungsarbeiten haben — italienische Arbeiter begonnen! (Hört! Hört!) Die Hochbauten auf dem Friedhof in Buch sind seit drei Jahren genehmigt; bis heute ist noch nicht einmal ein spezielles Projekt vorgelegt! (Hört! Hört!) Der Entwurf, daß der Friedhof noch nicht genehmigt war, gilt nichts, denn man hätte das Projekt trotzdem fertig machen können, um mit der Ausführung zu beginnen, sobald die Genehmigung eintraf. Wir können allerdings auf manchem Gebiete weiter sein, wir hätten z. B. längst mehr Schulen bauen können, wenn die Versammlung mehr Mittel bewilligt hätte. Was soll man dazu sagen, wenn der Rämmerer den Bau der Badeanstalt in der Bärowaldstraße verlagert wissen will, nachdem die erwähnte Magistratsverfügung ergangen war! Es ist auch an die Armenverwaltung eine Verfügung ergangen, wonach möglichst darauf gesehen werden soll, während der Zeit der Krise die Bewilligung von Unterstützungen einzuschränken! (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten!) Die Arbeiter wollen nicht Unterstützung, sie wollen Arbeit! Das Fazit aus allen diesen Tatsachen, die ich angeführt habe, scheint mir doch ein solches, daß Sie für unseren Antrag stimmen sollten. Die Arbeitslosigkeit ist noch unserer Auffassung eine Folgeerscheinung unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die nur mit dieser beseitigt werden kann; aber die Gemeinden sollen nicht ganz beiseite stehen, wenn es gilt, sie zu lindern. (Beifall.)

Stadtbaurat Hoffmann: Natürlich müssen wir bei unseren Dispositionen uns zunächst einmal nach der im Etat bewilligten Summe richten. Ich kann bei allen Bauten, wo Rekruten bewilligt sind, sofort losgehen und den Bau beschleunigen, nicht aber kann ich das bei ersten Plänen von 100 000—200 000 M., die nach wenigen Monaten verbaut sind und wo der Bau dann eventuell bis zum nächsten April still liegen müßte. Zur Ausführung eines Hochbaues bedürfen wir höchstens sechs Monate. Es muß da also sehr vorsichtig verfahren werden. Daß bei dem erwähnten Schulgebäude das Wohngebäude noch nicht in Angriff genommen ist, ist kein Versehen, sondern liegt in der Natur der Sache; das Wohngebäude ist unsere Zufahrt, und es wird zur Zeit fertig werden.

Rämmerer (Soz.): Was die Badeanstalt in der Bärowaldstraße betrifft, so bin ich von der Meinung ausgegangen, daß es vielleicht möglich wäre, den Bau deshalb hinauszuschieben, weil kein Bedürfnis besteht. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Rufe: „Was geht Sie das denn überhaupt an?“ „Unheard!“) Die Deputation hat sich auf einen anderen Standpunkt gestellt, und da habe ich auf Weiterverfolgung der Frage verzichtet. (Juruf: „Und die Sache verzögert!“) Nicht um einen Tag.

Der Antrag Arons gelangt hierauf mit großer Mehrheit zur Annahme.

Für die städtische Feuer- und Gasverwaltung ist bisher das mit Gesetzeskraft ausgestattete Reglement vom 1. Mai 1794. Seit langem sind die Revisionsbedürfnisse dieses Reglements außer Zweifel; die Möglichkeit dazu hat aber erst das Gesetz über die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten vom 1910. Der Magistrat legt nunmehr den Entwurf eines neuen Ortstatuts für die Berliner Immobilien-Feuerversicherung vor.

Stadtbaurat Sonnenfeld (N. L.) erkennt an, daß hier das Sprichwort: „Was lange währt, wird gut“, sich bewährt hat, daß in den drei Jahren vorzügliche Arbeit geleistet worden ist, rügt aber, daß die Rechte der Deputation auf das Minimum des gesetzlich zulässigen beschränkt worden sind und demangel eine Reihe von einzelnen Vorschriften des Entwurfs, die nach seiner Auffassung geändert werden müssen. Redner beantragt Ausschüßberatung.

Stadtrat Geh.-Rat Wolff sagt jede künftige Verabsichtigung der vorgetragenen Besenken zu und hält eine Verständigung darüber für zweifellos.

Stadtbaurat Rosenow (N. L.) sieht die Vorlage als so vorzüglich geratet an, daß sie ohne Ausschüßberatung angenommen werden könnte; seine Forderung werde aber der Ausschüßberatung, da sie nun einmal beantragt sei, zustimmen.

Stadtbaurat Pinte (Soz.): Auch wir halten die Vorlage für vorzüglich. Es war jedenfalls keine Kleinigkeit, das Statut von 1794, das sich übrigens ganz vorzüglich bewährt hat, dem neuen Gesetz anzupassen. Wir in der Deputation haben, soweit wir Bedenken gegen den neuen Entwurf hatten, diese in unserer Sitzung vorgebracht und Verbesserungen beschlossen, welche der Magistrat auch akzeptiert hat. Wir hatten geglaubt, ganze Arbeit gemacht zu haben, sind aber natürlich auch bereit, der beantragten Ausschüßberatung zuzustimmen. Die Hausbesitzer sind jedenfalls auch in dem neuen Statut nicht zu kurz gekommen.

Die Vorlage geht an einen Ausschüß, der vom Vorstande sofort ernannt wird (die Vorlage muß bis zum 1. Oktober in Kraft getreten sein), und dem auch die Stadtbaurat, Dr. Cohn, Drecher, Ewald, Pinte und Tolstedt (Soz.) angehören.

Zum 8. preussischen Städtekongress deputiert die Versammlung aus ihrer Mitte Sonnenfeld, Rosenow, Heimann, Cassel und Richelet.

Die gegen die Wichtigkeit der Gemeindevorwahl-Liste in diesem Jahre erhobenen Einwendungen (fast 3000 an der Zahl) werden auf Vorschlag des Vorsitzers wie üblich dem Ausschüß für die Prüfung der Gültigkeit der Stadterobernentswahlen überwiesen. Der Rittergutsbesitzer und Verlagsbuchhändler Rudolf Woffe hat notariell das Versprechen geleistet, der Stadt Berlin eine Million Mark zu einer Rudolf-Woffe-Arbeitslosenunterstützung zu schenken, die erwerbsunfähigen Personen ohne Unterschied der Religion und des Geschlechts, die in Groß-Berlin wohnen und mindestens 50 Jahre alt sein müssen, Unterstützungen von jährlich 500—1000 M. gewähren soll.

Oberbürgermeister Vermuth: Wir haben die hochherzige Stiftung mit lebhaftem Dank angenommen. Möge diese schöne Tat in der Bürgererschaft wie lebhaften Anklang so auch eifrige Nachahmung finden!

Der Vorsteher schließt sich diesem Wunsche an. Die Versammlung nimmt von der Schenkung Kenntnis. Der Magistrat will die Gemeindevorwahl-Liste und 160, Tempelhofer II fer 2, einziehen und gibt der Versammlung davon Kenntnis.

Stadtbaurat Leib (Soz.): Wir sehen die Notwendigkeit dieser Vorlage nicht ein; wir halten die Einziehung nichts für wünschenswert, solange eine Schule noch einen geordneten Schulbetrieb ermöglicht, und hier ist das bei 900 Kindern noch der Fall, selbst bei 500 noch. 50 und 60 Schüler in einer Klasse ist kein idealer Zustand, sondern es ist ein Vorzug, wenn die Frequenz verringert wird. Pädagogische Gründe können also dafür nicht geltend gemacht werden.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Die Vorlage ist nur zur Kenntnisnahme, nicht zur Beschlußfassung. Die Frequenz namentlich der unteren Klassen muß genügend groß sein, damit sich ein erfolgreicher Weistreit unter den Kindern entwickeln kann. Für 500 Kinder können wir keinen regelrechten Schulbetrieb aufrecht-

erhalten; das können nicht erste Klassen mit 10 bis 12 Schülern haben. Obwohl die Schülerzahl Berlin eine abnehmende Tendenz zeigt, werden doch viele Schulbauten neu errichtet. Wir gehen auherst vorsichtig vor; mehrfach sind Abbauanregungen von uns nicht berücksichtigt worden.

Stadtbaurat Pinte (Soz.): Die Vorlage ist eigentlich recht unvollkommen, sie gibt kein Bild von der Frequenz der einzelnen Klassen, auch nicht davon, wieviel Klassen da sind. Die jetzige Frequenz von 50 Schülern ist nach unserer Meinung erheblich zu hoch. In höheren Schulen sind wir durchschnittlich mit 28—30 Schülern pro Klasse zufrieden, und hier heißt es heute, in den unteren Klassen müsse die Frequenz recht hoch sein, damit ein Weistreit der Kinder untereinander entstehen kann. Was für einen Weistreit 6- und 7-jährige Kinder beim ABC entwickeln sollen, ist mir räthselhaft. Die Lehrer müßten sich doch nach Möglichkeit mit den einzelnen Schülern beschäftigen!

Stadtschulrat Dr. Fischer: Wer an den Weistreit nicht glaubt, soll doch mal in eine 8. Klasse kommen und ihn sich ansehen. Bei nur 20 oder 30 Kindern ist er viel geringer. Die Schule hat 15 Klassen, die unterste hat nicht 55, sondern nur 48 Schüler. Der Durchschnitt beträgt nur 42, 53; 1900 betrug er noch 49, 62. Wir marschieren mit der Durchschnittsbesetzung unter den ersten preussischen Städten. Die Verhältnisse der Gemeindevorwahlen haben sich in den letzten 6 Jahren auch insofern ganz außerordentlich geändert, als alle hemmenden Elemente entfernt wurden; Hilfsschulen, Schulen für Schwerverhörte haben wir eingerichtet, so daß das Arbeiten jetzt ein ganz anderes ist.

Stadtbaurat Leib (Soz.): Der Einwand, daß wir doch immer neue Schulen bauen, ist wirklich nicht gerade eine Schmeichelei für unsere Gemeinde. Warum müssen wir sie bauen? Weil die Gemeinde dem Bedürfnis viel zu spät nachgekommen ist (Widerpruch), wir haben doch noch heute die Baracken und die Kreissschulen, über die sich die Lehrer am meisten beklagen. Wir sind bisher dem Bedürfnis nur nachgehinkt. Daß wir die Vorlage nur zur Kenntnisnahme bekommen, ist befremdend; warum wird sie nicht zur Beschlußfassung vorgelegt?

Stadtbaurat Leib (Soz.): Ich bestritte ganz entschieden, daß wir neue Schulen bauen müssen, weil wir hinter dem Bedürfnis zurückgeblieben sind. Wir müssen neue Schulen bauen, weil sich die Bevölkerungsverhältnisse in den einzelnen Stadtteilen, manchmal in ganz kurzer Zeit, gewaltig geändert haben.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Der Schluß der öffentlichen Sitzung erfolgt nach Erledigung einer großen Anzahl weiterer Vorlagen von untergeordnetem Interesse nach 9 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Eine Anklage im öffentlichen Interesse.

Vor der 2. Ferienstrasskammer des kgl. Landgerichts I Berlin hatte sich am Donnerstag die 20-jährige Arbeiterin Charlotte Kottischlag wegen Beleidigung und vorjährlicher Mißhandlung zu verantworten.

Fraulein Kottischlag war in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Charlottenburg beschäftigt. Eines Tages fragte Fräulein K. die 40-jährige Arbeiterin Frau Wankle, ob sie dem Metallarbeiterverbande beitreten wolle. Frau Wankle lehnte ab, erzählte aber diese Begebenheit dem Meister mit dem Hinzufügen, Fräulein K. sei Vertrauensperson des Metallarbeiterverbandes. Der Meister K. stellte die Kottischlag zur Rede mit dem Bemerkens, sie läte am besten, ihre Papiere zu fordern. Da die K. dies nicht tat, verlegte sie der Meister in eine andere Abteilung, wo sie täglich 50—70 Pf. weniger verdiente und bedeutend härtere Arbeit hatte. Nach kurzer Zeit verließ Fräulein K. zwei Tage wegen Krankheit. Als sie am dritten Tage wieder erschien, wurde sie kurzerhand entlassen. Sie erwarbte am Fabrikingang eine Kolbe, um diese zu fragen, ob sie vielleicht bei einem anderen Meister Arbeit erhalten könne. In diesem Augenblick trat Frau Wankle aus der Fabrik. Fräulein K. trat auf sie zu und es kam zwischen beiden zu einer heftigen Hauererei, wobei Fräulein K. Frau Wankle auch mit Worten beleidigt haben soll. Frau Wankle stellte Strafantrag. In der Verhandlung am Donnerstag gab die Angeklagte zu, daß sie in der Erregung Frau Wankle geschlagen, sie aber nicht beleidigt habe; Frau W. habe übrigens wiedergeschlagen. Frau Wankle habe sie fälschlich bei dem Meister K. beschuldigt, daß sie Vertrauensperson des Metallarbeiterverbandes sei. Frau W. befandete als Jungin, Fräulein K. habe, da sie es abgelehnt hatte, Mitglied des Metallarbeiterverbandes zu werden, es verurteilt, daß kein Arbeiter und keine Arbeiterin mehr mit ihr gesprochen habe. Mehrere andere Zeugen bekräftigten dagegen, daß ihnen hierüber nicht das mindeste bekannt sei. — Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte 50 M. Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Nord, führte aus, daß, wenn nicht der Metallarbeiterverband im Hintergrunde stände, es dem Staatsanwalt nicht eingefallen wäre, öffentliche Anklage zu erheben; dann wäre wahrscheinlich das Schöffengericht nur mit einer Privatklage beschäftigt worden und es wäre im Höchstfalle auf 3 M. Strafe erkannt worden. Er ersuche, mit Rücksicht auf die Gesamtumstände auf diese Strafe zu erkennen. Nach längerer Beratung erkannte der Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Karsten auf 35 M. Strafe, eventl. für je 5 M. einen Tag Gefängnis und auf Subsidiarbefugnis für die Beleidigte, Frau Wankle, im Ausgange an öffentlicher Gerichtsstelle.

Ein angenehmer Hauswirt.

Ein „Mittelmittel“, um seine Mieter zur Mietzahlung zu zwingen, hatte der Hausbesitzer Gustav Radue aus Panke angewandt, der sich gestern vor der 5. Ferienstrasskammer des Landgerichts III unter der Anklage der Mißhandlung zu verantworten hatte. — Der Angeklagte, der schon verschiedentlich mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen ist, ist Eigentümer des Grundstücks Sternstr. 5 in Panke. Die Mietsien dieses Grundstücks waren Ende v. J. von seinen Gläubigern gepfändet worden, außerdem war das Haus auch noch mit einem Nießbrauch belastet. Als Nießbraucherin trat eine Frau Prillwisch auf, mit der der Angeklagte inzwischen ein Verlöbniß eingegangen ist. Da dem Angeklagten daran lag, die Mietsien in die Hände der Nießbraucherin gelangen zu lassen, forderte er die Mieter auf, die Mietsien an die Frau P. zu zahlen. Bei den etwas verworrenen Verhältnissen wußten nun die Mieter überhaupt nicht, an wen sie die Mietsien zu zahlen hatten. Sie hatten deshalb unter sich beschlossen, vorläufig überhaupt keine Mietsien zu zahlen, bis sie vom Gericht die Mitteilung erhalten hatten, wer der Empfangsberechtigte sei. Als die Mieter bei ihrer Weigerung blieben, nahm der Angeklagte zu einem recht gefährlichen Mittel Zuflucht. Er sperrte einfach die Wasserleitung ab, so daß die Mieter buchstäblich auf dem Trocknen saßen. Ferner vernagelte er die Kellerthür und liehte ein Schild mit der Aufschrift: „Schlüssel beim Wirt“ an. Wenn die Mieter den Schlüssel verlangten, wurde ihnen gesagt: „Erst die Mietsien zahlen, dann den Schlüssel.“ — Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen Mißhandlung zu 10 M. Geldstrafe. Die von ihm eingelegte Berufung wurde kostenpflichtig zurückgewiesen.

Marktpreise von Berlin am 3. September 1913, nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums. Weizen (mitel), gute Sorte 16,80—17,00. Weizen (reiner), gute Sorte 15,00—15,10. Roggen 0,00—0,00. Gerste 6,00—7,60. Weizenbrot 100 Kilogr. Weizen, gelbe, zum Backen 30,00—30,00. Weizenbrot, weisse 35,00—40,00. Limon 30,00—40,00. Kartoffeln (klein), 4,00—5,00. 1 Kilogramm Weizenbrot, von der Sorte 1,70—2,40. Weizenbrot, Weizenbrot 1,30—1,60. Schweinefleisch 1,50—2,10. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,50. 1 Kilogramm Rapsen 1,20—2,60. Weizen 1,40—3,00. Rapsen 1,40—3,20. Gerste 1,40—3,80. Weizen 0,80—2,40. Weizen 1,70—3,50. Weizen 0,80—1,60. 60 Stück Weizen 1,00—40,00.

In dieser Woche:

Großer Kleiderstoff- und Handschuh-Verkauf

Heute Freitag:

*Fleisch

Ochsenschmorfleisch Pfund 1.—
Ochsenfilet im Ganzen, ungeschält Pfund 1.—
Roastbeef Pfund 95 Pl., ungeschält Pfund 1.40
Ochsenbrust Pfund 80 Fehrippe Pfund 85 Pl.
Ochsenkamm u. Gulasch Pfund 75 Pl.
Fr. Schinken im Ganzen Pfund 85 Pl.
Schweinekamm u. Schuff Pfund 95 Pl.
Schweine-Kotelettes Pfund 1.05
Rückenfett Pfund 65 Pl. Linsen Pfund 75 Pl.
Kalbskamm u. -bug Pfund 80 85 Pl.
Kalbsbrust Pfund 85 Pl. Spitze Pfund 1.—
Hammelkeule Pfund 80 Pl.
Hammelrücken Pfund 70 Pl.
Dicke Rippe Pfund 75 Pl.
Hammeldünning Pfund 65 Pl.
Hammelkotelettes 2 Stück 25 Pl.
Pökeltzunge Pfd. 1.25 Pökelfrust Pfund 1.—
Eisbein (Dickbein) Pfund 60 Pl.
Casseler Rippespeer Pfund 90 Pl. bis 1.05

*Wild u. Geflügel

Hirsch und Keule Rücken Blatt
Wildschwein Pfund 1.10 85 Pl. 75 Pl.
Rehkeulen von 5.— Mk. an
Rehrücken von 6.— Mk. an
Gänse Pfund 58, 68, 75 Pl.
Gänserümpfe 2.30 bis 4.25
Junge Enten 1.35 bis 3.—
Brathühner 50 Pl. bis 2.—
Suppenhühner 1.25 bis 2.50
Masthühner 2.80 und 3.—

A. Wertheim
Leipzigerstr. Königstr. Oranienstr. Rosenthalerstr.
Lebensmittel

*Artikel werden nicht zugesandt.

Freitag, Sonnabend Kolonialwaren

Java-Reis Pfund 24, 30, 36 Pl.
Rangoon-Reis Pfund 18, 20 Pl.
Bruch-Reis Pfund 15, 16 Pl.
Reisgries Pfund 18 Pl.
Reismehl Pfund 18 Pl.
Reisflocken Pfund 28 Pl.
Weizengries Pfund 19 Pl.
Hartgries Pfund 22, 25 Pl.
Maismehl Pfund 23 Pl.
Maisgries Pfund 15 Pl.
Kartoffelmehl Pfund 15, 18 Pl.
Deutscher Perl-Sago weiß Pfund 30 Pl.
Deutscher Sago rot oder weiß Pfund 26 Pl.

Kakao und Schokolade

Deutscher Kakao Pfund 68 Pl. u. 1.—
Holländ. Kakao Pfund 1.50 u. 2.—
Vanille-Schokolade I Pfund 1.20
do. II Pfund 1.30
Haushalt-Schokolade Pfund 80 Pl. u. 95 Pl.
Block-Schokolade Pfund 80 Pl.

Bowlenwein

Obermoseler 65 Pl., 63 Pl.
Wormeldinger 75 Pl., 73 Pl.
1911 Wellensteiner 85 Pl., 83 Pl.
1911 Oberbilliger 95 Pl., 92 Pl.
1909 Eitelbacher 1.10 1.05

Sagomehl Pfund 36 Pl.
A. J. Polak's Pudding (getarbt)
Macedoine (Cassespise mit eingemacht. Frucht) 1.—
Delicata (Makkaroni-Speise) Dose 50 Pl.
Nog-Parail (Cacao-Pudding mit Vanille-Sauce) 50 Pl.
Marzipan-Pudding Paket 35 Pl.
Dorado-Pudding in Bannanengeschmack, Pak. 30 Pl.
Oranje-Yellies mit verschied. Geschmack, Pak. 30 Pl.
Mändelchen-Pudding Paket 25 Pl.
Kerst-Pudding Paket 25 Pl.
Eis-Pudding mit verschied. Geschmack, Paket 25 Pl.
Eier-Pudding mit verschied. Geschmack, Paket 20 Pl.

*Wurstwaren

*Rotwurst Pfd. 55, 85 *Jagdwurst Pfd. 1.05
*Landleberwurst Pfund 1.—
*Feine Leberwurst Pfund 1.20
*Pasteten-Leberwurst Pfund 1.15
*Teewurst Pfund 1.30
Bauernmettwurst Pfund 1.25
Zervelat- u. Salamiwurst Pfund 1.35, 1.75
Gänsebrust in ganzen u. halben Brüsten, Pfund 1.60
Rollschinken ca. 6-8 Pfund schwer, Pfund 1.55
Landschinken ca. 8-12 Pfd. schwer Pfd. 1.35, 1.45
Mausschinken ca. 2-4 Pfd. schwer, Pfund 1.40
Schinkenspeck in Schinken v. 1 1/2-4 Pfd. Pfund 1.25
Speck in Pfund 75 Pl., mager Pfund 1.—

Wasch-Konfektion

Damen-Kleider, Kostüme, Blusen, Röcke usw.
25% bis 50% unter früheren Preisen.

Heute Freitag:

*Obst u. Gemüse

Ananas Pfund 68 Pl. Tomaten 2 Pfund 10 Pl.
Böhmische Pflaumen 3 Pfund 28 Pl.
Victoria-Pflaumen 2 Pfund 25 Pl.
Kaiserkrone Pfund 25 Pl.
Malvesir-Birnen Pfund 18 Pl.
Eß- u. Kochbirnen 3 Pfund 25 Pl.
Melonen Pfund 15 Pl.
Eß- u. Kochäpfel Pfund 10 Pl.
Tafel-Aepfel Pfund 18 Pl.
Pflirsiche Pfund 35 Pl.
Weintrauben Pfund 20 Pl. Kiste 73 Pl.
Bananen Pfund 18 Pl.
Weiß-, Rot-, Wirsingkohl Pfund 3 Pl.
Kürbis Pfund 4 Pl. Salat 3 Kopf 10 Pl.
Selleri Knolle 5 u. 10 Pl. Zwiebeln 3 Pfd. 20 Pl.
Blumenkohl Kopf 10, 15, 20 Pl.
Gurken Stück 5, 8, 12 Pl.
Einleggurken Mandel 30 Pl.
Kartoffeln 10 Pfund 22 Pl., Zentner 1.95
(Sack 25 Pl. Pfund.) Zusendung durch die Pakfabrik 40 Pl.

*Butter und Käse

Kochbutter 1.05 Tischbutter 1.10
Tafelbutter Pfd. 1.20 1/2-Pfd.-Paket 62 Pl.
Schmalz Pfund 70 Pl.
Marmelade leicht gefärbt Pfund 33 Pl.
Echter Emmenthaler Pfund 1.00

Theater.

Freitag, 5. September 1913.

Anfang 7 Uhr.
Sommerstücke. Franziska.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Dreier. Johanniszauber.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.
Kgl. Schauspielhaus. Goldfische.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Anfang 8 Uhr.
Irania. Mit dem Imperator nach New York.
Kleines. In Ewigkeit Amen. Paul und Paula. Der Barbier von Sordani.
Deutsches Schauspielhaus. Sieben tolle Tage.
Schiller O. Zwei Wappen.
Schiller Charlottenburg. Am Tage des Gerichts.
Berliner. Hingander.
Thalia. Puppen.
Theater am Nollendorfplatz. Die Rino-Königin.
Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Kassio. Der Affentenor oder Gariso auf Teufel.
Trianon. Der abgerissene Modenschau.
Gerritfeld. Lebensprobe. Schenke.
Deutsches Opernhaus. Bar und Zimmermann.
Montis Operetten. Der lebende Leichnam.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Komödienhaus. Geschlossen.
Lustspielhaus. Rajolita.
Rolle. Die Schiffbrüchigen.
Lust. Die Allwörden.
Reibens. Die Frau Präsidentin.
Volles Caprice. Ritter Balbrian.
Das Adopthind. Die Wüßgeburt.
Walhalla. Der Liebesonkel.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Stubber Revue.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisbalet: Hirt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 67-69.
Deutsches Schauspielhaus. 8 Uhr: Sieben tolle Tage.
Rose-Theater. Große Frankfurter Straße 162. Tägl. 8 1/2 Uhr: Die Schiffbrüchigen. Auf der Gartenbühne: Täglich Vorstellung.

Schiller-Theater O. Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: Zwei Wappen.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Frelwild.
Sonntag, abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonntag, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.

Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königsgräber Straße.
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Theater am Nollendorfplatz.
Ensemble-Gastspiel des Berliner Metropol-Theaters: Die Kino-Königin!
Anfang 8 Uhr.
Montis Operetten-Theater Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)
Gastspiel Julius Spielmann: Der lebende Leichnam.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater

8 1/2 Uhr: Die Frau Präsidentin.
(Madame la Presidente.)
Schwank in 3 Akt v. M. Hennequin und P. Veber.
Morgen u. folgende Tage: Die Frau Präsidentin.

LUNA PARK
Morgen, Sonnabend: Blondin
über den Niagara!
Riesenkunstfeuerwerk, ausgef. v. d. Berl. Kunstfeuerwerkerei früher Deichmann u. Gallwitz.
Wer hat meine Nummer?
Preiswettwachen! 10 Preise!

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
Walhalla-Theater.
8 1/2 Uhr: Was allem Verlangen: Einmalige Aufführung: Die Allwörden.
Täglich 8 1/2 Uhr: Der Liebesonkel.
Vollst. mit Gesang und Tanz.

Brauerei Friedrichshain.
Kaffee-Frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
Freitag: Frei-Konzert.

UT Lichtspiele
Weinbergsweg 2 Minuten vom Rosenthaler Tor
Carl Clewing
vom Kgl. Schauspielhaus in Berlin in dem Drama
Der Thronfolger
Lebensbild eines Fürstensonnes
Friedrich-Ecke Taubenstrasse und Unter den Linden
Rudolf Christians vom Kgl. Schauspielhaus in Berlin und
Mizzi Parla vom Lustspielhaus in Berlin
in dem Lustspiel Scine Kammerjungfer
von H. Bolten-Baechers, Direktor des Lustspielhauses in Berlin
Moritzplatz und Hasenheide Richardendorferstr. 14
Der Student von Prag Richard Wagner

Reichshallen-Theater
Stettiner Säger
(Meyssel, Britton, Schrader etc.)
Neu engagiert: Komiker Russell.
Anfang 8 Uhr.
Metropol-Theater.
In Vorbereitung: Die Reise um die Erde in vierzig Tagen.
Dr. Wissenschaftler l. 22 Bilder v. Paul Freund. Musik von Jean Gilbert. In Szene geleit v. Dir. Rich. Schnly.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Bocher: Der abgerissene Glockenzug.

LAMPEN Lichtspiele
Am Potsdamer-Platz
Wir zeigen in unserem reichhaltigen Programm täglich u. a.:
Die Beisetzung August Bebel's in Zürich.
Preise der Plätze von 75 Pf. an.
Beginn der Vorstellung 4, 6 1/2, 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Rothbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Best. Vollenhager: „Der Aktien-Tenor oder Garuso auf Teufel“.
Beginn der Vorstellung 4, 6 1/2, 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum
Die Offenbarungen der Traummalerin Frau Assmann, d. Aufseh. d. wissensch. Kreise.
AGA die schwebende Jungfrau.
Buddha die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!

ZOOLOG ischer Garten
Täglich: Militär-Doppel-Konzert.
Eintrittspreise: Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar.: 1 M. v. d. Straße, 0,50 v. Zoo.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
Neu: AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Berliner Prater-Theater
7-9 Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: Johanniszauber.
Oper-Bühne in 3 Akt v. E. Gerike.
Musik von R. Schmidt.
Erklauf. Spezialitäten. Konzert.
Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
Freitag, 5. September 1913: Ein glücklicher Familienvater.
Lustspiel in 3 Akt v. C. R. Görner.
Dazu: Die neuen erklaf. Spezialitätenfräfte.
Anfang 4 Uhr.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Freitag, den 5. Septemb., geschlossen.
Sonnabend, den 6. September 1913: Jubiläumsgesellschaft für den Theatermeister E. Lessner.
Berlin, wie es baut und tracht.
Gänzlich neue Spezialitäten.
Raffeneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
Abendlich 8 1/2 Uhr: Ritter Balbrian.
Schwank von Otto Harting.
Das Adoptivkind.
Von Leon. Haffel. Musik v. Steink.
Die Wüßgeburt.
Vollst. v. Harting u. Theo. Gallton.

Admiralspalast
Einz. Eispalast der Welt mit grandiosen Eisbaufeston.
Angenehm köstlicher Aufenthalt.
Allabendlich Firt in St. Moritz.
Beginn d. Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassapreise.

Gewerkschaftliches.

Die neuen Militärbauten nur für christliche Arbeiter?

Die nachfolgend abgedruckte Eingabe des christlichen Stein- arbeiterverbandes, Bezirk Würzburg, legt Zeugnis davon ab, in welcher unwürdiger Weise sich die christlichen Vorkämpfer im Arbeitsverhältnis zuzuschlagen suchen. Das Schriftstück ist unserem Freiburger Parteiorgan auf den Redaktionstisch ge- flogen, ist aus Freiburg, Amt Wertheim in Baden, datiert und hat diesen Wortlaut:

Freudenberg im Juli 1913.

Zentralverband christlicher Karam- und Steinarbeiter Deutschlands, Bezirk Würzburg.

An die Großh. bad. Staatsregierung Karlsruhe.

Der ergebenst Unterfertigte erlaubt sich, Ew. Exzellenz im Namen der durch ihn vertretenen christlich und national organi- sierten Arbeiterschaft nachstehende Bitte ergebenst zu unterbreiten: Die hohe Großh. bad. Regierung wolle beim Vergeben der Steinforderungen für Militärbauten, die im Vollzug des neuen Baugesetzes in Baden nötig werden, das Steinmaterial der hiesigen Gegend, den roten und gestreiften Sandstein, gütigst be- rücksichtigen.

Zur Begründung unserer Bitte erlauben wir uns anzu- führen, daß die Geschäftslage in dem hiesigen großen Steingebiet zurzeit eine überaus schlechte ist. Ein erheblicher Teil der hier in Frage kommenden Arbeiter mühte bereits abzuwandern und sich auswärts Brot und Erwerb suchen. Für die meisten ist dies um so härter, weil sie durch keine Anwesen an die Scholle gebunden sind und damit die Familie zurücklassen müssen. Große Schäden, materieller und moralischer Natur, bringt dieses Auseinanderreißen der Familie mit sich. Die hier in Frage kommenden Stein- arbeiter sind zum großen Teil christlich und national organi- siert. Rubezu sämtliche Steinarbeiter sind Königs- treu und vaterlandisch gesinnt. Wiederholt haben sie ungeachtet der raffiniertesten und mit großen Mitteln betriebenen Agitation der Sozialdemokratie den Beweis erbracht, daß sie Verständnis für die Bedürfnisse der Nation haben und gern und willig die notwendigen Opfer bringen für des geliebten Vater- landes Größe und Ansehen in der Welt. Wir haben zur hohen großherzoglich badischen Staatsregierung das Vertrauen, daß wir nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Zwischen unseren Arbeitgebern und uns bestehen Tarifverträge, die beide Teile befriedigen. Die Voraussetzungen, unter denen die Reichstagskommission die Zuteilung von Staatsaufträgen wünschte, wären somit ebenfalls gegeben.

Ergebenst (gez.) Scheibel, Bezirksleiter.

Eine alles andere als christlich zu nennende Anschmierung bei der Behörde, durch Diskreditierung andersgestimmter Ar- beitskollegen für sich Vorteile erwirken zu wollen! Oder meinen die Herren Christlichen, die Militärbauten dürften nur von christlichen Arbeitern ausgeführt werden?

Berlin und Umgegend.

Die Steinarbeiter stimmten in ihrer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung einem vom Vorstände vorgelegten Reorganisationsplan zu. Das wesentlichste dieser Reuerung ist, daß das Organisations- gebiet Groß-Berlin in Bezirke eingeteilt wird. Für jeden Bezirk wird eine Bezirksleitung eingesetzt. Die Bezirke halten Versamm- lungen ab, die hauptsächlich der Organisation und der Aufklärung dienen. Ueber Sektions- und Werkstattangelegenheiten sollen die Bezirksversammlungen keine Entscheidung treffen. Neben der Bezirks- abteilung bleibt das bisherige System der Werkplatzvertreter be- stehen, auch sollen Nebenredakteure (Werkstattbesprechungen) nach Bedarf abgehalten werden.

Kleines feuilleton.

Die Röntgenstrahlen im Dienste der Schule. Die Schulverwaltung der Stadt Boston in Nordamerika hat mit Hilfe der X-Strahlen ein schwieriges Problem der Schulerziehung, die sachgemäße Behandlung der zurückgebliebenen Kinder, seiner Lösung nahe gebracht. Für ge- wöhnlich werden die Schulanten nach dem Alter der Kinder gebildet, und diese mechanische Behandlung führt dahin, daß mindestens zehn Prozent der Schüler für ihre Klasse sich als zurückgeblieben erweisen. Sie hemmen den Unterrichtsgang, und ihre physische Entwicklung nimmt noch weiteren Schaden.

Die besonders in Arbeiterkreisen so häufige Zurückgebliebenheit der Kinder ist meistens eine Folge der schlechten Ernährung oder des schwachen Körperbaues. Welches dem die Entwicklung des Gehirns derart, daß jede geistige Anstrengung sofort zu dem Zu- stande der Erschöpfung führt. Um dem Uebel zu steuern, geht die Bostoner Schulverwaltung auf die körperliche Untersuchung der Kinder aus, bei der die ganze Aufmerksamkeit auf die acht Knochen der Handwurzel gerichtet wird. Diese Knochen sind im ganzen Knochen- gerüst des Menschen die letzten, die noch lange im Knorpelzustande bleiben, und zwar zeigt der jeweilige Grad ihrer Verknöcherung die Reifestufe des Kindes genau an.

Die Röntgenphotographie der Hände ist also ein unerreichtes wissenschaftliches Mittel, den Grund der körperlichen Entwicklung des Kindes, der für seine Klassenzugehörigkeit entscheidend ist, jedesmal einwandfrei festzustellen. Die Wichtigkeit solcher Fest- stellung tut die Praxis der Bostoner Pädagogen in überzeugendster Weise dar, da es nicht selten vorkommt, daß ein Kind von zehn Jahren den Entwicklungsstand des sechsjährigen kaum erreicht hat und folglich nur in der seiner körperlichen Entwicklung entsprechenden Klasse erfolgreich unterrichtet werden kann.

Die verletzten Vortragenden. Ein Konzertbureau vertritt Vortragende und vermittelt dem iblehlichen Publikum „Litterarische Nachrichten“. Man erfährt: „Hermann Vahr ist eine der herrragendsten Erscheinungen der modernen deutschen Literatur... der Autor, der auf einer groß angelegten Vortrags-tournee...“

„Doktor Blumenthal, dessen zahlreiche Stücke den Siegeszug... Dank unseren Beziehungen ist es uns gelungen, den Dichter... Doktor Blumenthal zu erleben, wie er die blühenden Waffen der Satire meisterlich handhabt, verspricht...“ Er wird sich ver- sprechen.

„Dann Heinz Ewers ist heute wohl jedem Gebildeten ein geläufiger Name... so weiß er das Publikum durch seine fesselnde Persönlichkeit (ausgestattet von Edm. Münch, Rotliegelkammer, vaskelische) vom ersten bis zum letzten Augenblick in Bann zu halten.“

„Ludwig Ganghofer weiß seine eigenen Werke in so lebendiger und packender Weise vorzutragen, daß sie dem Hörer zu einem Er- lebnis werden.“ Dann muß er sehr gut vortragen können.

„Karl Hauptmann... und die Unmittelbarkeit seiner Sprache, die die höchste Plastizität erreicht, haben ihm seine bedeutende Stellung in der Literaturgeschichte gesichert.“ In der Literatur- geschichte des Konzertbureaus.

„Roda Roda. Man könnte glauben, die neueste humoristische Literatur habe sich zur Aufgabe gemacht, die Ansprüche des Publi- kums in bezug auf Humor auf das Mindestmaß herabzusetzen.“

Achtung, Destillationsgeschissen! Zu der Sperrnotiz über die Großdestillation von A. Meyer, die wir gestern unter dieser Spitz- marke aufnahmen, erlauben uns die Herren Kohlenhändler Maas und Konfitürenhändler Ebert mitzuteilen, daß sie nie Streichposten demunziert haben und daß auch in dem Laden des letzteren keine Polizei stationiert sei. Es habe höchstens gelegentlich einmal ein Schutzmann, der vor dem Meyerschen Geschäft stand, sich die wenigen Schritte seitwärts bis vor das Laden an Laden daneben liegende Ebertsche Geschäft begeben. Herr Kohlenhändler Maas hat sein Geschäft auf dem 2. Hofe, so daß von hier aus irgendwelche Beobachtungen von Streichposten überhaupt nicht möglich sind.

Die Zahlstellen Berlin und Charlottenburg des Zentralverbandes der Schuhmacher haben sich verschmolzen. In einer außerordent- lichen Generalversammlung der Berliner Zahlstelle, die am Mittwoch stattfand, wurden die Anträge zur Verschmelzung beider Zahlstellen er- ledigt. Es soll den Charlottenburger Mitgliedern eine Vertretung in der Berliner Ortsverwaltung eingeräumt werden. Ferner soll eine Kommission gebildet werden, welche die Agitation für den ganzen Westen Berlins zu betreiben hat. Der Arbeitsnachweis wird ausgebaut und möglichst an die Grenze Charlottenburgs verlegt. Die Auszahlung der Unterstützungen soll für die im Westen wohnenden Mitglieder in diesem Nachweis erfolgen. Die bisher von der Charlottenburger Zahlstelle für das Volkshaus gezahlten Beiträge übernimmt die Berliner Verwaltung. Die Annahme dieser Anträge erfolgte gegen eine Stimme.

Deutsches Reich.

Zum Auslande der Werftarbeiter.

Die streikenden Holzarbeiter in Dremen haben nun auch ihren Widerstand gegen die Aufnahme der Arbeit aufgegeben. Mit 492 gegen 45 Stimmen beschlossen sie, die Arbeit unter denselben Be- dingungen wie die übrigen Arbeiter aufzunehmen. Damit ist nun das letzte Hindernis beseitigt und die Einstellung der Arbeiter wird wieder erfolgen. — Nach einer Erklärung des Arbeitgeberverbandes werden die Arbeitsnachweise vom Sonnabend, den 6. September ab mit der weiteren Einstellung der Arbeiter beginnen.

Zur Bewegung der Stettiner Werftarbeiter ist zu melden, daß die Streikenden, soweit sie sich beim Arbeitsnachweis der Industriellen zur Arbeitsaufnahme gemeldet haben, sämtlich wieder eingestellt worden sind. Diejenigen Arbeiter, die sich noch nicht gemeldet haben, erhalten hierzu eine Frist bis zum kommenden Sonn- abend. Gaben sie auch dann noch nicht beim Arbeitsnachweis wieder vorgeprochen, gelten sie bei einer etwaigen späteren Einstellung als solche Arbeiter, die gänzlich neu eingestellt werden.

Bewegung in den Thorner Honigkuchenfabriken.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Thorner Honigkuchen- fabriken stehen in einer Lohnbewegung. Der Zentralverband der Väter und Konditoren hat bereits für alle vier Fabriken am Plage eine Tarifvorlage ausgearbeitet, die wesentliche Verbesserungen bringen soll, und an die Fabrikanten eingereicht. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Thorner Honigkuchenbranche sind die denkbar traurigsten. Stundenslöhne von 8 (acht) Pfennig (!) werden dort den Arbeiterinnen noch gezahlt. Trotz langer Arbeits- zeit müssen die Arbeiter mit ihren Familien hungern. Die Firma Richard Thomas hat bereits die Forderungen der Organi- sation anerkannt und beim Tarifabschluß anerkanntswertes Entgegenkommen gezeigt. Im Gegensatz zu dieser Firma haben sich bis jetzt die beiden „Höfliereranten“ Gustav Weese und Her- mann Thomas den Forderungen der Arbeiter gegenüber ab- lehnen verhalten. Die Arbeiterschaft als Hauptmonumentin der Thorner Honigkuchen wird dieser Bewegung einer geradezu ver- ekelnden Arbeiterkategorie sicherlich ein aufmerksames Augenmerk leihen.

Was ist in bezug auf das Kongerlbureau passiert? Nicht nur unser Denkermögen, selbst unter Zwischfall wird geschont.“ Das Konger- bureau vertritt sich offenbar. Immer spärlicher flieht der iblehliche Wunderquell des Humors.“ Versiegt vor diesem Roda Roda selbst die Geschäftstätigkeit?

Bei Roda Roda dagegen kommt man aus dem Lachen nicht heraus. Es ist ein ganz einzigartiger Genuß, zu erleben, wie er ohne Buch und ohne Manuskript, „Aug“ in Auge mit dem Zu- schauer...“ Zwischfall in Zwischfall. Man verlange Spezial- offerre.

Der neue Shaw. Bernhard Shaws neues Bühnenwerk „Androclus und der Löwe“, das am Montagabend im Londoner St. James- Theater seine Uraufführung erlebte, erweist sich als ein Spiel von Ironie und tieferer Bedeutung, in dem Shaw der Menschendarsteller viel stärker in den Vordergrund tritt als in seinen letzten Werken. Man lernt die alte Fabel von dem schäferischen weidherzigen Schneiderlein Androclus, der einen Löwen von einem Dorn befreit und damit die Freundschaft der Westie er- odert. Bei Shaw greift die Gestalt des Androclus über das iblehliche Symbol der Tierliebe hinaus, der sanftmütige Androclus wird bei ihm zum liebenden Christen, weil Instinkt und Wesen ihn dazu treiben, Mensch und Tier mit Liebe zu begegnen, weil es sein Wesen ist, sich zu opfern und nach dem Schlage auf die rechte Wange still auch die linke darzubieten. Ihm wird in der Gestalt des Ferronius der Typus des gesunden straffemischen gegenüber- gestellt, der mit ganzem Herzen die Lehre christlicher Nächstenliebe aufzunehmen sucht, ohne sie je zu seinem eigenen Fleisch und Blut machen zu können; er gehorcht zwar dem Worte der Bibel, auch er bietet nach dem Schreie auf die rechte die linke Wange; aber er kann dabei nicht umhin, den Gegner niederzuschlagen. Die dritt- Gestalt des Werkes, die über die Grenzen einer geistreichen Satire hinausreicht, ist dann die Christin Ravinia, die stolz und hart der Verlockung trotzt und aus Selbstgefühl ihrem Glauben treu bleibt; und dabei mehr Frau als Christin ist, und zwar moderne Frau, ja fast schon Frauenrechtlerin.

Wie immer bei Shaw ist die Handlung weniger wichtig als die Neben, die sie begleiten. Im ersten Bild sieht man Androclus den Löwen von dem Dorn befreien und mit dem dankbaren Raubtier einen grotesken Tanz aufführen, das zweite Bild bringt eine StraÙe von Rom, gefangene Christen, die in der Arena den Raubtieren aus- geliefert werden sollen, Drohungen und Befehrsversuche, sowie Gespräche, die stark an die Uebeln der Suffragetten anlingen. Das dritte Bild führt hinter die Kulissen der Arena, wo die Opfer des Todes hören, und zeigt, wie in den verschiedenen Tem- peramenten die Todesangst verschiedene Reaktionen erweckt. Bis Ferronius, der sich gelobt, keinen Widerstand zu leisten, in die Arena geschleift wird und hier doch nicht anders kann, als sich wehren. Er schlägt acht Gladiatoren nieder; der Cäsar ist über die Leistung so begeistert, daß er die übrigen Gefangenen begnadigt, nur einer soll der Schaulust des Volkes zum Opfer ge- bracht werden. Das Schicksal trifft den frommen Androclus, der freudig sein Kreuz auf sich nimmt und hinaustritt, um dem Löwen als FraÙ zu dienen. Und hier steigert sich die Bühnenwirkung zu einem seltsamen Eindruck, in dem Romik und Erbarmen sich ver- mischen; der Löwe erlernt den Androclus wieder, beide suchen ein- ander sozusagen freudestrahlend in die Arme und in wunderbar rührenden Naturlauten begrüßen sich Mensch und Tier als glückliche Freunde. Und während Ferronius des Cäsars Gnade annimmt und in die Schar der Pratorianer eintritt, tonen Androclus und

Eine christliche Verleumdung.

Unter der Signatur: „Mit 2000 M. geflächt!“ geht durch die rheinisch-westfälische Zentrumpresse eine Notiz, in der die Behaup- tung aufgestellt wird, ein Funktionär des Arbeiterturnvereins Bochum, der gleichzeitig Sektionsleiter oder Angestellter des Transportarbeiter- verbandes gewesen sei, sei mit 2000 M. Ueberstich vom letzten rheinisch-westfälischen Kreisturnfest geflächt.

Richtig zu stellen ist, daß der Betreffende mit Namen Weßler früher ausbilsweise einmal im Transportarbeiterverbande beschäftigt worden ist. Die Mitglieder dieses Verbandes waren aber mit seiner Tätigkeit nicht zufrieden und entzogen ihm sehr bald wieder die Funktion. Weßler machte sich dann selbständig; er gründete ein Fensterreinigungsinstitut, durch das er bis jetzt seinen Erwerb bestritt.

Vorsicht, Gipser und Püger!

Vom Zweigverein Rey des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes erhalten wir folgende Bußfrist:

Ein gewisser Jacques Albrecht aus Jarnh (Meurthe et Moselle), Frankreich, sucht fortwährend Gipser und Püger nach dort für Katernbauten.

Wir warnen hiermit vor diesem Schwindler. Mehr als 50 Leute sind in den letzten Tagen wieder zurückgekommen, meist mittellos. Wir wissen nicht, was wir mit den Leuten hier anfangen sollen. Es werden ihnen hohe Alfordpreise versprochen, die dann nicht bezahlt werden, oder sie bekommen am letzten Ende nur knapp soviel, daß sie ihre Kost und Logis bezahlen können.

Die Arbeitszeit dort ist 12 Stunden; auch wird Sonntags ge- arbeitet, damit die Arbeiter nur einigermaßen auf ihre Rechnung kommen. Kost und Logis ist nach deutschen Begriffen schlecht und teuer. Sehr oft handelt es sich auch um sogenannte Strohmänner, die die ausgeschriebenen Arbeiten vergerben, so daß viele längere Zeit arbeiten und dann keinen Pfennig bekommen. Deshalb ist über- haupt äußerste Vorsicht geboten bei Liebernahme von Arbeiten nach Frankreich.

Jugendbewegung.

„Pharisäer“ und „Dudmäuser“.

Trotz aller staatlichen Mühe, die gesamte bürgerliche Jugend- bewegung gegen die freie Jugend unter einen Hut zu bringen, kommt es zwischen den christlich-nationalen Brüderscharen immer wieder zum Bruch. So wollen die Jünglingsvereine und die Turn- vereine sich noch immer nicht vertragen. In der Nr. 82 der „Deutschen Turnzeitung“ leistet sich der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Dr. Göy, einen Aufsatz, in dem er die Menschheit wie folgt einteilt: 1. Turnerschaft, 2. Pharisäer, 3. Rörgler, 4. Philister. Mit den Pharisäern meint er die Jugenderweher in den Jünglingsvereinen, denen er diese Worte ins Stammbuch schreibt:

... die Leute, die von einer frischen, frohen und freien Jugendzuehung nichts wissen — die diese nur in konfessionelle Bahnen zwingen wollen — Pharisäer mit Säuden, genau wie in allen menschlichen Kreisen — Leute, die nichts von freier Menschlichkeit, von Männer- stolz nach oben und unten wissen wollen und in äußerlichen Formen die Frömmigkeit suchen!

Noch größer wird die Sportzeitung „Fußball und Leichtathletik“ Nr. 83, das „Alleinige Nachrichtenblatt des Westdeutschen Spiel- verbandes“. Es schreibt:

Der kirchliche Jünglingsverein, der notwendig Dudmäuser züchten muß, und den wir selber als Jungen gottlob so recht- schaffon verachtet haben, ist unter der Brutmaschine der Jugendpflege zu neuem Leben aufgewacht.

Sehr richtig, sagen wir. Aber ebenso verächtlich wie das Pharisäer- und Dudmäuserturn der Jünglingsvereine ist der gedanken- lose Hurrapatriotismus der Deutschen Turnerschaft und die geistes- arme Tätigkeit der Turn-Sportpresse. Die Arbeiterjugend darf mit allen dreien nichts zu schaffen haben.

der Löwe Arm in Arm von der Wänge, über die sich dann zum letztenmal der Vorhang senkt.

Ein Parasit der Wänge. Dem französischen Bakteriologen Daberan ist es in seinem Laboratorium des Instituts Pasteur gelungen, einen Parasiten, den Herpetomomas tenocephalus, im Innern des Flohs zu isolieren. Wie man sich denken kann, ist dieser Schmarotzer des Flohs außerordentlich klein: kaum 2 bis 4 Tausendstel eines Milli- meters. Wie der „Kain“ mitteilt, hat der Gelehrte eine Kultur dieser Bazillen angelegt und damit Injektionen bei weißen Mäusen vorgenommen, bei denen dadurch ein Fieber von 30 bis 60 Tagen Länge hervorgerufen wurde. Das Blut dieser infizierten Mäuse wurde wieder anderen weißen Mäusen injiziert, bei denen es die gleichen Erscheinungen hervorrief. Daberan hat zwar seine Forschungen über diese Tatsache noch nicht beendet, aber man kann jedenfalls aus diesen Experimenten interessante Aufschlüsse über die Rolle erwarten, die der Floh als Verbreiter von ansteckenden Krankheiten spielt.

Notizen.

— Dpernhaus-Neubau. Der Regierungsentwurf hat der Revision von Seiten des freien Architekten Geheimrat Hoffmann bereits unterlegen. Die das „V. Z.“ mitteilt, ist er sogar schon in neuer Form festgelegt worden. Die Änderungen beruhen, wie es heißt, auf sicherheits- und feuerpolizeilichen Gründen. Der fünfte Rang soll fallen. Gleichwohl sollen alle Plätze vorteilhaft unter- gebracht werden. Zehn Jahre wird der Bau dauern, und im nächsten Jahr will man ans Werk gehen.

— Theaterchronik. Unter den Neuheiten des Deutschen Theaters für die neue Spielzeit befindet sich auch eine neue Komödie Karl Sternheims, deren Titel noch nicht feststeht. Aus dem Nachlaß Gustav Heuberts hat Sternheim ein Lustspiel „Der Kandidat“ übersezt. Das im Deutschen seine Uraufführung erleben wird. — Im Kleinen Theater geht kommenden Sonntag, den 7. September, nachmittags 8 1/4 Uhr, die erste Nachmittagsvorstellung der neuen Spielzeit Ludwig Thomas „Lottens Geburtstag“ in Verbindung mit Octave Mirbeaus Satire „Der Dieb“ in Szene. — Im Neuen Volks- Theater geht am Sonnabend das Schauspiel „Die Sieb- zehnjährigen“ von Max Dreher zum erstenmal in Szene. — Lustspielhaus. Am Sonnabend findet die Uraufführung des Lustspielmannes „77:10“ von Otto Schwarz und Karl Mathern statt. — Das Kleine Theater hat „Das täg- liche Leben“, ein Drama von Rainer Maria Rilke, erworben.

— Musik. Theodor Spiering wird in der kommenden Saison drei Sinfonienkonzerte des Philharmonischen Orchesters diri- gieren; eine sinfonische Dichtung für große Orchester von Reznicek „Der Sieger“ gelangt zur Uraufführung; Gustav Mahlers „Das klagende Lied“ für Soli, Chor und großes Orchester wird erstmals in Berlin aufgeführt.

— Hermine Billinger, die als Dichterin von Schwarz- wälder Geschichten einen Namen hat, wurde mit dem Ehner- Eschenbach-Preise bedacht, den der Wiener Zweigverein der Deutschen Schiller-Stiftung verleiht.

— Mumienkunde. Aus Kairo wird mitgeteilt: Eine An- zahl Staatsgefangener, die in den Gärten des Khebede Arbeiten aus- führten, entdeckten in einiger Tiefe ein Gewölbe von hohem Alter, das eine große Zahl guterhaltener Mumien und Grabsteine barg.

An die Arbeiter Berlins! Werkstattvertrauenspersonen!

Nachdem die untenstehenden 39 Krankenkassen zur Auflösung kommen und die drei angegebenen sich verschmelzen, findet am

Sonntag, den 28. September 1913

die Wahl zum Ausschuss für die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin statt.

Zu wählen sind nach dem Verhältniswahlssystem 60 ordentliche Mitglieder und 120 Stellvertreter. Wahlberechtigt sind alle volljährigen (21 Jahr alt) Kassenmitglieder beiderlei Geschlechts der untenstehenden Kassen.

Zur Wahlberechtigung ist eine Aufnahme in die Wählerliste der Allgemeinen Ortskrankenkasse erforderlich. Diese Aufnahme erfolgt mittels Feststellungsscheine, die durch uns herausgegeben werden.

Alle Werkstattvertrauenspersonen bitten wir, in ihren Betrieben festzustellen, wie viel wahlberechtigte Personen beschäftigt sind, um für diese von uns

Engelufer 15 I, Zimmer 23

in der Zeit von 9—1 oder 4—7 $\frac{1}{2}$ Uhr, oder schriftlich die gewünschte Anzahl dieser Wahlfeststellungsscheine zu fordern. Bei Briefen bitten wir die genaue Adresse des Empfängers respektive Absenders anzugeben.

Diese Feststellungsscheine sind auszufüllen und von der Firma oder der Geschäftsleitung mit der Unterschrift oder Stempel zu versehen. Nachdem die Vertrauens- oder Einzelpersonen oder die Scheine ausgefüllt haben, begeben sich die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse nach der Köpenicker Str. 80—82, die Mitglieder der aufgelösten und der sich verschmelzenden Krankenkassen nach ihrem alten Kassenlokal, um diese Scheine abzugeben. Dafür erhalten sie eine Legitimationskarte, die dem Ueberbringer dazu dient, in der Zeit vom 13.—27. September in demselben Kassenlokal (sowie Wahlkarten in Empfang zu nehmen, als Wahlfeststellungskarten abgegeben worden sind.

Wer im Besitz dieser Wahlkarte ist, bedarf am 28. September, am Tage der Wahl, keinerlei anderer Wahllegitimationen.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

J. A.: A. Körsten.

Die Krankenkassen, die der Auflösung verfallen sind:

Ortskrankenkasse der Goldschmiede, Kupferschmiede, Gelbgießer, Messerschmiede, Schmiede, Radler, Maschinenbauer, Stellmacher, Uhrmacher, Musikinstrumentenverfertiger, Weber, Posamentierer, Tapezierer, Sattler, Korbmacher, Drechsler, Bergolder, Ladirer, Möbelpolierer, Bäcker, Schlächter, Bierbrauer, Tabakfabrikarbeiter, Zigarrenarbeiter, Schneider, Kürschner, Handschuhmacher, Schuhmacher, Barbier, Perrückenmacher, Zimmerer, Maler, Dachdecker, Brunnenbauer, Töpfer, Photographen, Graveure, Bildhauer, Gastwirte.

Die sich verschmelzenden Ortskrankenkassen

sind die der Kaufleute, Bureauangestellten und der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Deutscher Kürschner-Verband.

Filiale Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 43, Weinstr. 8. Fernspr.: Königsstadt 6789

Heute, Freitag, den 5. September, Punkt 8 Uhr:

Öffentliche gemeinschaftliche Versammlung

aller selbständigen Kürschnermeister und aller Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. Die Vorteile des gemeinschaftlichen Kampfes. Referenten: Kollegen Feldmann und Regge. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Selbständige Kürschnermeister, Arbeiter und Arbeiterinnen! Kommt zur Versammlung, laßt alle Arbeit ruhen, schließt Euch unserer Bewegung an, werdet nicht zum Verräter an Euch und an unserer Sache!

Verein selbständiger Kürschner (Pelzbranche) für Berlin u. Umg.
J. A.: Feldmann, Vorsitzender.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Lederarbeiter

Filiale Berlin I.

Sonnabend, den 6. September, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Prinzen-Allee 33:

Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht über die Lohnbewegung der Handschuhmacher. 2. Verbandsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Billige Landparzellen,

Vorort, direkt am Bahnhof. An Vorwärtsleiter schon mit 100 M. Anzahlung. II. jährl. Teilzahlung. Guter Boden, Acker, Wald, Vieh. Große Zukunft und Wertsteigerung. Auskunft: **M. Bachholz**, NO. Rindprobestr. 19.

Orts-Krankenkasse

für das

Bäcker- u. Konditor-gewerbe zu Berlin.

Kassenlokal: Engelufer 14 I, Zimmer 18
Tel.: Amt Köpenick 1985.

Bekanntmachung.

Nachdem das Igl. Oberverwaltungsamt Groß-Berlin die Zulassung der unterzeichneten Kasse als besondere Ortskrankenkasse abgelehnt hat und die hiergegen eingelegte Beschwerde vom Minister für Handel und Gewerbe zurückgewiesen ist, wird die Ortskrankenkasse für das Bäcker- und Konditorgewerbe zu Berlin am 31. Dezember 1913 geschlossen.

Wir bringen dies nach § 301 A.-B.-G. mit dem ausdrücklichen Hinweis zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Gläubiger ihre vermeintlichen Ansprüche innerhalb drei Monaten vom heutigen Tage ab im obigen Kassenlokal schriftlich geltend zu machen haben. Die Befriedigung später einlaufender Forderungen kann verweigert werden.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Bäcker- und Konditorgewerbe zu Berlin. 274/19
Karl Metzschold, Vorsitzender.

Schriftsteller (Rezitator)

Anfertigung von Prologen, Gedichten jeder Art, Rezitationen zu jeden Veranlassungen. Hans Friedmann, Berlin - Charlottenburg, Bismarckdörferstraße 111, P. II, z. IV.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83—85.

Telephon: Amt Norden 183, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 8. September 1913:

Bezirks - Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

Norden: **Pharussäle**, Müllerstr. 142, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vortrag des Kollegen **W. Siering**.

Norden: **Obiglos Festsäle**, Schwedter Straße 23, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vortrag des Kollegen **Knaak** über: Die Volksfürsorge.

Moabit: **Prachtsäle Nordwest**, Döbelestr. 24, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Charlottenburg: **Volkshaus**, Rosinenstr. 3, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Tegel: **Wohlfahrts Festsäle**, Reinickendorf, Eichhornstr. 15, abends 6 Uhr.

Westen und Schöneberg: **Vereinshaus, Schöneberg**, Hauptstr. 5, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Fortsetzung der Versammlung vom 18. August.

Osten: **Comeniusäle**, Memeler Str. 67, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vortrag über: Die Volksfürsorge.

Lichtenberg: **Restaurant Kurkowski**, Pfarrstr. 74, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vortrag über: Die Volksfürsorge.

Stralau - Rummelsburg: **Café Bellevue**, Hauptstraße 3, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Weißensee: **Prälaten**, Seherstr. 122, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Südenbezirke: **Hohenstaufensäle**, Kottbusser Damm 76, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vortrag.

Südenbezirke: **Süd-Ost**, Waldemarstr. 75, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vortrag.

Neukölln: **Bartschs Festsäle**, Hermannstr. 48/49, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vortrag über: Die Volksfürsorge.

Steglitz: **Albrechtshof**, Albrechtstr. 1a, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Köpenick u. Friedrichshagen: **Restaurant Lindenhagen**, Friedrichstr. 74, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umg.: **Wilhelminenhof**, Wilhelminenhofstraße, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Spandau: **Restaurant Dertz**, Surstr. 21, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Die Bezirksversammlung für den 20. Bezirk findet am

Donnerstag, den 11. September, abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in **Frankes Festsälen**, Badstr. 19, statt.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Bericht von der Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

125/7

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 8. September:

Mitglieder-Versammlungen

Tagesordnung:

Bericht von der letzten Generalversammlung. — Verbandsangelegenheiten

Tischler, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Bezirk Osten I: bei **Brigmann**, Andreasstr. 26.

Bezirk Osten II: bei **Grunwald**, Memeler Str. 67.

Vortrag: „Begräbnis oder Feuerbestattung“.

Referent: Zahnarzt **Fraund**-Reußlin.

Bezirk Oestliche Vororte: in der „**Ribeck-Brauerei**“, Kreuzfurter Allee 51/53.

Vortrag des Kollegen **W. Nitasehke** über: „Volksfürsorge und die Schäden der Privatversicherung“.

Die Kollegen werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen.

Bezirk Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:

bei **E. Böttner** (früher Obiglo), Schwedterstr. 23.

Vortrag über: „Gewerbliche Rechtspflege in der Holzindustrie“.

Referent: Kollege **Leopold**.

Maschinenarbeiter,

abends 8 Uhr, bei **Voeker**, Weberstr. 17.

Vortrag: „Was lehrt uns die Internationale Banfausstellung in Leipzig“.

Möbelpolierer,

abends 8 Uhr, bei **Vorgmann**, Andreasstr. 21.

Vortrag: „Die Tariffrage der Unternehmer und welche Stellung gedenken die Kollegen dazu einzunehmen?“

Tischlerbezirk Südwesten,

am Dienstag, den 9. September, nachmittags 5 Uhr,

bei **Habel**, Bergmannstr. 5/7.

Tagesordnung:

1. Die Volksfürsorge. Referent: **Ernst Ritter**.

2. Bericht von der Generalversammlung.

3. Verbandsangelegenheiten.

88/8

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Zimmerer

(E. H.-K. Hamburg.) Oertliche Verwaltung Berlin.

Heute Freitag, den 5. September, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

im „**Gewerkschaftshaus**“, Engelufer 15:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand. J. A.: **Richard Schröder**, Lützner Str. 7.

1000 Mark Prämien

1. Preis 500 M. 2. Preis 200 M. 3. Preis 100 M.
4. und 5. Preis je 50 M. 6. bis 15. Preis je 10 M.

erhalten diejenigen, welche die nachfolgende Strophe durch eine Zeile am besten ergänzen:

Soll **Boa-Lie** dich recht erfrischen,
So trink es kühl wie Moselwein.
Womit du willst, kannst du es mischen,

Am besten aber trink es rein.
Wenns schäumend perlt und köstlich schmeckt,

Das Preisrichteramt haben übernommen die Herren: **Ernst Growald**, Sachverständiger für Reklame, Berlin, **A. Oskar Klausmann**, Schriftsteller, Berlin und der Geschäftsführer der **Boa-Lie-Ges.** Herr **Max Bootzel**.

Bei gleichartigen Lösungen entscheidet das in Gegenwart eines Notars gezogene Los. Die Verse müssen bis 1. Oktober d. J. bei der **Boa-Lie-Gesellschaft m. b. H., Charlottenburg**, Charlottenburger Ufer 70, eingegangen sein.

Die Namen der Preisträger werden veröffentlicht. Das gesunde Zitronengetränk

Boa-Lie nach neuen wissenschaftl. Entdeckungen durch Gärung mit eigener

(nicht künstlich eingepresster) Kohlensäure hergestellt, ist bei alt und jung, bei Gesunden wie Kranken, in kurzer Frist gleichmäßig beliebt geworden.

Boa-Lie kostet für Berlin: $\frac{1}{2}$ Flasche 23 Pf., $\frac{1}{4}$ Flasche 13 Pf. excl. Glas.

Fürsorge für Arbeitslose in Groß-Berlin.

Unter diesem Titel verbreitet sich der Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus über das Arbeitslosenproblem. In einem längeren Artikel in der „Vossischen Zeitung“ erörtert er, welche positiven Maßnahmen gegen diese Erscheinung getroffen werden können. Er gibt zunächst der Meinung Ausdruck, daß es gar keiner näheren Ausführung bedürfe, daß im kommenden Winter in Groß-Berlin eine erhebliche Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Dann sagt er:

1. Die erste positive Aufgabe scheint mir nun darzustellen der Versuch einer einheitlichen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises. Von jedem Theoretiker und Praktiker auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung wird zugegeben, daß die Voraussetzung für das Funktionieren eines jeden Systems der Arbeitslosenversicherung ein gut funktionierendes öffentliches Arbeitsnachweis ist. In Groß-Berlin existieren bisher zwar eine Reihe von öffentlichen und kommunal unterstützten Arbeitsnachweisen. Allein sie umfassen nicht das gesamte Gebiet von Groß-Berlin, und es fehlt ihnen eine einheitliche Leitung und Uebersicht über den Arbeitsmarkt. Infolge der Initiative des Herrn Oberbürgermeisters Wermuth ist es gelungen, im Laufe dieses Jahres dem Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin eine erheblich größere Subvention seitens der Stadt Berlin zu verschaffen und andererseits in den vertraglichen Beziehungen zwischen diesem Zentralverein und der Stadt Berlin die Einwirkungs-möglichkeit der Stadtverwaltung auf diese Arbeitsnachweise erheblich mehr auszugestalten. Damit scheint mir die Voraussetzung zu einer uningeren Verbindung zwischen diesem Zentralverein und den bestehenden Arbeitsnachweisen der Kommunen in Groß-Berlin gegeben zu sein, und daran möchte ich schließen die Gründung von weiteren öffentlichen Arbeitsnachweisen in denjenigen Teilen von Groß-Berlin, wo sie noch fehlen.

2. Im Zusammenhang mit der Frage des Arbeitsnachweises steht die Einführung einer Sicherheit bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten. Es ist, daß bei diesen Arbeiten in erster Linie geeignete einheimische Kräfte und unter diesen wieder vorzugsweise verheiratete Arbeiter beschäftigt werden. So sehr sich erfahrungsgemäß insbesondere die technischen Instanzen gegen die Einführung einer derartigen Klausel bei der Vergabe von Arbeiten sträuben, so sehr muß darauf hingewiesen werden, daß diese Bedingung bei vernünftiger Handhabung seitens des Arbeitsnachweises in der Praxis durchaus durchführbar ist. Es sei in dieser Beziehung auf die langjährigen Erfahrungen in Elsaß-Lothringen hingewiesen, wo sich nach dem Muster der hiesigen Arbeitsnachweise vor einer Reihe von Jahren bereits das Ministerium entschlossen hat, auch für alle staatlichen Arbeiten eine ähnliche Klausel vorzuschreiben. Es wäre also danach zu streben, daß sämtliche städtischen Verwaltungen, aber auch die staatliche Verwaltung, z. B. auch die Eisenbahnverwaltung in Groß-Berlin, alsbald eine entsprechende Klausel in ihre Vergabeverträge aufnehmen und bei der Einstellung von neuen Arbeitern danach verfahren.

3. Durch eine bessere Regelung des Arbeitsnachweises und durch die Aufnahme einer derartigen Klausel in die Vergabeverträge öffentlicher Arbeiten wird ja aber nun selbstverständlich nicht erreicht werden können, daß die große Masse der winterlichen Arbeitslosen mit Arbeit versorgt wird, da für diese die Beschaffung von Rohmaterialarbeiten, wie gesagt, ebenfalls nicht möglich sein wird, bleibt nichts anderes übrig, als die Organisation von Geldunterstützung. Hierfür ist in den eingehenden Verhandlungen des deutschen Städtetages in Posen vom Jahre 1911 als der richtige Weg anerkannt worden die obligatorische Versicherung, und zwar speziell zunächst derjenigen Gewerbe, in denen das Bedürfnis am größten ist, d. h. in unserer Zeit unabweislich das Baugewerbe. Das Reichsamt des Innern hat sich bisher dagegen gestraut, dem Antrage des Deutschen Städtetages auf Vorbereitung eines entsprechenden Gesetzes zu folgen. Die nächste Aufgabe der Gemeinden von Groß-Berlin scheint mir daher zu sein, unter Hinweis auf den drohenden Umschwung der Konjunktur und den zweifellosen Kostendruck im Baugewerbe erneut ersichtlich bei dem Reichsamt des Innern vorzustellen zu werden, daß es mit aller Beschleunigung den gesetzgebenden Instanzen des Reiches einen Gesetzentwurf vorlegt, durch den die Kommunalbehörden bestimmter wirtschaftlich zusammenhängender Bezirke ermächtigt werden, für einzelne besonders nothleidende Gewerbe eine obligatorische Arbeitslosenversicherung einzuführen. Es ist bekannt, daß in der Zwischenzeit seit jenem Städtetage in Posen in England eine staatliche Arbeitslosenversicherung für eine Reihe von Gewerben, darunter auch das Baugewerbe, auf dieser Grundlage des Obligatoriums eingeführt worden ist, und über das erste Jahr des Bestehens dieser Versicherung ist, wie kürzlich in den Blättern mitgeteilt wurde, bereits ein amtlicher Bericht des Handelsministeriums in England veröffentlicht worden.

Wie stehen somit auf diesem Gebiete nicht mehr vor vollständig unbekanntem neuen Lichte, und das Deutsche Reich würde mit einer derartigen vorläufigen Form der Gesetzgebung nur dem Muster von England folgen. Dieser Weg aber will mir richtiger erscheinen als der von Reußlin vorgeschlagene, der Ausdehnung der Beiträge des Zwangsverbandes. Auch dieser Weg würde ja den Erfolg eines Gesetzes erfordern, allerdings im Unterschied zu dem ersten Weg, ein preussisches Gesetz und nicht ein Reichsgesetz. Die hier in Frage stehende Materie aber scheint mir, — das war die Meinung des Deutschen Städtetages — zur Zuständigkeit des Reiches zu gehören, wie denn auch der Zwangsverband nach seiner räumlichen, wirtschaftlichen und versorgungswirtschaftlichen Zusammenfassung nicht die geeignete Instanz für die Organisation einer derartigen Einrichtung zu sein scheint. Neben dem in dieser Weise anzustrebenden Obligatorium der Versicherung für das Baugewerbe scheint mir für die übrigen Bezirke die Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System einstweilen das richtigste zu sein. Es sei in dieser Beziehung darauf hingewiesen, daß das Genter System z. B. auf dem Gebiete des Buchdruckgewerbes, wo es sich häufig auch um erhebliche Arbeitslosigkeit handelt, infolge der auf diesem Gebiete so weit vorgeschrittenen Organisation auf dem Wege der Freiwilligkeit nahezu dasselbe erreicht, wie auf dem Wege des reichsgesetzlichen Zwanges zu erreichen möglich wäre.

Die Groß-Berliner Gemeinden haben im vorigen Jahre auf dem Gebiete der Bekämpfung der Fleischnot dank der energischen Führung des Herrn Oberbürgermeisters Wermuth eine erfreuliche positive Tätigkeit entfaltet. Möge es seiner Leitung bescheiden sein, auch auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge in diesem Winter einige bescheidene positive Schritte vorwärts zu machen.

Die Darlegungen des Herrn Dominicus enthalten vieles, das auch uns sympathisch ist, soweit die Gemeinden in Frage kommen. Insbesondere haben unsere Freunde in den Gemeinden Groß-Berlins schon seit längerer Zeit die Anträge auf Schaffung eines einheitlichen Arbeitsnachweises und Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System gefordert. Ihre Anträge ruhen aber heute noch im Schoße der Erwägungen, weil man glaubte, der Deutsche Städtetag würde auf diesem Gebiete etwas mehr positivere Vorschläge machen als das geschehen ist. Jetzt bleibt zunächst nichts anderes übrig, als daß die Gemeinden von Groß-Berlin sich praktischer betätigen als nur durch Hinweise auf Staat

und Reich, obwohl letztere Körperschaften allerdings der Frage des Arbeitslosenproblems bisher sehr aus dem Wege gegangen sind.

Partei-Angelegenheiten.

Tempelhof. Am Sonntag, den 7. d. Mis., findet eine Besichtigung der Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung in Charlottenburg statt. Treffpunkt nachmittags 1/2 2 Uhr am Hochbahnhof Hallesches Tor. Um rege Teilnahme ersucht
Der Bildungsausschuß.

Adlershof. Zu einer wichtigen Flugblattverbreitung möchten sich die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen am Sonntagvormittag 8 Uhr im Jugendheim einfinden.

Berliner Nachrichten.

Die Ferienspiele der Stadt Berlin.

Die Beteiligung an den Ferienspielen der Stadt Berlin ist im ständigen Steigen begriffen. Eine jetzt veröffentlichte Zusammenstellung ergibt: Auf den Außenspielplätzen spielten 1910: 207 974 Kinder, 1911: 188 325 Kinder, 1912: 257 090 Kinder, 1913: 277 935 Kinder. Der durchschnittliche Besuch an jedem der 25 Tage mit günstiger Witterung betrug also 1913 auf den sechs Außenplätzen zusammengezogen etwa 11 100 Kinder. Da diesmal die dritte Ferienwoche wegen des regnerischen Wetters um reichlich 20 000 Besuche unter dem Durchschnitt blieb, so ist anzunehmen, daß unter normalen Verhältnissen der Gesamtbesuch das dritte Hunderttausend erreicht haben würde. Die fünfzehn Innenplätze wiesen einen in den vergangenen Sommern sich ziemlich gleichbleibenden täglichen Durchschnittsbesuch von zusammen etwa 2500 Kindern auf, boten also an den 25 regnerischen Wochentagen neben den außerhalb der Stadt verorteten Kindern noch mehr als 60 000 Besuchen eine willkommene Spielgelegenheit. Von den diesjährigen 277 935 Besuchen der Außenplätze sind 111 496 (40 Proz.) auf Freikarte, d. h. unentgeltlich gewährt worden.

Ein erheblicher Teil der verfügbaren Mittel — im ganzen 31 549 M. — wurde für die tägliche Beförderung der Kinder nach und von den Außenplätzen aufgewendet. Für die Verpflegung der Kinder wurden verbraucht: 143 869 Liter Milch, 9060 Kilogramm Maggi- oder Knorr-Erzeugnisse, 569 671 Stück Backware (Schnecken), 1309 Kilogramm Kaffee und beim Schlußfest am letzten Ferien-Sonntag für etwa 1000 M. warme Würstchen. Erzeuglich und ermutigend für jeden Förderer und Pfleger der guten Sache war auch in diesem Jahre die Beobachtung, daß die Einrichtung nicht nur gesundheitsfördernd, sondern auch in hohem Grade erfolgreich wirkt. Angzuerkennen ist vor allem die Selbstdisziplin der Kinder, die im allgemeinen gute Ordnung auf der Fahrt, beim Spiel, bei der Verteilung der Mahlzeiten, die Sorge der Erzieherinnen für die Kleineren, die Anhänglichkeit vieler bereits aus der Schule Entlassenen an die Spielleitung und den Spielplatz.

Zimmerhin können auch jetzt noch viele Kinder an den Spielen nicht teilnehmen der Kosten wegen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Freikarten im größeren Umfange ausgegeben werden, um recht vielen Kindern die Teilnahme an den Spielen zu ermöglichen. Das Geld, das hier ausgegeben wird, verzinst sich tausendfach.

Der Selbstmord des Frauennörders Kirchstein.

Wie bereits berichtet, hat sich der Mörder der Näherin Schäfer durch Selbstmord der irdischen Strafe entzogen. Als er von Straßenpassanten durch die Kölliner Straße verfolgt wurde, gab er im ganzen fünf Schüsse ab. Drei waren auf seine Verfolger gerichtet, die beiden anderen auf sich selbst. Während die ersten fehlgingen, trafen die letzten ihr Ziel. Von zwei Kugeln getroffen sank Kirchstein zu Boden. Auf der Gießwaage in der Gaudystraße, wohin er kurz vor 12 Uhr in der Nacht gebracht wurde, war er noch trotz der großen Schmerzen zuerst bei voller Vernunft. Er gab dort an, daß er der gesuchte Schneider Kirchstein sei und nannte auch, als bald darauf der Herbeigerufene Kriminalkommissar auf der Gießwaage erschien, diesem noch einmal seinen Namen. Er konnte jedoch nicht weiter befragt werden, weil er das Bewußtsein verlor. Zuerst hatte man auf der Waage nur einen Schuß entdeckt, der durch den Unterkiefer gegangen war, die Wange gestreift und die Nase durchbohrt hatte. Wie sich bei einer genaueren Besichtigung ergab, war jedoch noch eine zweite Angel unterhalb des rechten Ohrläppchens in den Kopf eingedrungen, letztere Verletzung war auch die tödliche. An deren Folgen starb er noch auf dem Wege nach der Charité. In den Taschen des Toten fand man etwas über 3 M. bares Geld. Es war dies der Rest seiner ganzen Barschaft. Von dem anderen Gelde hatte er sich eine Brille und eine Sportmütze gekauft, um sich damit unkenntlich zu machen. Außerdem hatte er sich zu diesem Zweck seinen Schnurrbart selbst mit einer Schere gestutzt. Auch den Revolver, aus dem alle fünf Schüsse abgefeuert waren, hatte er sich noch nach der Mordtat zugelegt. Kirchstein hat sich in dem Gelände an der Kreuzauer Allee verborgen gehalten. Er scheint auch längere Zeit in einem Kientopp in der Swinemünder Straße verbracht zu haben, denn hierzu wurde noch ein Willkür bei ihm gefunden. Mit dem Selbstmord des Mörders hat die schreckliche Mordtat die wegen ihrer Grausamkeit soviel Aufsehen erregte, ihren Abschluß gefunden. Die Leiche Kirchsteins wurde dem Schandhaufe übergeben.

Die Hafenanlagen am Stralauer Kanger wurden dieser Tage einer Prüfung darauhin unterzogen, ob sie den eisenbahntechnischen Anforderungen entsprechen und rechtzeitig in Betrieb genommen werden können. Der Osthafen soll bekanntlich Anfang Oktober eröffnet werden. Der Eisenbahn-Anschlußbetrieb ist so gedacht, daß die Lokomotiven der Staatsbahndirektion die Hafenzüge bringen, worauf die städtischen Hafenlokomotiven die Wagen gruppenweise ordnen und nach den einzelnen Schuppen und Ladepätzen befördern. Zu dem Besuche sind zahlreiche Weisverbindungen vorhanden. Die abgehenden Wagen werden aus Mangel an Platz, wie sie gerade abgefertigt sind, zu einem Zuge zusammengestellt, den die Staatsbahnmotoren dann bei ihrer Rückfahrt gleich mitnehmen. In den Ladegleisen des Hafens sind 200 Wagen aufgestellt. Das Hafengleis steht in direkter Verbindung mit dem Nordring und den Rangierbahnhöfen Rummelsburg und Lichterberg-Friedrichshagen; es wird in einem Tunnel unter den Ringbahngleisen hindurchgeführt und auf der Ostseite an die dort liegenden Gütergleise der Staatsbahn angeschlossen. Die Weisanlagen des Osthafens sind bis auf Kleinigkeiten fertiggestellt; die Arbeiten an der über die Straße Alt-Vorhagen (Ver-

ängerung der sogenannten „Großen Lonne“) führenden Weide müssen dagegen beschleunigt werden, weil vor ihrer Fertigstellung der endgültige Ausbau der Weisanlage auf dem eisenbahntauglichen Gelände nicht möglich ist. Die Hafenanlage soll zur Taxifstation gemacht werden, so daß die Güter von und nach dem Osthafen hier ohne weiteres eisenbahndienstlich abgefertigt werden können. Bei Gelegenheit dieser Besichtigung wurde auch der große Getreidespeicher besucht, welcher zur Aufnahme von nahezu 10 000 Tonnen losen Getreides bestimmt ist. Unter den maschinellen Einrichtungen dieses gewaltigen Gebäudes erregte namentlich die Entstaubungsanlage großes Interesse. Wegen der Explosionsgefahr empfiehlt sich nämlich in derartigen Gebäuden die völlige Veseitigung des beim Abfall des Getreides von den Förderbändern entstehenden Staubes. Dies geschieht hier durch eine weitverzweigte Ventilator- und Entstaubungsanlage. Ein umfangreiches Röhrensystem saugt an den bezeichneten Stellen die staubgeschwängerte Luft auf und führt sie — nicht etwa ins Freie, wo die Explosionsgefahr bestehen bleibt, sondern — durch Baumwollensfilter, in denen der Staub haften bleibt und unschädlich gemacht wird. — Als Ergebnis der amtlichen Besichtigung konnte festgestellt werden, daß der Inbetriebnahme des Osthafens am 1. Oktober keine Bedenken entgegenstehen. Bemerkenswert wurde dabei, daß die Stadt Berlin die umfangreichen und schwierigen Arbeiten mit anerkannter Energie durchgeführt hat.

Doppelselbstmord zweier junger Mädchen.

Zu einem Mordgerücht gab ein Leichenfund Veranlassung, der am Mittwoch in der Spree, unweit des Gartenrestaurants von Jenner in Treptow gemacht wurde. Gestern morgen ist nun ganz in der Nähe eine zweite Leiche gefunden worden, ebenfalls die eines jungen Mädchens. Man war sich jetzt klar, daß man es mit zwei Mädchen zu tun habe, deren Hüte Montag früh auf der Landungsbrücke der Sternegesellschaft am Treptower Park gefunden wurden. Auf einer Ansichtskarte, die mit einer Quinabel an einem der Hüte festgeheftet war, stand mit wenigen Zeilen, daß zwei junge, lebenslustige Mädchen ihr junges Leben lassen müßten, sie aber alle denen, die sie so grausam in den Tod getrieben hätten, viel Glück wünschten. Die Karte war fobann mit den Namen Charlotte Paegelow, Wlacherstr. 28, und Anna Haselmann, Wittenwalder Str. 16, unterzeichnet.

Die Nachforschungen ergaben, daß die beiden Mädchen sich am Sonntagabend aus ihren Wohnungen entfernt hatten, nachdem sie vorher noch mehrere Abschiedsbriefe geschrieben hatten. Sie teilten darin mit, daß sie, wenn der Empfänger den Brief erhalte, bereits in den Tod gegangen seien. Die Anna Haselmann war 19 Jahre alt und stammt aus Hamburg. Nachdem sie schon früher einmal hier Stellung als Zimmermädchen gehabt hatte, war sie vor drei Wochen wieder hierher gekommen, um sich Beschäftigung als solches zu suchen. Bisher hatte sie jedoch noch keine gefunden und wohnte seitdem bei einer Vermieterin. Charlotte Paegelow war eine Freundin der Haselmann und als Dienstmädchen in einer Blumenhandlung in der Wlacherstraße 28 beschäftigt. Sie stand erst im achtzehnten Lebensjahre. Die Mädchen, die gern Vergnügungen nachgingen, hatten gelegentlich eine Festlichkeit zwei Soldaten kennen gelernt, mit denen sie ein Liebesverhältnis eingingen. Zu ihrem Leid erfuhren sie aber bald, daß die Vaterlandsverteidiger bereits mit „Bräuten“ versehen waren und einer auch schon Vater war. Diese Entdeckung scheint die sonst lebenslustigen Mädchen zur Verzweiflung getrieben zu haben. Ihr gemeinsames Leid dachten sie am besten dadurch zu stillen, daß sie in den Tod gingen. Allem Anschein nach haben sie sich beide gleichzeitig in der Nacht zum Montag von der Landungsbrücke im Treptower Park in die Spree gestürzt. Die beiden Leichen befinden sich in der Leichenhalle zu Treptow.

Eine neue Muttat.

Nam ein Tag vergeht, so nicht über ein neues Kapitalverbrechen berichtet werden muß. Gestern Abend wurde die Zahl der in letzter Zeit in und um Berlin verübten Muttaten um einen weiteren Fall vermehrt. In der Köpenicker Straße 60-61 wurde die Besitzerin des „Kugelnbades“, Frau Reinisch, von ihrem Bademeister durch einen Revolveranschlag getötet. Die Ursache dieses schweren Verbrechens ist wahrscheinlich in vorausgegangenem Streitigkeiten zu suchen. Wie uns berichtet wird, soll Frau Reinisch vor dem Geschäftsschluß von dem Bademeister die Uebergabe der Tageskasse gefordert haben. Dieser weigerte sich, abzurechnen, und wurde schließlich, als die Frau energisch das Geld verlangte, rabiat, spudde vor ihr aus und beleidigte sie in größtmöglicher Weise. Als der Bademeister dann mit dem Gelde fortgehen wollte, vertrat ihm die Frau die Tür und verlangte nochmals Herausgabe des Geldes. In diesem Moment zog der Bademeister einen Revolver und gab auf Frau Reinisch einen Schuß ab, der sie tot zu Boden streckte. Der Täter namens Auer ist flüchtig geworden. Die Getötete, die seit einem Vierteljahr Witwe ist, hinterläßt ein achtjähriges Kind.

Ein gefährlicher Schwindler, der es auf arme Frauen abgesehen hat, treibt zurzeit in den westlichen Vororten Berlins sein Unwesen. Leider ist es noch nicht gelungen, des Gauners, der manche leichtgläubige Frau um ihren letzten Groschen gebracht hat, habhaft zu werden. Der Schwindler setzt sich mit Kulturfrauen, die durch Zeitungsanzeigen Beschäftigung suchen, in Verbindung und überträgt ihnen im Auftrage eines in der Potsdamer Straße wohnenden Rechtsanwalts die Reinigung dessen Büroraumes. Dann läßt er sich von den Frauen kleinere Beträge in Höhe von wenigen Mark geben, gewöhnlich unter der Vorpiegelung, daß er sie in der Krankenkasse anmelden müsse, sie aber den Betrag später wiedererhalten würden, wenn sie die Stellung antreten würden. Um der Beschäftigung nicht verlustig zu gehen, geben die Frauen die verlangte Summe her. Wollen sie nun ihren Dienst antreten, so erfahren sie zu ihrem Leidwesen, daß sie einem Gauner ins Garn gegangen sind. Auf diese Weise sind schon eine ganze Anzahl Frauen von dem Schwindler betrogen worden. Der Verfolgte ist ungefähr 28 bis 30 Jahre alt, mittelgroß und kräftig, hat schwarzes Haar und einen ebensolchen Schnurrbart, ein frisches, volles Gesicht, schwarze Augen und auffallend dicke Lippen. Bekleidet war er mit einem braunen Anzug, einem schwarzen Hut, schwarzen Schuhen und einem rot-schwarzen Schlips.

Die Bebel-Nummer der Gleichheit ist, wie wir auf Anfrage mitteilen möchten, auch für die Abonnenten nur gegen Bezahlung erhältlich. Die fällige Nummer der Gleichheit erhalten die Abonnenten eine Woche später.

Die Wuchhandlung Vorwärts.

Auf einen Kindesmord läßt die Landung einer mit einer Eisenplatte beschwerten Leiche schließen. Gestern landeten Schiffer aus dem Großschiffskanal in der Jungfernhöhe, in der Nähe der Charlottenburger Brücke, die Leiche eines neugeborenen Knaben. Sie war in ein ungezeichnetes, rotbraunes Kopftuch eingewickelt und war mit einer 25 Zentimeter langen, 9 Zentimeter breiten und

1 Zentimeter biden Eisenplatte beschwert. Die kleine Leiche wurde der Polizei übergeben und von dieser dem Schauhaufe überwiesen.

Auf dem Musikpodium erschossen hat sich gestern abend der Caféhausmüller H. S. Hagen aus der Gärtnerei, 3 zu Lichtenberg. Der Mann, der im Alter von 30 Jahren stand und kinderlos verheiratet war, mußte seit zwei Tagen mit einer Kapelle in dem Spreezelt, dem früheren Restaurant Nietenmacher. Gestern abend kurz vor 8 Uhr, als gerade eine Pause angefiel, zog Hagen vor den Augen der zahlreichen Gäste einen Revolver und schoß sich eine Kugel in die Stirn. Sofort bemühten sich mehrere Personen um den Lebensmüden und brachten ihn nach der Charité. Kurz nach der Ankunft erlag er hier aber seinen Verletzungen. Unheilbare Krankheit war der Grund zu dem Selbstmord des Müllers. Seine Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein aufregender Vorgang spielte sich Mittwochabend am Tempelhofer Ufer ab. Ein unbekannter Mann, der dort am Landwehkanal entlangging, blieb plötzlich vor dem Grundstück Nr. 21 stehen, leerte eine Flasche und stürzte sich dann über das Geländer hinweg ins Wasser. Er ging sofort unter und kam nicht wieder zum Vorschein, so daß alle Rettungsversuche ergebnislos blieben. Auch die Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden. Die Augenzeugen des Vorfalls können auch keine Beschreibung des Selbstmörders geben. Am Ufer zurückgelassen hatte dieser seinen Strohhut und die Flasche, die noch zum Teil mit Sublimat gefüllt war. Die Gegenstände wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Selbstmord eines Aktivistin. Aus der Spree gelandet wurde gestern an der Nordbühnenbrücke die Leiche eines Greises, des 80 Jahre alten früheren Bäckereimeisters Gustav Stresemann, der aus Stargard gebürtig ist. Stresemann mietete vor dreiviertel Jahren bei einer Zimmervermieterin in der Annenstraße eine Stube. Er zeigte während der ganzen Zeit ein sonderbares Wesen, das wohl auf sein starkes Nervensystem zurückzuführen war. Vorgestern nachmittag schürzte er zwei Valeteten und jagte zu seiner Wirtin, daß er verreisen müsse. Wie es scheint, ist er jedoch noch am selben Nachmittag ins Wasser gegangen. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauhaufe gebracht.

Das Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters am Mittwochabend in Hoppoldts Konzertgarten stand unter einem wenig erfreulichen Stern. Der Andrang zu dem Konzert war so groß, daß die vielen Besucher Kopf an Kopf gedrängt stehen mußten. Die Temperatur im Saale wurde so heiß, daß es unmöglich war, im Saale auszuhalten. Dazu kam, daß die Kellerer sich mit dem Bier durch die Nasen drängten, aber infolge des Gedränges nichts los wurden und von neuem sich eine Gasse durch die Menschen bahnten. Durch diesen Andrang war von einem Genuß nichts mehr zu merken. Eine Anzahl Besucher zog es vor, den Saal bald wieder zu verlassen. So sehr anerkannt wird, daß die Leistungen des Orchesters gute sind, so muß andererseits doch dafür Sorge getragen werden, daß der Saal nicht überfüllt wird und jeder Besucher einen Sitzplatz erhält, sonst geht die Wirkung des Konzerts verloren. Hoffentlich werden die Lehren vom Mittwoch in Zukunft beherzigt.

Gesangsaufführungen auf dem Reuterplatz in Neutölln.

Am Sonntag, den 7. September, nehmen die vom Männerchor Neutölln arrangierten Gesangsaufführungen, die von der Einwohnerschaft mit so großem Beifall aufgenommen worden sind, ihren Fortgang. Dieselben finden auch diesmal von 9 bis 1/10 Uhr vormittags auf dem Reuterplatz statt.

Wir weisen zugleich darauf hin, daß die Aufführungen eine dauernde Einrichtung des Vereins bleiben. Ort und Zeit wird jedesmal öffentlich bekannt gegeben.

Vorort-Nachrichten.

Neutölln.

Den Bau einer fünften Kirche und die Anstellung von vier weiteren Pfarrern hat das Konsistorium beschlossen. Zwar hat der kirchlich-liberale Verein sich gegen den Bau einer fünften Kirche gewendet, doch das Konsistorium wird sich auf seinen Schein berufen, wonach Tausende von Taufschein-Christen den Bau der fünften Kirche rechtfertigen. Die Tatsache, daß in Neutölln jetzt bereits 12.000 Konfessionslose vorhanden sind, scheint das Konsistorium bei seinem Entschluß nicht zu berücksichtigen, ganz zu schweigen von den vielen Tausenden, die zwar noch nicht öffentlich mit der Kirche gebrochen haben, die aber keinerlei sonstige Beziehungen mehr zur Kirche unterhalten. Wundert man sich nicht allerdings, daß in einer Arbeiterstadt wie Neutölln der Kirche jährlich immer noch gegen 100.000 M. Kirchensteuern zuzuführen, obgleich die Kirchen an schwachem Besuch leiden.

Um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, sollen am Freitag, den 12. September, abends 1/9 Uhr, in Neutölln drei öffentliche Versammlungen stattfinden und zwar in den „Hohenstaufenjalen“, im „Berliner Kindl“ und in „Reichs Gesellschaftshaus“, Rueschstraße 48/49, in denen Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann, Reichstagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht und für die Bürgerlichen Redakteur v. Gerlach über das Thema: „Herans aus der Kirche“ sprechen werden. Die Tatsache, daß die Kinder der 12.000 Konfessionslosen noch gezwungen werden, dem Religionsunterricht beizuwohnen, sollte ein weiterer Anlaß sein, daß die Versammlungen stark besucht werden.

Sonntag, den 7. September, findet eine Vormittagspartie nach dem Plänterwald statt. Abmarsch früh 7 1/2 Uhr vom Rathaus, Berliner Straße, Ecke Oststraße. Um rege Beteiligung, namentlich der Kinder, wird ersucht. Die Lieberbäcker sind mitzubringen.

Wilmersdorf-Palast.

Die Liste der stimmberechtigten Bürger der Stadtgemeinde Berlin-Wilmersdorf liegt bis zum 15. September d. J. an den Wochentagen von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 2 Uhr und an den Sonntagen von 9 bis 12 Uhr vormittags in der Wahlabteilung, Gasseiner Str. 11, 2 Treppen, öffentlich zur Einsicht aus. Wenn auch der Magistrat dem Aufhebungsbescheid einiger Bezirksvereine entsprechend die Stadtverordneten-Ergebnisse vorläufig verschoben hat, so ist dennoch für unsere Genossen die Prüfung der Wählerlisten erforderlich.

Charlottenburg.

Zur Stadtverordnetenwahl. Der Magistrat von Charlottenburg hat in seiner gestrigen Sitzung den Bezirk 8 der III. Wählerabteilung ausgeteilt, der bei den diesjährigen Ergänzungswahlen noch einen Stadtverordneten mit Hausbesitzerqualifikation zu wählen hat. Es wählen mithin in der III. Abteilung die Bezirke 1, 3, 6, 7 und 8 je einen Hausbesitzer.

Schöneberg.

Dem Schöneberger Hypothekendarlehen-Verein ist durch Ministerialerlass die Genehmigung zur Ausgabe auf den Inhaber lautender Schuldverschreibungen (Pfandbriefen) zunächst bis zum Betrage von 15 Millionen erteilt worden. Gleichzeitig ist dem Verein unter Genehmigung seiner Satzungen die Rechtsfähigkeit verliehen worden.

Der Schöneberger Männerchor veranstaltet gemeinsam mit mehreren Arbeiter-Gesangvereinen am Sonntag, den 7. September, nachmittags 2 Uhr, in der Schloßbrauerei, Hauptstraße 123, ein Arbeiter-Sängersfest. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf., sind bei den Mitgliedern zu haben. Die gesungene Leitung liegt in den Händen des Chormeisters und Dirigenten Herrn Fritz Siempel. Programme werden an der Kasse gratis abgegeben.

Am 8. Uhr veranstalten die Sänger unter den Klängen der Kapelle des Musikdirektors Herrn W. Rosenthal und unter Teilnahme des Arbeiter-Radsfahrers und Turnvereins einem Umzug durch fol-

gende Straßen: Abmarsch Schloßbrauerei, Feurig, Albert, Eisenacher, Grünwald, Martin-Luther, Haupt-Straße bis zur Schloßbrauerei. Der Zug marschiert zu Wieren und dürfen Fahnen, Banner und besondere Abzeichen nicht geführt werden. Die auswärtigen Sänger wollen sich rechtzeitig einstellen.

Die organisierte Arbeiterschaft wird ersucht, dieses Fest zahlreich zu unterstützen.

Beim Rettungswort verunglückt ist gestern nachmittags der zurzeit in Berlin auf Urlaub weilende Rizefeldweibel Karl Brune vom Infanterieregiment Nr. 17. Vor dem Hause Hauptstr. 14 hielt gestern nachmittags ein zweifelhäftiger Kutschwagen. Plötzlich schreuten die Pferde vor einem vorüberfahrenden Automobil. Die jungen Pferde tasten die Straße entlang auf ein altes Ehepaar zu, das gerade den Damm überqueren wollte. In diesem kritischen Augenblick sprang der Rizefeldweibel hinzu, fiel den Tieren in die Hügel und vermochte sie noch im letzten Augenblick auf die Seite zu reihen. Brune wurde etwa 50 Meter weit geschleift und erlitt durch einen Hufschlag eine Verletzung am linken Knie, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Weißensee.

Der hiesige Bildungsausschuß hatte beim Gemeindevorstand beantragt, ihm zum Zwecke einer Aufstellung zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten einen öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen und außerdem einen Beitrag zu den Unkosten zu leisten. In dem Schreiben wurde erwähnt, daß die zur Aufstellung gelangenden Objekte zum Teil der Dresdener Hygiene-Ausstellung vom Jahre 1911 entlehnt sind. Damals hatte die Gemeindevertretung einige Delegierte zur Besichtigung nach Dresden entsandt. Einzelne Vertreter meinten nun, daß diese Ausstellungsobjekte geradezu abfahrend gewirkt hätten, so daß man den Besuch solcher Ausstellungen von Gemeindegliedern nicht unterstützen könne. Die Finanzkommission beschloß sogar mit drei gegen zwei Stimmen, die Antragsteller zu ersuchen, Weißensee mit dieser Ausstellung zu verfahren. Schöffe Louis und Genosse Taubmann gaben sich redliche Mühe, einen solchen unünftigen Beschluß zu verhindern, da derselbe in der ganzen Welt doch nur Gelächter hervorrufen müsse, aber den Herren scheint es auf eine Plantage mehr oder weniger nicht anzukommen. Selbst die Erinnerung an Dr. Rabe, der den Krankenhaufen Vorstand bestrafte, weil derselbe Werkblätter zur Bekämpfung des Alkohol auf Kosten der Mitglieder verteilte, half nichts. Man sollte meinen, daß der Besuch von Ausstellungen bildend und belehrend auf den Besucher wirken müsse, das scheint auf die Delegierten der Weißenseer Gemeindevertretung nicht zuzutreffen. Der Bildungsausschuß wird mit seiner Aufstellung anderwärts Unterstützung finden und auf einen Beitrag der Gemeinde verzichten müssen; hoffentlich wird durch den vereinigten Beschluß der Finanzkommission für die geplante Ausstellung ein um so regeres Interesse in den Bevölkerungsteilen erweckt.

Die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist in der letzten Sitzung der Wohlfahrtskommission abgelehnt worden, nachdem über diese Frage drei Jahre lang Verhandlungen geschwebt haben. Eine „große Denkschrift“ über die Vorlage eines Statuts zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherungskasse wurde ebenfalls von Nichttrauen getragen. Eine öffentliche Aufforderung, dieser Kasse beizutreten, hat lange Zeit das Wohlfahrtsamt beschäftigt, auch hier war das Resultat gleich Null. Von ca. 13.000 Arbeitern und Arbeiterinnen haben der Aufforderung, der Kasse beizutreten, nur 1352 Personen, darunter 158 weibliche, Folge geleistet. Hiervon waren 179 Kaufleute und Handlungsgeschäften und 1173 Handarbeiter; unter diesen befanden sich 509 ungelernete Arbeiter. Im ganzen haben sich 12 unorganisierte Arbeiter gemeldet. Die vom Leiter des Wohlfahrtsamtes vorgelegte Kostenrechnung war so lächerlich, daß es ein Leichtes war, ihm zu begegnen. Die Gemeindevertretung soll nun als Hilfsmittel Petitionen an den Zweckverband und das Abgeordnetenhaus beschließen, in denen diese Körperschaften ersucht werden sollen, in der Frage der Arbeitslosenversicherung entsprechende Maßnahmen zu treffen. Ebenso soll beschloffen werden, alle in Vorbereitung befindlichen Gemeindegewerkschaften baldigt zu beginnen, um so der Arbeitslosigkeit zu begegnen.

Ober- und Nieder-Schöneweide.

Eine Jugend- und Schulentlassungsfeier findet am Sonnabend, den 7. September, im Lokal Blumenengarten statt. Mitwirkende sind: Blüthner-Dirigenten und Konzert- und Oratorien-Sängerin Hrl. Verto Manz. Die Ansprache wird Frau Käthe Dunder halten. Die Arbeiterschaft wird ersucht, diese Veranstaltung durch guten Besuch zu unterstützen und sich beizutreten mit Eintrittskarten zu versehen. Der Preis derselben beträgt für Erwachsene 50 Pf., für Jugendliche unter 18 Jahren ist der Eintritt frei. Karten sind bei allen Funktionären zu haben.

Spiel und Sport.

Turner.

Am Sonntag, den 7. September, haben folgende Abteilungen des Turnvereins „Fichte“ Veranstaltungen:

2. Männer-Abt.: nach Reichthal (Beschäftigung des Groß-Schiffahrtskanals). Treff: 8.30 Stettiner Str.

6. Männer-Abt.: Ringturnen nach Bernau (Dreikampf) und Fußballspiel mit der Bernauer Turnerschaft). Treff der Ringen um 1 Uhr abends.

10. Männer-Abt.: Strausberg - Raffberger Räderdorf - Ernter. Treff: 6.15 Danziger Straße Ecke Ruhener Straße.

11. Weibungs-Abt.: Wilmersdorf - Jähndorf - Summi - Hermsdorf. Treff: 6.10 Dallesches Tor.

3. Weibungs-Abt.: Partie nach Schmieditz, Bernsdorf, Großfinke, Ernter. Treff: 6.15 Ostlicher Str. In allen Partien Gäste willkommen.

Nachm. 2/4 Uhr findet auf dem Turnplatz in Treptow, Köpenicker Landstraße, das diesjährige Abturnen der Frauen-Abteilungen des Vereins statt. Volkstümlicher Vierkampf, bestehend in Speerwerfen, Fußballweitschlagen, Stabweitschlagen und Hürdenlauf über 80 Meter. Der Besuch dieses Abturnens ist besonders den Arbeiterinnen empfohlen.

Am Donnerstag, den 11. September, veranstaltet die 16. Weibungs-Abt. „Fichte“ ein öffentliches Turnen in der Turnhalle Kottbuscher Ufer 51. Anfang 8 Uhr. Zutritt für jedermann.

Am demselben Tage findet im Reichthaus, Charlottenburg, Rosinenstraße 3, eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Hoherer Sportbewegung“. Referent: Bruno Wiese-Berlin. Anf. 8 1/2 Uhr. Alle bürgerlichen Vereine sind besonders eingeladen.

Am Sonntag landen zwischen der freien Turnerschaft Romawas und „Fichte“ 4. 1. Jugendmannschaft Wettkämpfe statt. Die Resultate sind folgende: 500-Meterlauf: 1. Fichte 4. Romawas weit zurück. 1000-Meterlauf: 1. Fichte 4. Zeit 2:24 Sek. Fußball: Fichte 4:7, Romawas 5:6 Punkte. Vorlauf: Fichte 4:38, Romawas 21 Punkte. Fußball: 12:1 für Fichte 4. Halbzeit 5:1.

Radsfahrer.

Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“. Gau 8. Bezirk 2. Kreis Teltow. Am Sonntag, den 7. September, findet eine Unterbezirks-tour statt, wozu wir bitten, zahlreich zu erscheinen.

Start: In Schmaragdendorf im Waldhain, Barnemünder Str. 14-15, vormittags 10 Uhr. Prostant ist mitzubringen.

Die Ortsgruppen Schmaragdendorf, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schönbergs, Mariendorf, Treptow, Neutölln bitten wir am Start zu erscheinen. Die Ortsgruppen Steglitz, Jähndorf, Groß-Waldesdorf, Kanthof, Wartenberg, Lützow, Lichtenrade, Budow, Rudow, Groß-Nieden Schleggen sind in Begleitung am Treffpunkt 10 Uhr vormittags bei Wiet, Karitz, 12. Gemeindefahrer Abfahrt von Jähndorf 11 1/2 Uhr über Klein-Rodowen - Güterweg nach Treptow. In Treptow schließen sich die Ortsgruppen Treptow, Romawas, Wannsee, Schenkendorf, Schenkenhof und Großfinke an.

In Treptow kurze Besprechung über Landesangelegenheiten. Abschließung der Wäleten vom Bezirkslokal. Verschickenes. Gemeindefahrer Abfahrt von Treptow 2 Uhr über Rudow, Wrensdorf, Endziel in Mariendorf im Lokal von Duhrow, Chausseestr. 27.

Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Touren am Sonntag, den 7. September. 1. Abt.: 6 Uhr: Ober-Schöneweide. 1 Uhr: Wrensdorf (Schneider). Start: Dillowstr. 58. - 2. Abt.:

Am 6. Sept. abends 9 Uhr: Leuchturm; am 7. Sept. 1 Uhr: Wäletenwerber (Alter Freund). Start: Fontanepromenade 18. - 3. Abt.: 5 Uhr: Freiwald (Kantale). 12 Uhr: Wäletenwerber (Paradiesgarten). Start: Lützowstr. 12. - 4. Abt.: 6 Uhr: Jähndorf (Piepenhagen). 1 Uhr: Wäletenwerber (Waldweg). Start: Rastener Weg. - 5. Abt.: 8 und 12 Uhr: Waldtour nach Summi (Reul). Start: Chaussee. - 6. Abt.: 8 Uhr: Böhlow (zum einhundert Teerofen). 12 1/2 Uhr: Wäletenwerber (Kummlich nicht frei). Start: Oberberger Straße 28. - 7. Abt.: 5 Uhr: Rauen (zum großen Tein). 1 Uhr: Johannisthal. Start: Schulte, 29. - 8. Abt.: 7 Uhr: Dornim (Schwarzer Adler). 1 1/2 Uhr: Alter Freund. Start: Wäletenstr. 13. - 9. Abt.: Bei Boeker, Weberstr. 17. - 10. Abt.: 1 Uhr: Wrensdorf. Start: Or. Frankfurter Str. 30. - 11. Abt.: Am 12. Sept. 9 Uhr: Schenkenhof. Start: Große Hamburger Str. 18.

Ortsgruppe Neutölln. Am 6. Sept. abends 9 Uhr: Kampiontour nach Grünau. Start: Tappert, Steinmetzstr. 114. Am 7. Sept.: Bezirkstour nach Treptow. Start: 8 Uhr früh Knechtelstr. 48.

Ortsgruppe Wilmersdorf. 9 Uhr: Unterbezirkstour. Start: Wäletenwerber am Denkmal.

Ortsgruppe Charlottenburg. Unterbezirkstour. Start: 8 Uhr früh Volkshaus.

Ortsgruppe Lichtenberg. 7 und 12 Uhr: Eilendsee (Badetour). Start: Paratrage 74.

Ortsgruppe Vamschulenweg. Unterbezirkstour. Start: 8 Uhr: Treptow bei Himmel.

Ortsgruppe Köpenick. Am 6. Sept. abends 9 Uhr: Grünau. Start: Stippelhof.

Ortsgruppe Stralau-Kummelburg. 3 Uhr: Familien- und nach dem Steinhause. Start: Lützowstr. 12. - 4. Abt.: Wäletenwerber (Alter Freund). Start: Berliner Allee 35.

Ortsgruppe Tegel. 3 Uhr: Berlin, Webersh. 17.

Arbeiter-Radsfahrerbund „Groß-Berlin“. Sonntag früh 7 Uhr nach Egerndorf bei Strausberg. Nachmittags 12 1/2 Uhr nach Petershagen (Kudolf). Beide Anfahrtskarten Niederbarnimstraße 14. Hauptstart: Nationalenpark.

Ortsgruppe Ober-Schöneweide. Sonntag nach Wannsee. Start 7 Uhr bei Schiffer, Siemensstr. 8.

Wanderer.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonntag, den 7. Sept., Wandersahrt nach Tegel - Stolpe - Borgsdorf - Lebnitz. Treffpunkt bis 8 Uhr Endstation der Straßenbahn in Tegel. Gäste willkommen.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 7. Sept.: I. Joachimsthal, Pöhlitz, Redden. Abfahrt nach Joachimsthal (Überwalde umfassen) Stettiner Str. 5.59. - II. Egerndorf nach Witten. Beschäftigung einer Dienfahrt und des Veltener Erlebnisfeiern. Abfahrt nach Tegel Stettiner Vorortstr. 6.45. Gäste stets willkommen.

Turnverein „Obersee“ (R. d. N. I. B.). Wandersahrt am 6. und 7. Sept. Treffpunkt Schloßpark Wäletenwerber, Abmarsch abends 7 Uhr. Abfahrt 8 1/2 Uhr: Nieder-Schöneweide 7.59. Ab Schief. 8.59. Briesener Bahnh. 8.59 nach Wrensdorf. Von dort zu Fuß über Bielow zum Radstationier in Harnelap, circa 2 Stunden. Abmarsch morgen 7 Uhr zum Chausseehaus durch das Brunnental, den Basseweg zum Baake, circa 2 Stunden. - Frühstückspause. - Von dort den Rorbrücken, Senfeng- und Dämmelweg zum Brunnental, Königspfad, Eichenhain, Kapelle und Ausschüttung nach Freiwald, 1 1/2 Stunden. Dann Mittagstraß. Nachmittags: durch den Schloßpark, düstern Grund, heilige Hallen, Waldhölzer, Ringendes Röhrl nach Jähndorf, 1/2 Stunden. - Wäleten. - Dann durch dieerle Schlachten nach Riederstrom, 1/2 Stunden. - Rückfahrt ab Riederstrom 8.50 abends. Nachtlänge insgesamt circa 30 Kilometer. Jährgeiß infl. Nachtlage artige und Koffer circa 3 M. Wandertüchtige Parteilgenossen herzlich willkommen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Am Sonntag, den 7. September, findet die letzte Spreevaldfahrt statt. Ausführliche Programme und Teilnahmekarten sind noch bis Freitag abend bei Heule, Behenstr. 19, Gorch, Engelsstr. 15, Jermel, Neutölln, Gernmannstraße 176, zu haben.

Am Sonntag, den 7. September, werden folgende Touren unternommen:

I. Mieseg. - Wrensdorfer Rummel - Burg Rabenstein - Brautrammel - Wäleten. Abfahrt Sonnabend abends 6.30 Uhr Schief, Bahnhof. Radstationier in Wrensdorf.

II. Gög. - Gög. Berg - Regim - Parat - Or. Kreuz. Abfahrt Potsd. Fernstr. 5.35 Uhr vorm.

III. Grünberg - Becher See - Kremmen. Abfahrt Stettiner Fernbahnh. 5.42 Uhr vorm.

IV. Ernter - Rüdow - Wäleten - Wäleten - Hangelberg. Abfahrt Schief. 5.53 Uhr, Bgl. Friedelstr. 5.40 Uhr.

V. Strausberg - Gargim - Riefelde. Abfahrt Schief. Bgl. 6.33 Uhr vormittags.

VI. Rottentour der Photo-Abteilung. Bernau - Hellsee - Wäleten - Bernau. Abfahrt Stettiner Vorortstr. 6.40 Uhr vorm.

VII. Botan. Garten. Treffpunkt 1/2 Uhr. Bgl. Steglitz. Gäste willkommen.

Schwimmer.

Arbeiter-Schwimmerverein „Berlin“ (R. d. N. I. B.). Sonntag, den 7. Sept., nachm. 3 Uhr, Abbaden der 3. u. 6. Abteilung im Wellenbad Wäleten. Festabend aus Reigen- u. Stufenstufen. Internes Jugend- und Männer-Turnen. Nach dem Baden gemütliches Beisammensitzen im Wäletenbad. Alle Freunde und Gönner sowie Interessenten des Schwimmsports willkommen. Der Eintritt in die Badeanstalt steht den zuwandernden Gästen frei. Badende 20 Pf. Eintritt. Die Abteilungen 1, 2 und 4 werden um Unterstützung gebeten.

Berliner Schwimmerverein „Welle“. Sonntag, den 7. September, vorm. 10 Uhr, in der Rühlendebank Rühlendebank Wäleten; nachm. 6 Uhr in der Andreas-Bettstätten, Andreasstraße, Raststättenabstiegsfeier.

Fußball.

Märkische Spielvereinigung, Bez. Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag findet ein für Fußballfreunde besonders interessantes Spiel statt. Es treffen sich die XVII. mit einer Mannschaft der freien Turner-Abt. Raabeburg. Die Wäletenburger wollen zeigen, wie weit in der Arbeiter-Sportvereine Wäletenburger das Fußballspiel gebracht ist; auch die XVII. kann als würdiger Vertreter der Berliner Arbeiter-Fußballspieler angesehen werden, so daß ein interessantes Spiel zu erwarten ist. Das Spiel beginnt um 1/5 Uhr in Wäleten, Rennbahnstr. 40 (Bundesplatz). Vorher um 1/3 Uhr spielen Weizenweide 2. R. Abt. gegen die XVII. 2. R. Abt. Der Eintritt für beide Spiele beträgt 20 Pf.

Im Gesellschaftslokal stehen sich Reinickendorfer Fußballklub und die IV. gegenüber in Reinickendorf, Schillerpromenade. Beginn 4 1/2 Uhr.

Ober-Schöneweide. Bei dem Fußballspiel zwischen Sportklub Obersee 1. R. Abt. gegen den Johannisthaler Fußballklub 2. R. Abt. ergab sich folgendes Resultat: 3:2. Halbzeit 1:1.

Turnverein „Frisch frei“ Nieder-Schöneweide. Der Turnverein hat eine Fußballriege gebildet und ladet alle Interessenten zur Beteiligung ein. Anmeldungen werden in allen Turnstunden im „Waldhaus“ entgegen genommen. Die Männer-Abt. turnt Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr, die Damen-Abt. Donnerstags von 8-10 Uhr.

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg.

Die alljährlich veranstaltete Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Berlin auch in diesem Jahre einen neuen Kursus in der ersten Abtheilung bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen. An demselben können sich Personen beiderlei Geschlechts beteiligen, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben. - Höhere Auskunft erteilt gern der Vorsitzende der Kolonie: Paul Krause, Neutölln, Oststr. 46, sowie die Abteilungsleiter in den Lieblingstadien.

Schraden haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr): Berlin, 1. Abt. Montag, 8. Sept., Dramenstraße 103, Restaurant Augustin.

Berlin, 2. Abt. Montag, 8. Sept., im Eilmünder Gesellschaftshaus, Eilmünder Straße 42.

Berlin, 3. Abt. Donnerstag, 11. Sept., Schönberg, Vorbergstr. 9, Restaurant Händel.

Berlin, 4. Abt. Donnerstag, 11. Sept., Lichtenberg, Schrammbergstraße 60, bei Völkchen.

Berlin, 5. Abt. Freitag, 5. Sept., Neutölln, Idealcasino, Reichelstr. 8.

Ober-Schöneweide. Montag, 8. September, Siemensstr. 12, bei Schwiz.

Romawas. Montag, 8. September, Wilhelm. Ede Friedelstraße, bei Schmidt.

Romawas (Abt. Volksw.). Mittwoch, 10. September, Kaiser-Wilhelm-Straße, bei Glaser.

Aus aller Welt.

Todessturz zweier Militärflieger.

Ein verhängnisvolles Fliegerunglück hat sich Donnerstag vormittag in Brieg a. D. ereignet. Bei Flugübungen auf dem Heißbauer Gergierplatz, nahe bei dem Schlachtfelde von

Mollwitz, sind der Fliegerleutnant v. Edenbrecht vom 18. Dragonerregiment und der Leutnant Prinz vom 83. Infanterieregiment abgestürzt. Beim Nehmen einer Kurve brach der Flügel des Eindeckers, der Apparat sauste aus einer Höhe von 100 Metern zu Boden und wurde vollständig zertrümmert. Die beiden Piloten fanden bei dem Absturz den Tod. Es handelte sich um Probeflüge, die bei schönstem Wetter ausgeführt werden mußten. Die Übungen hatten eigentlich mit dem Divisionsmanövern gestern ihren Abschluß gefunden. Am späten Abend war jedoch der telegraphische Befehl eingetroffen, daß die Probeflüge heute fortzusetzen seien. Die beiden verunglückten Flieger waren dazu bestimmt, nach Salzbrunn zu den Korpsmanövern abzugehen. Nach dem verhängnisvollen Unglücksfall wurden die Übungen sofort abgebrochen und das Feld abgesperrt.

Sternidels Frau ermittelt?

Eine in ihren Einzelheiten noch mysteriöse Heiratsgeschichte wird aus Hamburg gemeldet: Vor etwa drei Jahren war in Langenbals bei Elmshorn ein Mann als Schweinefütterer in Stellung, der mit der Dienstmagd Trina Heesch ein Verhältnis anknüpfte, das nicht ohne Folgen blieb. Auf die Witten der Magd ließ sich der Mann auch mit ihr trauen, und es wurde eine sogenannte „Gehobochzeit“ veranstaltet, bei der die Verwandten Geld und Naturalien spenden, um die Hochzeit zu ermöglichen. Sogleich nach der Trauung verfiel aber der Ehemann, dem die neue Würde offenbar unbehaglich war und ließ nichts mehr von sich hören. Die Frau kam bald nach dem Verschwinden ihres Mannes nieder. Am Mittwoch kamen nun zwei Frauen aus Langenbals nach Hamburg, wo sie ein Panoptikum besuchten, in dem auch die Wachfigur Sternidels ausgestellt ist. Bei ihrem Anblick erkannten die beiden Frauen die Ueberzeugung, daß Sternidel mit dem Manne der Heech, der sie vor drei Jahren verlassen hatte, identisch sein müsse. Sie teilten ihre Entdeckung der Polizei mit, der sie als besonderes Kennzeichen noch angaben, daß der Mann einen verkrüppelten Finger gehabt habe, was auch bei dem hingerichteten Kaufmörder Sternidel der Fall war. Die Polizei hat sofort umfassende Ermittlungen eingeleitet.

Man wird sich erinnern, daß Sternidel während der Gerichtsverhandlungen wiederholt davon sprach, daß er verheiratet sei, daß er aber nicht zu bewegen war, Namen und Aufenthaltsort dieser Frau preiszugeben, da sie, wie er betonte, keine Ahnung davon habe, daß er Sternidel heiße und der lange gesuchte Kaufmörder sei.

Kleine Notizen.

Touristenabstürze in Tirol. Der Konditor August Volz aus Innsbruck ist bei einer Bergtour in der Scosaplana-Gruppe eine steile Felswand hinunter in den Länensee abgestürzt. Die Leiche ist noch nicht geborgen. — Drei Prager Touristen, Dr. Steiner und zwei Studenten, deren Namen noch unbekannt sind, verunglückten nach der Besteigung des Habicht in den

Stubaier-Alpen beim Abfahren über ein heißes Schneefeld. Die beiden unbekannt Touristen erlitten schwere innere Verletzungen. Dr. Steiner erlitt einen Schenkelbruch. Alle drei wurden nach der Innsbrucker Fährte gebracht.

Wieder einer. Der Dortmunder Geschäftsführer der Westfälischen Zentralgenossenschaft in Münster, Atilia Dortmund, wurde wegen Unterschlagungen von 20000 Mark verhaftet.

Opfer der See. Während eines Orkans sind drei Unteroffiziere und fünf Mann des amerikanischen Schlachtschiffes „Rebrassa“ durch Kentern einer Pinasse ertrunken. — Einer noch unbefangenen Meldung zufolge ist der Dampfer „Kobowak“ mit Mannschaft und einigen Passagieren gesunken.

Jugendveranstaltungen.

Reutal. Sonntag, den 7. September: Besuch des Flugplatzes Hohmannsdorf. Abmarsch pünktl. 5 Uhr früh vom Hof Reutal. Abends 8 Uhr im Abendheim: keine Abend-Vortrag und Rezitation.

Pantow-Niederbachhausen. Sonntag, den 7. September, mittags 2 Uhr, findet eine öffentliche unpolitische Jugendversammlung in Niederbachhausen, Rest. Neu-Sträßhof (Zuh. G. Hauke) statt. Abmarsch mittags 1 1/2 Uhr Pantower Kirche. Die Arbeiterjugend wird gebeten, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Frauen-Leseabende.

Zehlendorf (Sannseebahn). Der Frauen-Leseabend findet am Freitag, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Widies, Volksamer Str. 2, statt. Tagesordnung: Vortrag: Die Frauen und das neue Krankenversicherungsgesetz. — Das Geleit tritt mit dem 1. Januar 1914 in Kraft. Es ist für die Frauen sehr wichtig, sich mit den Gesetzbestimmungen vertraut zu machen, um ihre Rechte in der Krankenversicherung zu wahren.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Ortsgruppe Groß-Berlin. Freitag, den 5. September, abends 9 Uhr, spricht im Gewerkschaftsraum, Engelauer, Genosse Wilhelm Düssel über „Kassenspiele“ mit Berücksichtigung der Alkoholfrage. Die Veranstaltung ist öffentlich.

Landmannschaft Hedermünde-Niedow-Dollin. Die Landmannschaft ruft Parteigenossen und Genosseninnen, welche aus obengenannter Kreise gebürtig sind und hier wohnen, an der am Sonntag, den 7. Sept., nachmittags 6 Uhr, im Lokal von Rodrigo, Vorf. 24, stattfindenden Versammlung aus Parteinteresse teilzunehmen.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 49. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Katholikentag. Von August Erdmann. — Das Offiziendum der Abreise. Von Rosa Luxemburg. — Die politische Lage in Dänemark. Von Gustav Bang. — Rühm und Ruhm des Dichters. Von Dr. Wehring. IV. — Mein Schwager. Von A. Kersch (Höln). — Zur Geschichte des Sozialismus in England. Von Gustav Göttsche. (Schluß). — Literarische Rundschau. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Die neueste Nummer des „Wahren Jacob“ präsentiert sich als eine sorgfältig ausgestattete Bebel-Wedekindnummer.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag A. D. B. Dieckmann, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, oben vier Treppen — 7. Stock —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitskarte beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

G. S. 112. Schicken Sie unverzüglich nach Eintreffen in Polen den Militärpost mit der Abmeldeerklärung ein und weisen Sie auf den Zeitpunkt des Beginns der Werbung hin, damit Sie den Weg noch rechtzeitig zurückhalten. Von der Werbung sind Sie durch den Vertrag nicht befreit. **S. 16.** Das Schriftbild kann in der von Ihnen mitgeteilten Form abgelesen und unterschrieben werden. Die notarielle Beglaubigung der Unterfertigung ist nicht unbedingt erforderlich. — **J. 3. 06.** Mithin Sie ein Gesuch an die Wahldeputation. Die von Ihnen angegebenen Tatsachen sollten sein Ablehnungsgrund sein. Möglich ist aber alles.

Witterungsüberblick vom 4. September 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temper. in Grad C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temper. in Grad C.
Eutin	764,8	3 bedeckt	17	17	Kapranza	775,8	2 halb bb.	7	7
Hamburg	767,8	2 bedeckt	14	14	Petersburg	768,8	3 bedeckt	12	12
Berlin	765,8	3 bedeckt	16	16	Scilly	790,8	4 bedeckt	14	14
Frankfurt	764,8	2 bedeckt	15	15	Aberdeen	772,8	3 halb bb.	13	13
München	764,8	1 halb bb.	16	16	Paris	761,8	2 wolflig	17	17
Wien	764,8	1 wolflig	16	16					

Wetterprognose für Freitag, den 5. September 1913. Heftlich kühl, zeitweise neblig, sonst vielfach heiter, bei mäßigen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 3. 9.	am 2. 9.	Wasserstand	am 3. 9.	am 2. 9.
Memel, IAH	181	-11	Saale, Groditz	19	+6
Regel, Ansbach	92	-12	Saale, Spandau	14	-2
Wielich, Thorn	350	+12	Saale, Rathenow	4	+7
Dobber, Ratibor	214	-28	Spree, Brandenburg	84	0
Krossen	268	+8	Spree, Bredlow	80	-1
Frankfurt	241	-2	Spree, Witten	104	-3
Waldberg	78	+2	Spree, Witten	182	+2
Landberg	20	0	Spree, Raminiansau	462	-8
Rege, Borkum	-2	-2	Spree, Gaud	231	+6
Eibe, Helmstedt	-17	0	Spree, Rölln	201	-1
Treben	-138	-3	Spree, Heilbronn	46	-1
Barby	127	-10	Spree, Quedlinburg	117	-2
Magdeburg	104	-12	Spree, Arrie	10	-2

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegel.

Todes-Anzeigen

Am 2. d. M. nachmittags starb in der Vollblüte seiner Jahre unser langjähriger Hausdiener **Friedrich Wander.** Sein ehrlicher, treuer Charakter, seine mustergültige Lebensführung und seine tröne Berufsauffassung sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken. Die Inhaber der Firma Paul Held Nachf. Berlin, Invalidenstr. 162.

Der Tod unseres treuen Hausdieners **Friedrich Wander** hat uns alle tief ergriffen. Wir betrauern in ihm einen braven und guten Menschen, dem wir ein dauerndes Andenken bewahren werden. Das Personal der Firma Paul Held Nachf.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharmim, Bezirk Stralau. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse **Frau Marianne Stender** Alt-Stralau 56 gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 6. September, nachmittags 5 Uhr, vor der Halle des Stralauer Friedhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter **Heinrich Höfer** Transfurter Allee 138, im Alter von 59 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Freitag, den 5. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, vor der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedhofstraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Friedrich Zenner** am 31. August im Alter von 45 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Den Mitgliedern seiner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Ernst Kuhrau** gen. Walter verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, vor der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenstraße, Falkenberger Gasse, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Gustav Vaneek** nach langer, schwerer Krankheit verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 1/4 Uhr, vor der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Pantow, Bollanstr. 66, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, Nachruf. Den Mitgliedern seiner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Ernst Kuhrau** gen. Walter verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, vor der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenstraße, Falkenberger Gasse, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, Nachruf. Den Mitgliedern seiner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Ernst Kuhrau** gen. Walter verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, vor der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenstraße, Falkenberger Gasse, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksverwaltung.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner unvergesslichen Frau, unserer guten Schwester und Tante **Emilie Bartsch** Hermann Bartsch.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner Frau und meines Kindes sage ich allen Beteiligten, insbesondere dem Genossen Gumbert für die trostreichen Worte, den Sängern, den Genossen und Genossinnen der 25. Abteilung des 4. Kreises sowie den Kollegen der Firma Kronson meinen herzlichsten Dank. **Wilhelm Gornath** nebst Kindern.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie Kranzspenden bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Namens, unseres unvergesslichen Vaters und Großvaters sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem Deutschen Transportarbeiter-Verband unseren innigsten Dank. **Marie Frohnert** und Kinder.

Dankfagung.

Für die mir bei der Beerdigung meines lieben Vaters **Heinrich Molitor** bewiesene Teilnahme sage ich allen Verwandten und Freunden, insbesondere dem Altkameraden Partei-Genossen und Genossinnen, dem Gesangsverein „Frohne“, den Kollegen von der Wagenbauwerkstätte sowie dem Genossen Rob. Wegner für seine tröstlichen Worte herzlichsten Dank. **Helene Molitor** und Kinder.

Thyoflavin
mit Brut vertrieben radikal Radomachers Goldgeist, gra. gesch. Nr. 75198. Geruch u. farblos. Reinigt die Kopfsaiten v. Schuppen, befreit d. Haarwurzeln, verdrängt von Parasiten. — Wichtig für Schulkindest. — Tauglich v. Ankerungen. Fl. 4.00 u. 1.00 M. in Apotheken und Drogerien. Man weise Nachahmungen zurück u. achte genau auf d. Namen!

Goldgeist!
Verkaufsstelle: Fritz Kratz, Berlin N. 39, Reinickendorfer Str. 119. Engrosniederlage: A. Neumann, W. 57, Potsdamer Str. 85.

Dr. Rud. Weils Hafermark macht Buben u. Mädchen stark.
Nicht nur wissenschaftliche Erwägungen, sondern auch künstliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermarkung schätzen gelehrt. Kein anderes Haferpräparat übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert, Bekömmlichkeit und schneller, einfacher Zubereitung Dr. Rud. Weils Hafermark. Eine aus Dr. Rud. Weils Hafermark bereitete Kost bewährt sich als das sicherste Stärkungsmittel. Schwächliche, hager Personen kann man mit dieser Kost binnen kurzer Zeit „herausfüttern“. Bleichsichtige junge Mädchen, krankliche Frauen, Klasse, schlecht entwickelte Kinder blühen förmlich auf, wenn sie mit Dr. Rud. Weils Hafermark ernährt werden. Nur in Originalpaketen Pfd. 40 Pf. — Gebrauchsvorschrift auf den Paketen.

Zu haben in den Verkaufsstellen der **Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend** oder im **Generaldepot: D. MADER, Berlin S., Prinzenstr. 86.**

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der **Möbelfabrik** kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
H. Walter Inh.: Willi Maab, Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

Ausnahmepreise für Gänse!
la Oderbr. Gänse Pfd. 75 u. 80 Pf.
la Bratgänse Stück von **4.50** an.
Rümpfe, Pfd. 1.— u. 1.10, Stek. v. 2.75 an bis 6 M.
Klein 85 Pf. — Keulen . . . 70, 75, 80 Pf.
Stückfleisch . . . Pfd. 70 Pf.
In Linsen ohne Darm, Pfd. 1.30, Hautf. 90 Pf.
In Gänseschmalz, gar rein, Pfd. 1.20
Frische Gänsegriven.
Große junge Brathähne, Stek. 1.50, 1.75 bis 3.—
In Suppenhühner und Enten.
Meine Filiale Barbarossaplatz ist von No. 2 nach No. 4 verlegt. Fernsp.: Amt Kurf. 6852.

Max Schönwald, Luckauer Str. 1.
Filialen: Barbarossapl. 4, Motzstr. 53, Flensburger Str. 19.
Ich nehme noch längerer Unterbrechung meine Praxis ganz wieder auf. 140/17

Reiseführer, Wanderkarten und Bücher, Kursbücher hält stets am Lager **Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69.**

Arbeits-Gesundheits-Bibliothek Jedes Heft 20 Pfg.
Spezialarzt für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata. Blutuntersuchung. Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise. **Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)** 8-9, 12-1, 6-8, Sonnt. 8-10, Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz) Sp. 10-11, 4-5, 26ant. 10-11.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden)
Ansichtskarten vom Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin in reicher Auswahl. **Stück 5 Pf.**

